

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnementspreis 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anrechnung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,60 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements rechnen mit Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die schlagbaltige Anfertigung oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichtigungen und Berichtigungs-Anträge 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (ausführlich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983. Donnerstag, den 29. Januar 1914. Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Kampf um ein Steuer-gesetz.

Aus Wien wird uns vom 26. Januar geschrieben:
 Nach Irrungen und Wirrungen, wie sie nur der österreichische Parlamentarismus hervorbringt, ist der sogenannte kleine Finanzplan zustande gebracht worden, und vom 1. Februar an werden die neuen Steuern Gesetz sein. In dem „Finanzplan“ ist eine Reihe von sehr verschiedenen Steuern und Steuererhöhungen zusammengeschichtet, deren Ertrag auch bestimmten Zwecken zu dienen hat. Den Hauptteil bildet die Erhöhung der Branntweinsteuer, die in der Hauptsache zur Sanierung der Finanzen der Kronländer und zur Deckung der von den Ländern zu leistenden Erhöhung der Lehrergehälter dienen soll. Trotz ihres verführerischen Zweckes ist diese antisoziale Steuererhöhung, die um so aufreizender wirkt, als an die unterschiedlichen Liebesgaben für die Schnapsbrenner nicht gerührt wird, von den Sozialdemokraten energisch bekämpft worden. Dagegen hat unsere Fraktion, da der Verwendungszweck keiner Bestreitung unterlag, für die Totalfaktorsteuer, für die Schaumweinabgabe und für die Novelle zum Einkommensteuergesetz nicht nur gestimmt, sondern auch den Inhalt dieser Steuererhöhungen sehr eindringlich beeinflusst. Angesichts der Diskussionen, die sich an die letzte Steuerabstimmung im Reichstage geknüpft haben, wird die Darstellung unseres Standpunktes vielleicht größerem Interesse begegnen.

Mit der Erhöhung der Tarife der Einkommensteuer soll die Bedeckung für die neuen Gesetze über die Gehälter der Staatsbeamten und -diener, insbesondere für die darin zum ersten Male verwirklichte automatische Vorrückung der Staatsbediensteten in höhere Gehaltsstufen, geschaffen werden. Dank der Mitwirkung der Sozialdemokraten hat nun die Novelle zum Einkommensteuergesetz eine Gestalt erhalten, mit der sehr wichtige soziale Forderungen erfüllt werden. Das neue Einkommensteuergesetz verfügt vor allem die Erhöhung des Existenzminimums. Alle, die ein Einkommen von nicht mehr als 1600 Kronen, circa 1350 M. (bisher 1200 Kronen) haben, werden von der Einkommensteuer befreit; so hoch dürfte die Steuergrenze außer in England nirgends hinaufreichen. Einer halben Million österreichischer Staatsbürger bringt das neue Gesetz die gänzliche Befreiung von einer drückenden Steuer, die sie bisher entrichten mußten. Das neue Einkommensteuergesetz bringt aber auch den Arbeiterfamilien, die ein Einkommen von mehr als 1600 Kronen haben, eine dankenswerte Entlastung. Wenn in einer Familie nicht nur der Mann, sondern auch die Frau oder die Kinder zur Arbeit gehen müssen, so wird die Steuerbehörde ihr Einkommen nicht mehr zusammenrechnen, sondern jedem Familienmitglied, sofern es mehr als 1600 Kronen verdient, die Steuer gesondert vor-schreiben; was zur Folge hat, daß viele Familien weit weniger Steuern werden als bisher. Während so die Masse der kleinsten Steuerträger entlastet wird, wird der Ausfall durch beträchtlich höhere Besteuerung der Reichen gedeckt werden. Alle, die ein Einkommen von mehr als 10 000 Kronen haben, werden weit mehr zum Staatshaushalt beitragen müssen als bisher. Die stärkere Heranziehung der Wohlhabenden und Reichen ist von den Sozialdemokraten durchgesetzt worden, obgleich sowohl die Regierung wie das Herrenhaus ihr widersprehen und die Begeisterung auch bei den bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses nicht sehr groß war; durch eine unerwartete Wendung ist man am Schlusse noch um drei Prozent der Steuer über die Steigerung hinausgegangen, die vom Abgeordnetenhaus ursprünglich beschlossen war. Und bei den ganz Reichen angelangt, erreicht die Progression der Belastung eine Stärke, die sich gleichfalls in keinem anderen Einkommensteuergesetz vorfinden dürfte. Erwähnt sei noch der Zuschlag für minderbelastete Steuerträger, die sogenannte Junggefallensteuer (monach Steuerpflichtige, „zu deren Haushalt keine Person gehört“, bei Einkommen über 2400 Kronen bei ihrer Steuer einen Zuschlag von 10 Proz. zu tragen haben, dann die Vorsehung, durch die den Steuerhinterziehungen der Wohlhabenden ein Kiegel vorgeschoben wird, wonach es klar ist, daß in dieser ersten Steuernovelle, die das demokratisierte Parlament geschaffen hat, ein ganz anderer Zug weht, als ihn die österreichische Steuergelehrte gewohnt aufwies. Zum ersten Male ist in Österreich ein Steuergesetz geschaffen worden, für das die sozialdemokratischen Abgeordneten mit gutem Gewissen stimmen konnten.

Und so ist es ganz logisch, daß der Endkampf um die Vorlage den Sozialdemokraten einen regelrechten Sieg brachte. Wie schon feinerzeit berichtet, entbrannte über eine Reihe von Bestimmungen ein Konflikt zwischen den beiden Häusern des Reichsrates, zu dessen Austragung die in der Geschäftsordnung vorgesehene gemeinsame Konferenz von Vertretern der beiden Häuser (zu 26 Mitglieder vor jedem) einberufen wurde. Da die Herrenhäuser ahnten, daß ihnen eine Niederlage auf der ganzen Linie blühen würde, so kamen sie nun selbst mit der Erhöhung des Existenzminimums, die sie vorher zweimal abgelehnt hatten. Sie verzichteten auch ohne weiteres auf ihre übrigen Beschlüsse bewilligten auch für die höheren Einkommen (über 10 000 Kronen) eine weitere Belastung, und begehrten nur, daß die Einkommen von 1600 bis 10 000

Kronen, deren Steuer nicht erhöht werden sollte, eine Erhöhung auf sich nehmen: in den niedrigeren Stufen eine ganz geringe (sie beginnt mit 20 Heller für das Jahr), die bei 10 000 Kronen bis zu 6 Kronen steigt. Abgesehen von dieser letzten Sache, die sich das Herrenhaus als ein „Prinzip“ zugelegt hatte, bedeuten die Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz einen großen Sieg der Sozialdemokratie, die Durchführung ihrer wichtigsten Forderungen. Die But der bürgerlichen Parteien, die nun wegen ihrer Ablehnung der Erhöhung des Existenzminimums, wobei sie sich auf den angeblich unbeflegbaren Widerstand der Regierung und des Herrenhauses berufen hatten, wie begossene Pudel dastanden, war natürlich nicht gering. Sie entlud sich in einer christlichsozialen Intrige, die dahin ging, den in der Konferenz einstimmig zustande gekommenen Vergleich, auf den sich alle Parteien verpflichtet hatten, im Abgeordnetenhause zu verwerfen. Dabei die Christlichsozialen wesentlich von der Furcht geleitet werden, daß viele Arbeiter, die heute 20 Kronen zahlen und nun 20 Kronen 40 Heller zahlen werden, in den dritten Wahlkörper des Wiener Gemeinderats gelangen werden und dort die gegenwärtige christlichsoziale Majorität erschüttern könnten. Indes gelang es der Festigkeit der Sozialdemokraten, auch diese letzte Intrige zunächst zu machen und das Gesetz mit Dreiviertelmehrheit in den Häusern zu lösen. Dem sachlichen Erfolg unserer Partei stellt sich der moralische ebenbürtig zur Seite. So hat es sich wieder einmal bewahrheitet, daß inmitten der Baschlapigkeit und Charakterlosigkeit der bürgerlichen Parteien die Energie und Zielbewußtheit der Sozialdemokraten ihres Erfolges sicher sein kann. Eine Politik der Grundsätze, die bei dem, was sie als richtig erkannt, kraftvoll beharrt, setzt sich zum Schluß immer durch.

Um das Koalitionsrecht.

Gegen die Versuche einer noch weiteren Verächtlichmachung und für die Ausdehnung sowie Sicherung des Koalitionsrechts traten in Bayern wieder einige stark besuchte Versammlungen ein. In Augsburg sprach der Reichstagsabgeordnete Bauer-Berlin vor circa 1000 Personen. In Memmingen und Nördlingen waren die Versammlungen gleichfalls überfüllt. Es gelangte überall eine scharfe Resolution gegen die Verkümmern des Koalitionsrechtes zur Annahme.

Gott mit dem Streitpostenfischen!

Das Streitpostenfischen ist ein notwendiger Bestandteil des vom Reichsgesetz garantierten Koalitionsrechtes, wie ja selbst das Reichsgericht in der bekannten Entscheidung vom Februar 1901 ausdrücklich anerkannt hat. Wer das Recht auf Streitpostenfischen angreift, greift das Koalitionsrecht an. Die Feinde des Koalitionsrechtes, die ja behaupten, das Koalitionsrecht beileibe nicht angreifen zu wollen, sprechen bei ihren Angriffen auf das Koalitionsrecht von „Auswüchsen des Koalitionsrechtes“. Wie in Wahrheit die Scharfmacher denken, verrät der von Feindschaft gegen die Arbeiterklasse überströmende Jahresbericht der Handelskammer zu Hamburg für das Jahr 1913. Es heißt dort S. 53/54:

„Betrachtet durch die Erfahrungen, welche wiederholt bei diesem Streik gemacht worden sind und deutlich bewiesen haben, daß die zurzeit in Geltung befindlichen gesetzlichen Bestimmungen nicht genügen, um bei Arbeitsniederlegungen einen hinreichenden Schutz der Arbeitswilligen sowie der gewerblichen Betriebe gegen rigoroses Vorgehen der im Auslande befindlichen Arbeiterkreise und deren schlimmsten Auswüchse, das Streitpostenfischen, zu gewährleisten, haben wir im letzten Jahresbericht auf Grund eingehender Untersuchung der in den geltenden Gesetzen gebotenen Schutzmaßnahmen und dafür ausgesprochen, daß die im § 153 der Gewerbeordnung enthaltenen Vorschriften derart erweitert in das Strafgesetzbuch herübergenommen werden, daß den von den gewerblichen und Arbeitsniederlegungen zu stellenden berechtigten Forderungen Genüge geschieht. Bedauerlicherweise hat sich die Reichsregierung zunächst auf einen ablehnenden Standpunkt gegenüber den berechtigten Forderungen gestellt, wobei von der Aufhebung ausgegangen wurde, daß die in Geltung befindlichen gesetzlichen Bestimmungen, wenn sie nur richtig angewandt werden, genügen, um Streitpostenfischen jeglicher Art entgegenzuwirken.“

Also das Streitpostenfischen, ein integrierender Bestandteil des Koalitionsrechtes, ist der „schlimmste Auswuchs“ des „rigorosen Vorgehens“ (Schreibe: Koalitionsrechtes) der für Besserstellung ihrer Familien kämpfenden Arbeiter. Dies Eingeständnis verdient vermehrt zu werden.

Arbeitswilliger und Vordell.

Der Vorsitzende des Deutschen Fleischer-Gesellenbundes für die Provinz Sachsen und Anhalt, Ernst Kollie, ist verheiratet. Seine Ehefrau Maria wohnt in Magdeburg im Hause 48 des Knochenhauer-Ufers als Hausfrau. Welch Gewerbe wird dort getrieben? Drei Mädchen gewahren dort, wie wir der „Deutschen Fleischer-Gesellen-Zeitung“ entnehmen, käufliche Liebe. Die Einwohner aus diesem Vordell, das von der Frau des gelben Vorsitzenden geführt wird, sind bekanntlich wegen des Schmutzes, der an dem Gewerbe klebt, steuerfrei. Nach dem Strafgesetzbuch hätte Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Vordelle als Kuppelbetriebe einzuschreiten. Inoffen gegen die Inhaber dieses durch grüne Fensterläden kenntlichen Hauses wird in Magdeburg nicht eingeschritten. Wohl aber verlangen die ehrlichen Scharfmacher, daß dem gelben Oberhaupt, dem der Reichsbrauch aus dem Vordell zusteht, Schutz, Vollzeitschutz werde, wenn er oder seine Gefinnungsgenossen gegen das Koalitionsrecht ehrlicher Arbeiter als „Arbeitswilliger“ mißbraucht werden. Jamose Moral das!

Der Streit der Bischöfe.

Herrschte zunächst in der Zentrumspresse Kölner Richtung eine tiefe Niedergeschlagenheit über den Brief des Kardinals Kopp an den Grafen von Oppersdorf, die es nur zu allerlei Schmerzensphären und resignierten Worten des Bedauerns brachte, so rücken nun doch einige Blätter des „Verfeuchten Westens“ zur Attacke vor. Aber auch jetzt noch wagen diese Blätter nicht direkt den Fürstbischof von Breslau anzugreifen, sondern sie richten ihre Geschosse, gemäß dem bekannten Sprichwort: „Den Fiel meint man, aber den Sach schlägt man“, gegen den Reichsgrafen Hans von Oppersdorf und zeihen ihn aller möglichen Intrigen und Niederträchtigkeiten. Jeder aber, der die Ausführungen genauer betrachtet, sieht sofort, daß die dem Grafen Oppersdorf applizierten Siebe für Sr. Eminenz, den Kardinal, bestimmt sind.

Die Führung in diesem Kampf der Wachen gegen den Kardinal Kopp übernimmt natürlich die „Kölnische Volkszeitung“ in einem spitzfindigen Artikel, der „Ein Wort über die Achtung vor der kirchlichen Autorität“ überschrieben ist. Das Kölner Zentrumblatt beschuldigt darin, wie schon der Titel andeutet, den Grafen von Oppersdorf der Mißachtung der kirchlichen Autorität, und zwar der Autorität des Erzbischofs von Köln — klar ersichtlich zu dem Zweck, den Erzbischof von Hartmann gegen den Kardinal Kopp anzukämpfen. Wörtlich schreibt nämlich die „Kölnische Volkszeitung“:

In demselben Oppersdorffschen Organ ist lange noch dem Effener Kongress, 14 Tage vor Veröffentlichung der Darlegung des Kardinals Kopp, in auffallendem Grad ein gegen den Erzbischof von Köln gerichteter Artikel „von hoher geistlicher Seite“ erschienen, welcher in der Berührungslinie des Oberhauptes der Kölner Erzbischöfe bis dahin unerhörtes geleistet hat. Die ganze katholische Presse hat der Entrüstung über diesen Ausfall den entschiedensten Ausdruck gegeben. . . .

Marheit und Wahrheit ist das Organ eines Mannes in hervorragender Lebensstellung, der Mitglied des Deutschen Reichstages und des preussischen Herrenhauses ist, der auf theologische und philosophische Durchbildung Anspruch erhebt, der dialektisch ganz besonders geschult ist und der zudem den allein echten und gerechten, „integrierten“ Katholizismus zu vertreten in Anspruch nimmt, der gewissermaßen als praecceptor Germaniae in rebus catholicis auftritt. Wie viel größer ist die Verantwortung einer solchen Persönlichkeit, wenn es um die Wahrung der kirchlichen Autorität sich handelt, als diejenige einfacher Arbeiter!

Welche Kreise haben mit Bestimmtheit erwartet, daß Graf Oppersdorf seine Angriffe auf den Erzbischof von Köln demnächst mit Bedauern zurücknehmen werde. Man wird ihn doch sicher „von hoher geistlicher Seite“ darauf aufmerksam gemacht haben, welches Aergernis der Artikel in Nr. 4 von Marheit und Wahrheit im ganzen katholischen Deutschland verursacht hat. Aber in der Nummer des Blattes, welches die Darlegung des Kardinals Kopp enthält, findet sich nichts dergleichen. Ganz im Gegenteil! Unter der Rubrik „Ein Schlusswort zum 18. Dezember 1913“ liest man dort folgende im Druck hervorgehobene Sätze:

Die „Kölnische Volkszeitung“ hat nun die Sprache verloren. Auch wir können jetzt schweigen, nachdem wir, genug gesagt haben. Freilich bleibt eine Gefahr bestehen: Diejenigen Geistlichen, welche sich nach der Beifugung vom 18. Dezember v. J. richten, kommen mit der päpstlichen Enzyklika und so mit ihrem Gewissen in Konflikt.

Mit diesem „18. Dezember 1913“ und der „Beifugung vom 18. Dezember v. J.“ ist die Rede des Herrn Erzbischofs von Köln in der Generalversammlung der Präses der katholischen Arbeiter- und Anapästasidereine der Erzbischöfe Köln gemeint, deren Inhalt der Herr Erzbischof auch durch seinen Neujahrsbrief an Bischofspräsidenten Dr. Otto Müller in M. Gladbach nicht eingeschränkt, von dem er nichts zurückgenommen, den er vielmehr aufrechterhalten hat, nur stark hervorhebend, daß diese seine Auffassung sich durchaus im Rahmen der päpstlichen Enzyklika Singulari quadam bewege.

Da diese „Schlusswort zum 18. Dezember 1913“ vom Grafen Oppersdorf unmittelbar hinter dem Brief des Herrn Kardinals Kopp vom 21. Januar 1914 veröffentlicht wird, so wird der Eindruck erweckt, daß es im Zusammenhang mit diesem Brief beurtelt werden muß. Man kommt dann an der weiteren Annahme kaum vorbei, daß ein gewisser Zusammenhang hergestellt werden soll zwischen dem jetzigen Briefwechsel des Kardinals Kopp und des Grafen Oppersdorf und dem angegriffenen Artikel derselben Zeitschrift Marheit und Wahrheit in der vorhergegangenen Nr. 2, 1914, gegen den Erzbischof von Köln (vgl. „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 36 vom 12. Januar 1914), in welchem dem Oberhirten der Kölner Erzbischöfe u. a. der empörende Vorwurf gemacht wurde, er führe das katholische Volk irre.“

Zugleich mit der „Kölnischen Volkszeitung“ geht auch die „Korrespondenz des katholischen Volksvereins“ in einem „Marheit und Wahrheit“ überschriebenen Artikel gegen den Kardinal Kopp vor, natürlich ebenfalls nicht direkt — so mutig sind die Kämpen Wachen nicht —, sondern indem es ebenfalls auf den Grafen von Oppersdorf losschlägt. In welchem Sinn dieser mit den niedrigsten Verdächtigungen

arbeitende Artikel gehalten ist, mögen folgende Schlüsse zeigen:

„Es müßte ja die größte Verwirrung im katholischen Deutschland anrichten, wenn der Schein bestände, daß Klarheit und Wahrheit gewissermaßen im Schatten des fürstbischöflichen Stuhles von Breslau sein Wesen treibt. Das Blatt hat die in Preußen hervorragenden katholischen Persönlichkeiten geistlichen und weltlichen Standes, insbesondere den Oberbischof der Kölner Erzdiözese und den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses, aufs schärfste beleidigt und ihre pflichtmäßige Stellungnahme in der Öffentlichkeit der Wichtigkeit und Verdächtigung preisgegeben. Es würde im katholischen Volke nicht verstanden werden, wenn man es jetzt noch ruhig geschehen ließe, daß ein unwürdiger „Integrations“ einerseits die bischöfliche Autorität, andererseits Männer, die ob ihrer unergänzlichen Verdienste im öffentlichen Leben das höchste Vertrauen der deutschen Katholiken genießen, herabgesetzt und answärzt.“

Auch das Baderborner „Westfälische Volksblatt“, das dem Bischof Schulte nahe steht, holt zum Hiebe aus, und es leistet sich einige „Feststellungen“, die dem Kardinal Kopp recht unangenehm sein dürften, da sie auf die Beschuldigung hinauslaufen, er habe es in seinem Brief an den Dypersdorff mit der Wahrheit nicht allzu genau genommen:

„Wenn es in Klarheit und Wahrheit 1914 Nr. 4 heißt, die Führer der christlichen Gewerkschaften hätten sich an den Herrn Bischof von Baderborn gewandt, so ist das eine irrige Auffassung Sr. Eminenz des Herrn Kardinals Kopp, die richtig zu stellen aus mehreren Gründen als notwendig erscheint. Nicht die Gewerkschaften haben sich an Bischof Dr. Schulte gewandt, sondern umgekehrt: die Initiative ging von dem Herrn Bischof aus, und er wandte sich an Herrn Stögerwald als den Führer der Gewerkschaften. In Zusammenhang hiermit sei erwähnt, daß die ebenda sich findende Bezeichnung des Herrn Bischofs Dr. Schulte als „langjährigen Freund“ der christlichen Gewerkschaften im Zusammenhang mißverständlich ist. Erst 1910 befaßte er sich eingehend mit dieser Frage. Herr Kardinal Kopp hat ihm ein Referat über diese Angelegenheit für die Fuldener Bischofskonferenz übertrugen. Dieser Auftrag war für ihn die Veranlassung, sich grundsätzlich mit dieser Frage zu beschäftigen und ihrem Studium eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Aber gehen wir zurück zu den von Bischof Dr. Schulte angeregten und veranlaßten Verhandlungen mit den christlichen Gewerkschaften. Im Verlauf der Erörterungen fand sich, daß die Gewerkschaften Wert darauf legten, einen Brief des Herrn Kardinals Kopp an Geheimrat Borch vom 10. November 1912, von dem sie Kenntnis bekommen hatten, auf dem Essener Kongress mitteilen zu dürfen. Deshalb hat Stögerwald dem Bischof Dr. Schulte, die Erlaubnis zu dieser Bekanntgabe vom Herrn Kardinal zu erwirken. An Herrn Kardinal Kopp schrieb er in Sachen des Briefes an Borch. Und es lag nahe, bei dieser Gelegenheit überhaupt Bemerkungen zur augenblicklichen Lage mitzuteilen und seine Interpretation der fünf Punkte, die für Essen von Bedeutung waren, dem Herrn Kardinal zur Kenntnisnahme beizufügen. Um Prüfung und Zustimmung war der Herr Kardinal nicht gebeten worden. Die gegenteilige Auffassung in der erwähnten Veröffentlichung (Klarheit und Wahrheit 1914 Nr. 4) läßt sich nur durch Annahme eines Mißverständnisses erklären.“

Und zum Schluß wendet sich der Artikel des „Westfälischen Volksblattes“ mit folgenden spöttischen Worten an den Kardinal Kopp:

„Wenn S. Eminenz in dem in Klarheit und Wahrheit a. a. O. zitierten Briefe es bedauert, sich „an den Maßnahmen zur Beunruhigung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben“, so waren dafür andere Gründe angegeben, nicht die Erkenntnis, daß die Interpretation in sich und objektiv unrichtig sei.“

Wir wissen nicht, inwiefern alle diese „Feststellungen“ richtig sind. Aber sind sie richtig, dann fordert das Verhalten des Herrn Kardinals zu einer nicht minder schärferen Kritik heraus, wie das der Herren Schulte und Dr. Kreuzwald, die, wie wir gestern bereits hervorhoben, bei ihren Vernehmungen im Kölner Gewerkschaftsprozeß kurzweg verschwiegen haben, daß der Kardinal Kopp längst seine Zustimmung zu der Schulteschen Interpretation der Enzyklika Singulari quadam zurückgezogen hatte.

Doch das ist Nebenjache. Es kommt jetzt nicht darauf an, wer von den hohen Herren sich anständiger benommen hat, sondern wer die Ansichten Roms vertritt! Und in dieser Hinsicht kann es keinen Zweifel geben: hinter Kardinal Kopp steht Rom. So werden auch Herr von Hartmann und Herr Dr. Schulte sich ducken müssen, ganz gleich, ob sie mit ihrer Auffassung der Gewerkschaftsfragen mehr oder minder recht haben; denn auf einen Konflikt mit dem Vatikan werden sie es schwerlich ankommen lassen.

Das erste Opfer, allerdings nur ein recht winziges, hat der Streit der Bischöfe schon gefordert: Geheimrat Dr. Borch, der Zentrumsführer im Abgeordnetenhause, hat sein Amt als fürstbischöflicher Konsistorialrat am Breslauer Bistumskonsistorium niedergelegt.

Die Arbeitslosigkeit.

Herzloses Kleinbürgertum.

Unter dem Vorhild des badiischen nationalliberalen Landtagsabgeordneten Niederbühl tagte am vergangenen Sonntag in Rastatt der Landesverband der badiischen Gewerbe- und Handwerkervereine, um zu der Frage der Arbeitslosenversicherung Stellung zu nehmen. Der Bürgermeister von Rastatt, Dr. Renner, übertrug in seinem Referat die bei einer Arbeitslosenversicherung sich ergebenden Schwierigkeiten und kam zu dem Schluß, daß den Kleinwerkbetreibenden auf keinen Fall neue Lasten auferlegt werden dürften. Die Bedenken seien wirtschaftlicher und sozialer Natur; schwer sei es, den Begriff „arbeitslos“, noch schwerer den der „unverschuldeten Arbeitslosigkeit“ festzustellen. Nach längerer Debatte, in welcher alle Redner bis auf einen sich auf den Standpunkt des Referenten stellten, wurde eine Resolution angenommen, in welcher es heißt: „Eine Arbeitslosenversicherung, deren Mittel die Arbeitgeber direkt oder indirekt, ganz oder teilweise aufzubringen hätten, wird entschieden abgelehnt.“

Was kammert den herzlosen Kleinbürger die Not der Arbeitslosen! Die ganze Aktion hat einen politischen Hintergrund; das organisierte Kleinbürgertum will mit seiner Stellungnahme auf den Landtag einwirken, um den von der sozialdemokratischen Fraktion geforderten Anzuga, hunderttausend Mark für Unterstützung Arbeitsloser im Staatsetat einzustellen, zu Fall zu bringen.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung.

Die Regierung des Fürstentums Lippe hat die Gemeinden des Landes ermahnt, Feststellungen über den Grad der Arbeitslosigkeit zu machen und im einzelnen anzugeben, ob und welche Koststandsarbeiten ausgeführt worden seien. Bei den 13 000 alljährlich zurückkehrenden Wanderarbeitern macht sich im Winter die Arbeitslosigkeit stark bemerkbar und eine Reichsarbeitslosenversicherung würde gerade hier besonders wohlthätige Folgen haben. Bei der bekannten Abhängigkeit der kleinen Staaten ist es allerdings fraglich, ob die lippeische Regierung ihre Feststellungen zu einem Vorgehen im Bundesrat verwerten will.

Eine Gemeindevertreterkonferenz der Kreise Blumenthal und Osterholz-Scharmbeck beschäftigte sich am 25. Januar in Vegesack mit der Arbeitslosenfürsorge in den Gemeinden. Nach einem Referat des Genossen Wänschmann wurde eine Resolution angenommen, in der die Vornahme regelmäßiger Arbeitslosenzählungen, Inangriffnahme von Koststandsarbeiten bei tarifmäßiger Bezahlung und die finanzielle Unterstützung arbeitsloser Arbeiter von den Gemeindeverwaltungen gefordert wird. Auch sollen die Gemeindevorstände für eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge wirken. — In der Diskussion wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß die rüstständige hannoversche Landgemeindefürsorge der Durchführung von Gemeindebeschlüssen sehr oft hindernd im Wege steht, und daß daher Landrat und Kreisregierung solche Beschlüsse unberücksichtigt lassen.

Der Parteitag der Arbeiterpartei zu Glasgow.

Glasgow, 28. Januar (Wg. Ber.)

Der 14. Parteitag der britischen Arbeiterpartei findet vom 27. Januar bis zum 30. Januar in der volkreichsten Stadt Schottlands statt. Glasgow ist nicht allein die volkreichste Stadt Schottlands (es hat eine Einwohnerzahl von über 1 Million), sondern auch vielleicht die fortschrittlichste der schottischen Städte. In bezug auf Munizipalsozialismus marschiert es an der Spitze der britischen Städte. Städtische Wasserwerke, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Wohnhäuser, Landgüter und Straßenbahnen erschöpfen noch lange nicht die Liste der Unternehmungen, in denen sich die Tatkraft dieses demokratischen Gemeinwesens offenbart. Die Schotten sind eine Nation mit sehr ausgesprochenen demokratischen Einrichtungen. Gleich beim Betreten der Stadt, als wir von den Genossen Gemeinderatsmitgliedern Alston und Stewart empfangen wurden, sollte uns dies klar werden. Beide Genossen führen den Titel „baillie“ (Polizeirichter). Die Schotten wählen ihre Polizeirichter selbst. Alle drei Jahre müssen sich diese der Neuwahl unterziehen. In ganz Glasgow gibt es nur einen berufsmäßigen und bezahlten Polizeirichter, und dieser hat meist nur mit den Fällen zu tun, in denen die städtischen Behörden und einer ihrer 18 000 Angestellten als Parteien auftreten.

Niemand wird Glasgow eine schöne Stadt nennen wollen, aber die Bewohner sind nicht wenig stolz auf ihren Heimatsort. Mit Stolz zeigen Gemeinderäte und Behörden dem Fremden die von der Stadt geschaffenen Einrichtungen. Und wahrlich, Glasgow braucht sich keiner Werke nicht zu schämen. Seine prächtigen Straßenbahnen haben fast alle private Konkurrenz bei der Personenbeförderung in der Stadt aus dem Felde geschlagen. Die Stadt betreibt nicht nur die Straßenbahnen, sondern stellt auch ihre Wagen bis auf die Achsen und Räder und die Motoren in einer eigenen Fabrik her. Und sie hat nicht nur ihre eigenen industriellen, sondern auch ihre eigenen landwirtschaftlichen Betriebe. In der Nähe der Stadt besitzt sie eine Reihe Güter; die größeren hiervon hat sie in Eigenbetrieb, die kleineren vermietet sie. Der Gedanke des städtischen landwirtschaftlichen Betriebs tauchte vor vielen Jahren auf, als es sich darum handelte, den Straßennutzen zu verwerthen. Die Stadt mietete damals ein Stück Land, dessen Weiswert nur einen Schilling betrug. Als die Pacht nach 25 Jahren abließ, war der Bodenwert des Landes infolge der stetigen Bodenverbesserung auf 40 Schilling gestiegen. Der ganze Gewinn fiel dem Grundeigentümer mühelos in den Schoß. Durch die Erfahrung gewöhnt, machten sich die Stadtväter nun daran, Güter aufzukaufen, anstatt zu pachten. In einer Farmkolonie (800 Acres) wird den städtischen Arbeitslosen zeitweilig Arbeit gegeben. Der größte Landkomplex, den die Stadt besitzt, ist das Gut Argyle, 40 Meilen von Glasgow gelegen, das der Stadt von einem früheren parlamentarischen Vertreter Glasgows geschenkt wurde. Es umfaßt 14 650 Morgen und wird als Vergnügungsort und für Forst- und Viehwirtschaft benützt. Zwei der vorhandenen Schafzuchtweiden werden von der Stadt in eigener Regie betrieben, zwei andere sind verpachtet. Hier züchtet die Stadt Glasgow die besten Schafe in Schottland. 100 Morgen sind für die systematische Aufzucht bestimmt. Hierhin schickte die Stadt im letzten Jahre auf Antrag des Genossen Paillie Alston 16 000 Lämmer und kleine Kinder aus den „slums“, damit sie wenigstens an einem Tage im Jahre hinaus aufs Land kämen.

Genosse Alston ist die Säule dieser ganzen Gemeindepolitik. Er ist der Vizepräsident des Ausschusses für Güterverwaltung und Vizepräsident des Straßenausschusses. Die Straßenbahn ist vielleicht der wertvollste Besitz der Stadt, der in der nahen Zukunft einen großartigen Ausbau des Munizipalsozialismus ermöglichen wird. In weniger als zwei Jahren wird der ganze Wert der Straßenbahn (4 Millionen Pfund) amortisiert sein, und jährlich werden dann eine Viertelmillion Pfund Sterling für gemeinnützige Zwecke frei werden. Glasgow benützt die Ueberschüsse aus seinen Unternehmungen nicht dazu, um die Gemeindefiscern herabzusetzen, sondern führt sie dem sogenannten „common good fund“ (Gemeinnützigkeitsfonds) zu, aus dem unter anderem auch der Kaufpreis der Güter bezahlt wurde. Man kann sich denken, mit welchen Hoffnungen unsere Genossen im Glasgower Stadtrat der nächsten Zukunft entgegensehen und wieviel Pläne unser alter Genosse Alston im Kopfe trägt. Mit 5 Millionen Mark jährlich läßt sich schon manches ausrichten. Unsere Glasgower Genossen denken zunächst an eine großzügige Wohnungspolitik. Schon heute besitzt die Stadt auf ihrem Terrain große Landkomplexe. Der Bodenbesitz der Gemeinde soll vergrößert, gesunde Arbeiterwohnungen sollen gebaut werden. Hand in Hand damit wird der Ausbau des Straßennetzes gehen. Die Fahrpreise auf den von allen Bevölkerungsschichten der Stadt benützten elektrischen Straßenbahnen sind im Vergleich mit denen auf den städtischen Straßenbahnen Londons äußerst billig. Man zahlt etwa 4 Pfennig für eine fast 2 Kilometer lange Strecke.

Dieses lebhaft pulsierende Gemeindeleben der großen schottischen Stadt ist in erster Linie auf die rege Tätigkeit unserer Genossen im Gemeinderat zurückzuführen. Zwar sind es nur 17 Sozialisten unter 113 Gemeindevetretern, aber sie bilden das Rückgrat an der Wage und können bestimmen, ob ein liberaler oder konservativer Oberbürgermeister gewählt wird. Ihre Stellung ist nicht unähnlich der, die die irischen Nationalisten im britischen Parlament einnehmen. Ihr Einfluß ist daher unüberhältnismäßig groß, und man beweist ihnen alle möglichen Artigkeiten. Als zum Beispiel der Oberbürgermeister erfuhr, daß zwei Arbeitervertreter einem ausländischen sozialistischen Journalisten die Einrichtungen

der Stadt zeigten, beachte er sich, sie wissen zu lassen, daß auch er den Fremdling empfangen möchte. In dem prächtigen Kunstmuseum stürzte uns der Statuor außer Atem nach, um uns persönlich die neu erworbenen Schätze zu zeigen. Freilich im ersten Kampfe hat der Spoh auf. Noch vor 14 Tagen oder 3 Wochen kam es im Gemeinderat zwischen der bürgerlichen Mehrheit und der sozialistischen Minderheit zu erregten Auftritten. Die Mehrheit wollte einen Landlauf im geheimen vollziehen. Dagegen protestierten die Arbeitervertreter, weil das Verfahren der Korruption Tür und Tor öffnen würde. Sie trieben Obstruktion, und schließlich ließ man die Polizei kommen.

Im Anschluß an den Parteitag der Arbeiterpartei hat die J. L. P. einen Propagandafeldzug in Schottland unternommen. In jedem Wahlkreis, wo bei den nächsten Wahlen Arbeiterkandidaten auftreten werden, sollen Versammlungen abgehalten werden. Als wir den Genossen Alston verließen, teilte er uns mit, daß morgen in seinem Wahlkreis eine Massenversammlung stattfinden werde. Er hat dort in Camlachie als alter Sozialist (J. L. P.) und entschiedener Gegner des Betrügens keinen leichten Stand; denn in Camlachie wohnen die Arbeiter, die in den Rüstungsfabriken arbeiten. Er erklärte uns beim Abschiednehmen, daß er den Wählern begreiflich machen werde, daß ihre Arbeitskraft sowohl für sie wie für die Allgemeinheit viel nützlicher in anderer Weise Verwendung finden könne.

Aus dem vorliegenden Jahresbericht der Arbeiterpartei werden folgende Angaben interessieren. Das Einkommen der Partei betrug 8297 Pfund gegen 7340 Pfund im Jahre 1912. Die Ausgaben beliefen sich auf 10 223 Pfund; darunter befindet sich ein Vorschub von 5000 Pfund an das Unternehmen, das den „Daily Citizen“ herausgibt. Das Vermögen der Partei beläuft sich auf 9300 Pfund. Nach dem Bericht ist der Bestand des „Daily Citizen“ noch immer nicht gesichert. Aus der Resolution des Bergarbeiterverbandes, die auf dem letzten Parteitag angenommen wurde und verlangte, daß sich der Parteitag der Arbeiterpartei mit politischen und der Gewerkschaftsfrage mit wirtschaftlichen Fragen befassen sollte, ist nichts geworden; das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses hat dem Vorschlag nicht zustimmen können. Ein ähnliches Schicksal hat den Vorschlag erreicht, die Genossenschaften, Gewerkschaften und die Arbeiterpartei organisatorisch enger aneinanderzuschließen. Der letzte genossenschaftliche Jahreskongress hat sich gegen die Verbindung mit der politischen Arbeiterpartei ausgesprochen.

Eröffnung des Parteitages.

Glasgow, 28. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Parteitag wurde heute eröffnet. Unter großem Beifall wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften und gegen die Proklamation des Standrechts in Südafrika protestiert. Die Resolution drückt den ausgewiesenen Gewerkschaftsführern und Beamten die vollste Sympathie aus, verlangt eine gründliche Untersuchung der Angelegenheit und, wenn notwendig, die Rückberufung des Gouverneurs Gladstone. Die Debatte über diese Frage war bemerkenswert wegen der leidenschaftlichen Rede, mit der Genosse MacDonald die in Südafrika von den Herrschenden geübten Gewalttätigkeiten verurteilte sowie wegen des Vorschlages Keir Hardies, die englische Regierung zu bewegen, im Namen der Krone den südafrikanischen Ministern die Indemnität (Entlastung) vorzuenthalten, bis die Angelegenheit im englischen Parlament besprochen ist. Die Proklamation des Kriegsvertrags ist im britischen Reiches nämlich nicht gesetzlich. Wenn der Minister in irgend einem Teile des Weltreichs das Kriegrecht proklamiert, so kann er für seine Handlungen vor das Gericht gezogen werden, wenn er nicht durch Annahme einer Indemnitätsbill (Straflosigkeitserklärung) des Landesparlamentes außer Verfolgung gesetzt wird. Die englische Regierung muß einer solchen Bill ihre Zustimmung geben, ehe sie Gesetz werden kann.

Politische Uebersicht.

Zentrumsarbeiterfreundlichkeit und Mittelstandsretterei.

Am Mittwoch setzte der Reichstag die Erörterung über die Sozial- und Wirtschaftspolitik des Reiches fort. Zunächst trat Abg. Giesberts vom Zentrum für mehrere Arbeiterforderungen ein. Dabei wies er nach, daß das Reich auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung noch viel zu tun habe. Jedoch hütete er sich, auf die Gründe dieser bedauerlichen Tatsache so einzugehen, wie es nötig gewesen wäre. Ist es doch das Zentrum, also seine eigene Partei, die in der Regel unseren Genossen bei ihren Bemühungen für bessere Arbeitergesetze in den Rücken fällt. Bei solchen allgemeinen Erörterungen, wie jetzt wieder, schickt das Zentrum allerdings auch einmal einen Redner vor, der es an arbeiterfreundlichen Redensarten nicht fehlen läßt. Bei den entscheidenden Abstimmungen dagegen gibt das Zentrum nur zu oft den Ausschlag gegen die Arbeiter.

Nach dem Zentrumsredner machte der Staatssekretär Dr. Delbrück in Mittelstandsretterei. Er war so gütig, anzuerkennen, daß es dem gewerblichen Mittelstand trotz des „Segens unserer Wirtschaftspolitik“ recht schlecht geht. Daher versprach er den guten Leuten, die schon ach so lange auf ihre Rettung warten, daß die Regierung auch in Zukunft die Mittelstandsretterei betreiben, Erhebungen veranstalten und neue Handwerker Gesetze vorbereiten werden. Abg. Variesch hat von der fortschrittlichen Volkspartei hatte ganz recht, als er dem Minister entgegenhielt, wie wenig seine Versprechungen in Wahrheit dem Mittelstand helfen.

Ministerialdirektor Caspar quälte sich mit dem Versuch ab, die Angriffe der sozialdemokratischen Redner, die an den Tagen vorher zu Worte gekommen waren, als nicht ganz berechtigt hinzustellen. Und wach eine ungläubliche Behandlung der Arbeiter bei uns möglich ist, schilderte sehr nachdrücklich der Pole Kurzawski aus dem Leben und Leiden der polnischen Wanderarbeiter.

Morgen geht die Verhandlung weiter.

Eine Demonstration Wilhelms II.

Zum Geburtstage des Kaisers erschien auch das Präsidium des Deutschen Reichstages im Schloß, um dem Kaiser die Glückwünsche des Parlaments zu überbringen. Dieser Vorgang spielte sich bisher stets so ab, daß der Präsident und die beiden Vizepräsidenten vortraten; der Präsident sprach dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstages aus, der Kaiser reichte dann den Herren die Hand und beauftragte sie, dem Reichstage seinen Dank zu überbringen. Als diesmal das Reichstagepräsidium vor den Kaiser trat, hörte er völlig gleichgültig den Glückwunsch des Präsidenten Kaempf an, erwiderte kein

Wort, beauftragte die Herren nicht, dem Reichstage seinen Dank auszusprechen und reichte ihnen auch nicht, wie sonst üblich, die Hand, sondern ließ sie einfach gehen. Desto leutlicher unterhielt sich Wilhelm II. mit den unmittelbar darauffolgenden Präsidien des preussischen Herrenhauses und des preussischen Landtages. Er begrüßte diese echtpreussischen Leute mit kräftigem Händedruck, scherzte mit ihnen, dankte ihnen für die Gratulation und gab ihnen den Auftrag, diesen Dank den beiden Häusern des Landtages zu übermitteln.

Der ganze Vorgang erregte bei der Desfiliercours selbstverständlich das größte Aufsehen, und allgemein hatte man die Ueberzeugung, daß diese Behandlung des Reichstagspräsidenten nicht nur diesem, sondern dem ganzen Reichstage galt und gewissermaßen die Antwort sein solle auf das Verhalten des Reichstags in der Zabern-Affäre.

Wie wir noch erfahren, hat das Präsidium des Reichstags nach dieser Behandlung die Einladung zum Diner zurückgehen lassen.

Im Reichstage wurde dieses Vorkommnis gestern ziemlich lebhaft besprochen, und auch hier teilte man die Auffassung, daß Wilhelm II. mit seinem Verhalten dem Reichstage seine Abneigung zu erkennen geben wollte.

Großgrundbesitzer und Landarbeiter.

Das Abgeordnetenhaus ist am Mittwoch endlich mit der zweiten Lesung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fertig geworden. Aber so glatt, wie die Junker es sich dachten, ging die Erledigung nicht von statten, die Herren mußten erst noch einige Wahrheiten über sich ergehen lassen, die ihnen sichtlich unangenehm waren. Unser Genosse Hoyer, der die ländlichen Verhältnisse von Grund aus kennt, zeigte, wo die wirklichen Ursachen des Landarbeitermangels zu suchen sind. Das Bild, das er von dem Los der Landarbeiter und ihrer Frauen entwarf, ist traurig, aber wahr, und mit vollem Rechte konnte er den Großgrundbesitzern zurufen, daß sie selbst infolge der Ausbeutung ihrer Arbeiter die Landflucht verursacht haben.

Die Herren auf der Rechten verführte die Schilderung der Verhältnisse um so peinlicher, als einer ihrer eigenen Verursacher es war, der sie entwarf. In ihrer Wut wühlten sie sich nicht anders als durch unersichtliche Ausfälle gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und den Genossen Hoyer im speziellen zu helfen. Ihr Hauptredner Herr v. d. Osten war auf eine solche Anklage nicht vorbereitet, und so glaubte er, über die für ihn und seine Freunde beschämenden Tatsachen mit der Bemerkung hinweggehen zu können, daß Hoyer nur traurigen Wirtswort gesprochen habe. So ganz krauser Wirtswort scheint es aber selbst nach Ansicht der Junker nicht gewesen zu sein, denn sonst hätten sie sich die Mühe gespart, nach Herrn v. d. Osten auch noch Herrn v. Derges gegen Hoyer vorzuschicken. Die Angriffe beider konservativer Redner fertigte Hoyer in einer kurzen Erwiderung nach Gebühr ab.

Charakteristisch für die Kampfweise der preussischen Junker ist es, daß sie in Ermangelung sachlicher Argumente einen Lieberfall auf die Sozialdemokratie versuchten, wozu sie sich nach Reichstagspräsidenten angeblicher Pläne sozialdemokratischer Führer bedienten. Pläne, deren Fällung ihnen von ihrem Genossen Hirsch sofort nachgewiesen wurde. Darob verstummten die eblen Ritter.

Die weitere Beratung des Etats, die sich in Einzelheiten verlor, gab dem Genossen Adolf Hoffmann Gelegenheit, sich der Werderschen Diktatur anzunehmen.

In vorgedachter Stunde begann noch die Beratung des Etats der Gesundheitsverwaltung, die nach unwesentlicher Debatte auf Donnerstag vertagt wurde.

Aus unseren Kolonien.

Wolffs Telegraphenbureau bringt einen Auszug aus der Denkschrift der deutschen Kolonialverwaltung über die deutschen Schutzgebiete Afrikas und der Südsee für das Jahr 1912/13, die demnächst im Verlage von Mittler u. Sohn im Buchhandel erscheinen wird. Die Schrift trägt wie gewöhnlich das Bestreben, die Zustände in unseren Kolonien in möglichst rosigem Farben darzustellen. Immerhin kann sie einige kritische Dinge nicht mit Stillschweigen übergehen. So muß sie bei der Besprechung der gesundheitlichen Zustände in Kamerun zugeben, daß die große Verbreitung der Schlafkrankheit der Verwaltung noch schwere Sorge macht; ihre erfolgreiche Bekämpfung wird noch längere Zeit und große Energie erfordern.

Der wunde Punkt der deutschen Kolonialpolitik ist die Arbeiterfrage. Die Kolonialverwaltung berichtet darüber:

Rehr und mehr zeigt sich, daß jetzt nach dem Ausbau wichtiger Eisenbahnstrecken die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Schutzgebiete in erster Linie von der Arbeiterfrage abhängt. In Deutsch-Südwestafrika ist sowohl die Landwirtschaft wie der Bergbau unter dem zeitweise geringeren Zugang von Coarboarbeitern. Dies wäre an sich weniger bedauerlich, wenn nicht damit gerechnet werden müßte, daß dieser Mangel immer wieder herortritt und sich noch verschärft. In Kamerun, wo große Nachfrage nach Arbeitern war und wo für die Regelung der Arbeiterwerbung sowie für Arbeiterfürsorge manches geschah, machte sich gleichfalls zeitweise ein empfindlicher Mangel an Arbeitern geltend. In Deutsch-Ostafrika waren die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen befriedigend, was nicht in letzter Linie der kontrollierenden Tätigkeit der Distriktskommissare zuzuschreiben ist. Speziell muß der immer größere Bedarf an Arbeitern aus immer weiter entfernten Gebieten gedeutet werden. In Deutsch-Kamerun müßte die Zahl der jetzt dort tätigen Arbeiter verdoppelt werden, wenn nur die bestehenden Unternehmungen ihre Pflanzungsverpflichtungen für die aufgenommenen Ländereien einhalten wollen. Zum Abbau der Hospitallager müßten hiesige Arbeiter herangezogen werden. In Samoa trat bei den öffentlichen Arbeiten ein Arbeitermangel ein.

Natürlich muß die Denkschrift auch zugeben, daß der Anteil Deutschlands am Gesamtmarkt der Schutzgebiete in allen Kolonien zurückgegangen ist. Er betrug für alle Schutzgebiete 68,01 Proz. im Jahre 1911, im Jahre 1912 dagegen nur 65,79 Proz.

Es muß also amtlich, wenn auch stark verklausuliert zugegeben werden, daß gerade auf den wichtigsten Gebieten der Kolonialpolitik keine Erfolge und Fortschritte erzielt worden sind.

Die Zivilklage gegen Leutnant v. Forstner.

Die zivilgerichtliche Klage der Eltern eines jungen Mädchens gegen Leutnant v. Forstner auf Zahlung von 3000 M. Schadenersatz kommt am 17. Februar vor dem Zaberner Landgericht zur Aburteilung.

Wegen Verletzung des § 182 (Verführung Minderjähriger) hat die Militärbehörde die Untersuchung gegen Leutnant Forstner eingeleitet. Untersuchungsrichter ist Kriegsgerichtsrat Pfander, der bekannte Ankläger gegen Oberst Reuter und Leutnant Schab.

Zu dieser Angelegenheit schreibt der „Zaberner Anzeiger“: Herr v. Forstner entwidelt sich zu einem wirklichen Sorgenkind seiner hohen Vorgesetzten. Kaum hat man ihn mit Ach und Krach von den Folgen seiner rohen Tat in Detmold geschäftigt, da kam ein neuer Fall, der mit aller Deutlichkeit zeigt, welche Charaktereigenschaften dieser Angehörige des vornehmsten Berufs-

besitzt. Putativnotwehr kann man jetzt nicht ins Feld führen; auch aus Furcht, Schreden oder Besorgnis hat der freiherrliche Leutnant nicht gehandelt, als er unter Androhung von Gewalt das kaum der Schule entwachsene 14½-jährige Mädchen verführte. Sein Beginnen war um so frevelhafter, als er in jener Zeit auch nicht unbedenklich erkrankt war und so die Gefahr bestand, das Mädchen nicht nur moralisch, sondern auch körperlich schwer zu schädigen.

In derselben Nummer fragt auch der „Zaberner Anzeiger“, weshalb man ihn nicht verfolge, da er doch in seiner Nr. 144 behauptet habe, daß Leutnant v. Forstner ein junges Mädchen nach der Wache bringen ließ und dort längere Zeit eingesperrt hielt; ferner, da er in Nr. 5 berichtet habe, daß Leutnant Schab in einem öffentlichen Lokal, weil er anwesende Zivilisten „Wades“ tituliert, von diesen geohrfeigt worden sei und sich im Verlauf dieses Vorfalls recht wenig gentlemanlike benommen habe.

Wenn dieses alles wahr ist — der „Zaberner Anzeiger“ will Punkt für Punkt beweisen —, erzählt der Militarismus in noch schönerem Licht.

Vilow beim Papst.

Der Vater der „Liberalen Aera“ unfeigen Angedenkens, der verfloßene deutsche Reichskanzler Bernhard v. Vilow hat dieser Tage dem Heiligen Vater, dem Vater des Antimodernismus, seine Aufwartung gemacht. Es heißt, er sei nebst Gemahlin in längerer Audienz empfangen worden. Leider wird nicht bemeldet, ob der „Liberaler“, von den Päpstlichen verfolgt und gefährzte vierter Kanzler während der langen Zeit etwa auch den päpstlichen Vantoffel gefühlt hat. Fürst Vilow erklärte einmal, ein wesentliches Erfordernis des Diplomaten und Staatsmannes sei eine Rhinoceroshaut. Die Figur zeigt, gehört auch eine Chamäleonhaut dazu, welche bekanntlich die wertvolle Eigenschaft hat, in verschiedenen Farben schillern zu können, je nachdem es die Umgebung und die besonderen Umstände erfordern. Kopf und Nüchtern braucht ein moderner deutscher Staatsmann dagegen nicht oder doch nur in möglichst wässriger und weicher Form zu besitzen.

Lindenberg.

Mit dem juristischen Kronzeugen der „Kreuzzeitung“ will niemand etwas zu tun haben. Jetzt läßt auch der Oberlandesgerichtspräsident Lindenberg in Posen durch das Wolffsche Bureau erklären, daß auch er nicht der Verfasser jenes Artikels sei, der nach der „Kreuzzeitung“ von einem hohen preussischen Justizbeamten ausgehen sollte. Allem Anschein nach ist das konservative Blatt in seiner Sucht, die Zaberner Offiziere unter allen Umständen herauszukriegen, einem Spasmacher aufgesessen, der seine Pappenheimer kannte und wußte, daß die „Kreuzzeitung“ unbeschäftigt aufnehmen würde, was ihr in den Kram paßt.

Eine Entdeckung des Reichstagspräsidenten.

Zu Wilhelms Geburtstag hat auch der Reichstagspräsident und Ehren doktor Johannes Kaempf eine Rede gehalten. Sie enthält sonst nichts von Belang. Erwähnenswert ist daraus nur die Entdeckung des Redners, daß der „Kaiser von dem Geiste des großen Königsberger Philosophen erfüllt“ sei. Diese Entdeckung des Berliner Ehren doktors Kaempf hat gewiß den Vorzug der Neuheit, gereicht aber seiner Gerechtigkeit nicht zur Ehre. Der alte Immanuel Kant würde sich zweifellos im Grabe umdrehen, wenn er vernähme, daß ein sonst ehrwürdiger deutscher Doktor in Wilhelm II. Geist von seinem Geist erblickte. Die schöne Entdeckung Kaempfs zeigt nur, daß auch er nicht erfüllt ist vom Geiste Kants, wohl aber vom Geiste des Byzantinismus.

Erfreuliches vom „Generalpardon“.

Welch riesenhafte Unsummen von den jetzt auf einmal „ehelich“ gewordenen Steuerdrückern bisher hinterzogen worden sind, wird durch eine der „Saale-Zeitung“ in Halle von gut unterrichteter Seite zugegangene Nachricht aufs neue bestätigt. Das liberale Blatt schreibt in seiner Nummer vom 25. Januar:

Der Generalpardon hat auch in Halle eine solche Fülle von — brauchen wir ausnahmsweise mal ein Fremdwort — „latentem“ Vermögen ans Tageslicht gebracht, daß dadurch unser städtischer Etat dauernd in recht erfreulicher Weise beeinflusst wird. Es sind Millionen mehr deklariert worden als bisher. Viele Leute in Halle sind viel reicher, als bisher die Steuerbehörde gewußt hat. Zusammengerechnet geben die bisher an amtlicher Stelle nicht bekannt gewordenen Beträge eine riesige Summe, die natürlich den Einkommensteuereinzug gewaltig steigert. Die Stadt dürfte sich — so wird uns versichert — nach Schätzungen, die einigermaßen Anspruch auf Richtigkeit haben, aus jenen Summen ein Steuermehr von über 300 000 M. herausrechnen. Und noch seien längst nicht alle Steuererklärungen eingegangen, da die Frist noch läuft.

Die Steuerentziehung ist also nicht nur ein Privilegium der eckst preussischen Junker, sondern auch die Schatzkammer haben es meisterhaft verstanden, in bewährter Weise das teure Vaterland und die Gemeinde um Millionen zu bemogeln. Aber dennoch sind und bleiben sie die allein echten Patrioten.

Aus der Vurschenschaft ausgeschlossen.

Ein praktisches Beispiel für die Richtigkeit der in unserem Artikel „Richte und die Akademiker unserer Zeit“ niedergelegten Anschauungen von der traurigen politischen Mäxwärterei der Universitätskreise ist der Ausschluß Dr. Rudolf Lautenbachs aus der deutschen Vurschenschaft, den der Ausschlossene selbst in der letzten Nummer der „Tribüne“ ausführlich darstellt.

Nach diesen Darlegungen ist Dr. Lautenbach wegen eines Artikels aus der Vurschenschaft entfernt worden, den er zum Sedantage 1912 in der „Zeit am Montag“ an leitender Stelle veröffentlichte, und worin er das mit kirchlicher Frömmigkeit gemischte militärische Ehrden und Festtreiben ironisierte. Es war ihm aber schon vor Jahren geraten worden, freiwillig aus der Vurschenschaft auszuscheiden, weil seine öffentliche Tätigkeit in den Kreisen der Alten Detren Anstoß und Aergernis erzeuge. Man kann ihm also glauben, wenn er behauptet, daß der inkriminierte Artikel nur den Anstoß zu seiner Entfernung gegeben habe, während der wirkliche Ausschließungsgrund in seiner gesamt demokratisch gerichteten publizistischen Wirksamkeit zu suchen sei.

Ebenso zutreffend ist seine Erklärung, daß die deutsche Vurschenschaft aus einem demokratischen akademischen Verbande längst eine reaktionäre Vereinigung geworden sei, die mit den Korps in konservativer Gesinnung wetteifere und kein Recht mehr habe, den Ehrennamen Vurschenschaft zu führen und ihre Farben zu tragen, sondern sich zur Feier ihres hundertjährigen Bestehens am besten begraben lasse.

Die Vurschenschaft ist eben wie die übergroße Masse der gesamten Akademikerkraft nur ein williges Werkzeug des von Adel, Pfaffen und Bureaukraten regierten heutigen Klassenstaates. Idealismus ist den jetzigen Studierenden und Studierten so fern, daß sie einen Idealismus ausstoßen. Wer die Partei des unterdrückten Volkes ergreift, ist ihr Feind. Sie halten es mit den derzeit Mächtigen, die ihnen für die Unterwürfigkeit ein gutes Futterplätzchen an der Staatskrippe überlassen. Sie sollten in Anbetracht ihrer Bildung des Volkes Führer sein, sind aber meist eingefleischte Gegner seines Aufstiegs, der also wider sie erkämpft werden muß.

Aus der Ausschließung Dr. Lautenbachs spricht derselbe Geist, der den Noethe, Bernhard usw. ihre scharfmacherischen Reden

und Schriften eingibt, der Geist, der zu Wilhelms II. Geburtstag feierliche Kommerse veranstaltet und für Fisches hundertjährigen Sterbetag nur eine „schlichte“ Andacht übrig hat.

Militärischer Schmiegelderprozeß.

Dieser Tage wurde vom Kriegsgericht in Düsseldorf gegen zwei Wachtmeister, drei Sergeanten und vier Unteroffiziere der 5. Batterie des 7. Feldartillerieregiments zu Düsseldorf verhandelt, die hauptsächlich des Vergehens angeklagt waren, unerlaubte Geschenke von Untergebenen, nämlich Einjährigen, angenommen zu haben.

Der Wachtmeister Dürbaum gab an, von Einjährigen einmal eine Kiste Zigarren mit einem Hundertmarkschein und ein andermal einen Hundertmarkschein ohne die obligate Kiste bekommen zu haben. Ueber den Zweck dieser Geschenke hätte er sich keine Gedanken gemacht. Der Wachtmeister Sames erklärte, ebenfalls eine der Kisten mit einem Hundertmarkschein erhalten zu haben; sie ist ihm direkt ins Haus gebracht worden. Er wäre sich über die Ungültigkeit, solche Geschenke anzunehmen, klar gewesen, doch habe er der Versuchung nicht widerstehen können. Der Sergeant Strehlow hat in drei Fällen an Einjährige gewisse Geschenke verkauft, die er selbst erst für eine Mark erstand, die ihm aber nun je 10 M. einbrachten. Er hat auch an die Einjährigen etliche Kommissbrote abgegeben und dafür wiederum 10 M. erhalten. Seine Entschuldigung lautete, daß die Geschenke wohl 10 M. Ladenwert hätten und er etwa 15 Prote für 10 M. gegeben habe. Der Sergeant Schmidt hat von einem Einjährigen 10 M. und eine Einladung zu einer Flasche Sekt erhalten, was deshalb geschehen sein soll, weil er wegen einer Radflächigkeit des betreffenden Einjährigen einen Verweis erhielt. Weiterhin hat er eine Kiste Zigarren mit 20 M. erhalten. Der Unteroffizier Lückmann hat einmal eine Kiste mit 20 M. bekommen, späterhin noch einmal 10 M., angeblich für Ansichtskarten. Er hat außerdem einem der Einjährigen brieflich um ein Geschenk von 10 M. gebeten, das er auch erhielt. Die Behauptung der Anklage, eine der Kisten mit 20 M. auch noch in einem zweiten Falle erlangt zu haben, bestritt er.

Die spendablen Einjährigen waren als Zeugen geladen, doch ergab ihre Vernehmung fast nichts. Teils wußten sie sich der Dinge nicht mehr zu erinnern, teils revidierten sie ihre erste protokolllarische Aussage, zum größten Teil aber verweigerten sie das Zeugnis.

Der Anklagevertreter betonte, daß sich die ganze Sache als mißlich herausgestellt habe, wie es anfangs schien, daß aber doch nicht nur einzelne Fälle vorlägen, sondern ein ganzes System vorhanden sei, weshalb mit strengen Strafen vorgegangen werden müsse. Demzufolge beantragte er Arreststrafen von einer Woche bis sechs Wochen. Das Gericht trat der Anklage nur zum Teil bei und erkannte auf folgende Strafen: Dürbaum 6 Wochen gelinder Arrest, Sames 4 Wochen, Hornmann einen Tag; Schmidt 2 Wochen Mittelarrest, Lückmann 3 Wochen, Linke 5 Tage, Prüm 2 Wochen; Hornmann und Bischof wurden freigesprochen.

Deutsche Truppen in Haiti.

In der Republik Haiti ist wieder einmal eine der landesüblichen „Revolutions“ ausgebrochen. Der deutsche Kreuzer „Vineta“, der wegen der Unruhen seit dem 28. Januar vor Port-au-Prince liegt, hat nun gestern nachmittag zum Schutze der deutschen Interessen ein Landungskorps von achtzig Mann mit zwei Maschinengewehren gelandet.

Auch die amerikanische Regierung hat ein Kriegsschiff hingesandt.

Rußland.

Das russische Kontingement und die Armenier.

Dieser Tage kam die Nachricht, daß das Mitglied der revolutionären armenischen Partei „Dschalutun“ Sarkis Kufunjan, der vor drei Jahren wegen Zugehörigkeit zu der Partei und Hinmord aus dem Gefängnis zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, in der berüchtigten Gefängniszelle zu Orsk gestorben ist. Er starb in einem Augenblick, wo die russische Diplomatie besonders bemüht ist, ihre Armenierfreundlichkeit in ein helles Licht zu setzen. Noch krasser tritt diese Heuchelei der zarischen Diplomatie hervor, wenn man einige Daten aus dem Leben Kufunjans erwägt. Vor 20 Jahren zog er als junger Student mit einem Trupp Gefinnungsgenossen nach Türkisch-Armenien, um seine Stammesgenossen vor den türkischen Bajazidokul zu schützen. Damals aber förderte die russische Diplomatie die türkischen Armeniermorde. Kufunjan wurde von russischen Behörden gefangen genommen und zu vielen Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Das zweite Mal erhielt er Zwangsarbeit, als er für die Freiheit der russischen Armenier kämpfte. In diesem Kampfe ist er nun als Opfer gefallen.

Japan.

Unterdrückung der Pressefreiheit.

Die japanische Junkerregierung, die bisher schon jede Bewegung der Arbeiterbewegung in brutalster Weise niedergehalten hat, geht auf ihrem Wege der Volkentreue rüstig weiter. Einige kürzlich verübte politische Attentate gaben den Anlaß. Als ein hoher Beamter des Ministeriums des Aeußern umgebracht wurde, verbot der Staatsanwalt den Zeitungen, irgend etwas darüber zu veröffentlichen. Zugleich wurde eine Verordnung erlassen, die unter Erweiterung der behördlichen Befugnisse die Strafen wegen Vergehens erheblich verschärfte. Sogleich wurden gegen 18 Zeitungen Geldstrafen von 200 bis 800 Yen verhängt. Ein Yen ist etwas über 2 M., jedoch ist der Geldwert dort wesentlich höher, mithin die Strafen sehr erheblich. Die Leiter der Zeitungen veranfaßten darauf eine Versammlung, in der sie heftigen Protest gegen das Vorgehen der Regierung erhoben und sich verpflichteten, energisch auf eine Abänderung des Pressegesetzes hinzuwirken.

Mexiko.

Ein Komplott gegen Huerta.

London, 28. Januar. Die „Times“ bestätigen die Nachricht, daß ein weitverbreitetes Komplott gegen die Regierung in Mexiko entdeckt worden sei. Zahlreiche Personen wurden bereits in Haft genommen. Das Gerücht, daß die beiden Gegenkandidaten des Präsidenten Huerta bei der Präsidentschaftswahl, Gamboa und Requena, ebenfalls verhaftet wurden, ist jedoch unrichtig. Die Situation ist von neuem sehr gespannt und bedeutende politische Veränderungen sind zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Drei Arbeiter durch Explosion einer Mine getötet.

Nizza, 28. Januar. (B. T. Z.) Heute früh ist auf der im Bau befindlichen Straße Nizza-Cuneo im Tunnel durch den Col de Braus eine Mine zu früh explodiert. Dabei wurden drei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Die schwarzen Vöden in Belgrad.

Belgrad, 28. Januar. (B. T. Z.) Infolge epidemischen Auftretens der schwarzen Blattern in Belgrad hat der Minister des Innern die Impfung der gesamten Stadtbevölkerung angeordnet. Bisher sind 90 Personen erkrankt, von denen 30 gestorben sind.

Gewerkschaftliches.

Die arbeitslosen Berliner Holzarbeiter beim Stadtrat Fischbeck.

Nachdem die Deputation der arbeitslosen Holzarbeiter am Dienstag voriger Woche vom Oberbürgermeister Vornum empfangen war, tauchte der Gedanke auf, daß sie auch beim Stadtrat Fischbeck, dem für diese Angelegenheit zuständigen Dezernenten des Magistrats, vorstellig werden könne.

Ein anderes Mitglied der Deputation sah sich gezwungen, bei dem Armenkommissionsvorsitzer eines Berliner Bezirks Unterstützung nachzusuchen. Der Armenkommissionsvorsitzer mag es gewiß gut gemeint haben mit dem Arbeitslosen, denn er teilte ihm auf einer Postkarte die Adresse von zwei Tischlermeistern mit, bei denen er Arbeit bekommen könne.

Daß den Arbeitslosen ein derartiger Verstoß gegen den Vertrag nicht zugemutet werden könne, schien auch Stadtrat Fischbeck einzusehen. Im allgemeinen aber machte er der Deputation keine Hoffnungen auf Erfüllung ihres Wunsches nach kommunaler Arbeitslosenfürsorge.

Kleines Feuilleton.

Freisprecher. Wer sie betreibt? Nun, die „Tägliche Rundschau“ natürlich und ihr Parlamentsberichterstatter Herr Petrenz.

Es war vielleicht ein taktisch ganz richtiger Gedanke der Herren, als sie zur Sache selbst rein gar nichts zu sagen wußten, von dieser Hilfslosigkeit abzulenken durch irgendwelche wilden Angriffe gegen an sich ziemlich Unbeteiligte.

Herr Petrenz hat ja so recht! Ein nur flüchtiger Blick in die Weltgeschichte zeigt, daß seit je und je das Volk seine politischen Entscheidungen nach dem Freisprecherideal getroffen hat.

So war es, wie gesagt, stets in der Weltgeschichte. Das Freisprecherideal regte. Zum Beispiel war in der großen französischen Revolution Mirabeau ein von Mitternachten zerfressenes Gesicht und hätte auf keiner Schönheitskonkurrenz auch nur einen Trostpreis dabeingetragen.

Wilhelm Tell, der verbesserte Knochel. Und noch ein Helfer in der Not, der auch sein Geschäft machen will. Vor dem lehrbuchmäßigen Bildnis lassen die letzten Schatten der Zweifel weichen, die unser Volk bedrücken.

Arbeitslosen an Wohltätigkeitsvereine überweisen würde. — Stadtrat Fischbeck kam auch wieder mit den alten Ratschlägen, die Arbeitslosen sollten sich auswärts Arbeit suchen oder andere Berufe ergreifen, wenn sie in dem erlernten Beruf keine Arbeit fänden.

Für die Einführung einer städtischen Arbeitslosenunterstützung zeigte Stadtrat Fischbeck keine Sympathie und der Reichsarbeitslosenunterstützung steht er skeptisch gegenüber.

Die Arbeitslosen hatten nach Schluß der Unterredung das Gefühl, mit einem Manne gesprochen zu haben, der ihrer Lage wenig Verständnis entgegenbringt und von dem sie deshalb wenig zu hoffen haben.

Berlin und Umgegend.

Die gekränkte „Volkszeitung“.

Die „Berliner Volkszeitung“, das Organ der Koch, Keiling und anderer Streikbrechervermittler, ist erstaunt und empört darüber, daß man einen ihrer Berichterstatter in einer Betriebsversammlung der Beermann-Arbeiter in Treptow nicht zugelassen hat.

Die „Berliner Volkszeitung“ bringt in ihrem Morgenblatt vom 28. Januar dieses Jahres einen Artikel, überschrieben: Der „neutrale“ Metallarbeiterverband, worin sie ihrem Schmerz darüber Ausdruck gibt, daß sie von Angehörigen des Metallarbeiterverbandes, besonders von Behrend und Cohen, nicht als ein Blatt anerkannt wird.

Die Berichte im redaktionellen Teil der „Volkszeitung“ über Streiks, Lohnbewegungen usw. können im großen und ganzen als einwandfrei bezeichnet werden. Die Tatsache aber, daß die „Volkszeitung“ es seit Jahren mit ihrer Haltung im redaktionellen Teil vereinbaren kann, zugleich im Inseratenteil Streikbrechergerichte derselben Firmen aufzunehmen, deren Lohnbewegungen im redaktionellen Teil im oben angegebenen Sinn besprochen werden, ist doch wohl geeignet, Mißtrauen zu wecken.

Daß auch im gegenwärtigen Fall (dem Streik der Firma Beermann), der zu der diesmaligen Anrempelung Anlaß gegeben hat, die „Volkszeitung“ ihre alte Methode beibehalten hat, beweisen die Inserate der „Volkszeitung“ in den letzten Tagen. Am Mittwoch, den 28. Januar,

bringt das Blatt im redaktionellen Teil einen objektiven Bericht über den Streik, der seit etwa 14 Tagen besteht, und am Dienstag, den 27., und die vorhergehenden Tage werden im Inseratenteil derselben Zeitung Stellmacher, Dreher, Schlosser, Bohrer usw. für die Firma Beermann gesucht!

Dieses unserer Meinung nach unvereinbar verschiedene Verhalten im redaktionellen und im Inseratenteil, das seit einiger ganzen Reihe von Jahren von der „Berliner Volkszeitung“ betriebl wird, hat uns zu unserer Stellungnahme veranlaßt.

Es sei übrigens in diesem speziellen Falle noch bemerkt, daß das Verlangen der „Berliner Volkszeitung“ auf unbedingte Zulassung eines Berichterstatters sich auch ohne alle diese Vorformnisse nicht rechtfertigen ließe. Es handelte sich keineswegs um eine öffentliche Versammlung, zu der jedermann Zutritt hätte, sondern um eine Betriebsversammlung der Beermann-Arbeiter.

Geht es aber um die Zulassung der „Berliner Volkszeitung“ versucht, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen die Ortsverwaltung scharf zu machen, weil der „Vorwärts“ von uns gegenüber der „Volkszeitung“ bevorzugt wird.

Soweit die Zuschrift.

Wir müssen der „Volkszeitung“ aber noch einen besonderen Tort antun. Es macht ihr Freude, auf die angebliche Abonnementabnahme des „Vorwärts“ und den angeblich ständigen Abonnementzuwachs der „Volkszeitung“ hinzuweisen.

Wir haben unsere Genossen von der Wirkung der Krise unterrichtet, um sie zu größerem Eifer in der Propaganda für unsere Sache anzuwecken. Ein weiterer Rückgang im Geschäftslieben ist jetzt fast nicht mehr denkbar. Die Krise hat ihren Tiefstand erreicht. Und damit hat nicht nur das übrige von der gegnerischen Presse ins Phantastische übertriebene Zahlen unseres Abonnementstandes aufgehört, sondern wir können jetzt wieder mit Befriedigung ein für die Scharfmacherpresse — inll. der „Volkszeitung“ — höchst betrübliches Juchzen der Abonnenten konstatieren.

Achtung, Bauanschläger! Die Bautischlerei von Gebrüder Raabe, Nieschomstraße 32, zahlt nicht die tarifmäßigen Preise. Der Betrieb ist deshalb gesperrt und eruchen wir, denselben streng zu meiden.

Achtung, Friseurgehilfen! Tariflich geregelt sind die Verhältnisse bei Förster, Neue Hochstraße 38 und Bräuner, Pirschstraße 20. Wegen Tarifbruch sind für Verbandsmitglieder gesperrt: Behrend, Kriststraße 40 und Krüger, Neulöbn, Jägerstraße 3.

Deutsches Reich.

Der Väterverband im Jahre 1913.

Während der Verband seit dem Jahre 1896 einen ständigen Aufstieg in der Mitgliederzahl zu verzeichnen hatte, sank diese im

die hehre Figur des Schweizer Bauern, den geliebten Volkshelden, schau! Aber heute, da das deutsche Volk wieder ein Opfer in Form einer Nationalkassette bringt, schreitet abermals ein Teil über die deutsche Erde.“

Geschäft ist Geschäft. Auf ein paar Meter kam es nicht an, denn man kann das Volk nicht länger im Ungewissen tappen lassen. Von der Feinwand herab muß man seiner Zerissenheit spotten.

Der Film deutet nicht, ganz ungeteilt fängt er den Strom auf, der so mächtig, so ergreifend stark aus der Sage fließt. Und die Tat des Teufel hat der Film noch tiefer motiviert als Schiller. Und das ist gut.

Gut ist das gewiß nicht, aber das Auffangen von Strömen ist schlechthin bewundernswert. Ja, der Kientopp fängt alles auf, und es wird in seinen Händen zum Spielball der verwerflichsten Spekulation.

Reklamehelden schreiten polternd über die deutsche Erde, sie zwingen alles unter einen Hut, sie prostituierten alles, was uns heilig ist — damit das Kinoskapital sich mäße.

Theater.

Charlottenburger Schiller-Theater: Herodes und Mariamne, Tragödie von Hebbel. Der alte jüdische Geschichtsschreiber Josephus erzählt, daß der Judenkönig Herodes in tyrannisch eifersüchtiger Liebe besessen habe, falls er im Kampfe falle, Mariamne, sein junges schönes Weib, zu töten. Und als er dann heimgekehrt, habe er die der Unreue Verdächtige in der Tat enthaupen lassen.

Die Aufführung, mit vielem Beifall aufgenommen, wies in den Nebenfiguren manche schlimmen Mieten auf. Gut war Herr Vaeische als Herodes, repräsentabel fand sich Elie Wajsa mit der schwierigen Rolle der Mariamne ab.

Humor und Satire.

Die Tat.

Währenddem die Herrn vom Zentrum, Wasserermann und Dobe und Die um Herrn Bachdorff de Went rum — Den protestantischen Mund

Nach den aufgeregten Stunden wieder einmal ausgelassen, und Herr Müller auf die Bunden etwas weiße Salbe popt;

Während ferner Herr v. Weismann, Schlummerlos und stark in Schweiß, uns die Frage löst: wie dreht man Weiß in Schwarz und Schwarz in Weiß;

Kurz: indem in Morgenshellen Blau verfinst die Jaber-Kocht hat S. W. Benecht den Seinen Endlich eine Tat vollbracht.

Rings verstummen strach die Tadler! Was uns fehlte, ward erkannt: Hört! man trägt den roten Adler Fortan auch am kurzen Band!

Notizen.

Über Justabl. Prof. Roethe, allgermanischer Kraftproh und abgeantler Feind aller modischen Verweilichung, hat als Uurpator des Erich Schmidtischen Lehrstuhles seine wahre Natur veräußert. Erich war der erkorene Damenprofessor, aber Gustab bildete bisher nicht Langhaariges in seinem allgermanischen Meißal. Da er aber Erich Schmidt vertreten muß, hat er auch die Damenlundschaft mit übernehmen müssen. Aber nur als Vertreter duldet er das schwache Geschlecht, in sein ureigenes Gebiet läßt er kein Weib.

Theaterchronik. Die verschobene Erstaufführung von Max Halbes Schauspiel „Freiheit“, soll im Deutschen Theater nunmehr Mitte Februar stattfinden.

Vorträge. In der Urania spricht am Freitag in der Reihe der Gelehrtenvorträge der Physiologe Professor Dr. Fritsch über „Die geistige Tätigkeit der Tiere vom Standpunkt des Anatomischen und Physiologischen“, ein Thema, das wegen der rechnenden Pferde und Briefe diktierenden Hunde besonderes Interesse hat.

Eine öffentliche Ausstellung von Hoffmanns Opernhausentwurf verlangt mit gutem Recht die Vereinigung Berliner Architekten in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus. Es kann selbstverständlich nicht genügen, daß ein paar Kritiker und die Herren Abgeordneten die Angelegenheit erledigen.

Kants Grab. Der Königsberger Philosoph kann im Grabe keine Ruhe finden (so wenig wie seine Philosophie in den Köpfen der Professoren). Er zieht jetzt das drittemal um und zwar diesmal aus der haushälligen Kapelle am Dome in die Gruft des Domes selbst. Hier soll er nun eine Dauerbestätte finden — heißt es.

Eine neue Oper. Die Gräffeler Oper bringt demnächst ein lyrisches Drama „Cachapros“ von Lemonnier und Henry Cain nach dem im Unterhaltungsblatte abgedruckten Roman Lemonniers „Ein Mann“ zur Aufführung. Die Musik stammt von Lemons Cachadefus.

Berichtsjahr um 1907 gegenüber dem Vorjahre 1912. Dieser Rückgang wird im wesentlichen darauf zurückgeführt, daß mit dem stärksten Eindringen der Organisation in die Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Kasse, Wasser-, Lebzucht-, Schokoladen- und Zuckertwarenindustrie die Mitgliederzahl sinkt und namentlich in Zeiten der Krise ungünstig beeinflusst wird. Von dem am Schlusse des Jahres gezählten 28 754 Mitgliedern sind 24 098 männliche und 4656 weibliche; über 70 Proz. der Mitglieder sind gelernte Arbeiter. Im Berichtsjahre fanden 80 Lohnkämpfe statt, die sich auf 96 Orte und 2742 Betriebe mit 5762 beschäftigten Personen erstreckten. 68 Bewegungen in 73 Orten und 1071 Betrieben mit 2677 Beteiligten konnten durch Verhandlungen beigelegt werden. Davon endeten 63 Bewegungen mit 1841 Beteiligten mit vollem Erfolge, 3 Bewegungen mit 730 Beteiligten mit teilweise Erfolge. Bei 11 Bewegungen mit 2245 Beteiligten kam es zur Arbeitniederlegung. Davon endeten 7 mit 1516 Beteiligten mit vollem Erfolge, 4 Streiks mit 364 Beteiligten mit teilweise Erfolg. An einer Aussperrung waren 23 Mitglieder 20 Tage lang beteiligt; auch diese endete mit Erfolg für die Ausgesperrten. Bei diesen Kämpfen konnten 71 Tarifverträge mit 4619 Beteiligten abgeschlossen werden. Die Lohnbewegungen kosteten über 66 000 M. Erreicht wurde bei diesen Lohnkämpfen für 1774 Beteiligte durchschnittlich 7,6 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche, für 3490 Beteiligte durchschnittlich 1,24 M. Lohnhöhung, für 94 Beteiligte die Beseitigung der Kost beim Meister, für 51 Beteiligte Beseitigung des Logis beim Meister und für 177 Beteiligte Beseitigung von Kost und Logis beim Meister; 418 Personen wurden Ferien gewährt oder die Ferienzeit verlängert. Dazu kommt die Erhöhung des Lohnerwerbendes, der Sonntags- und Nachtarbeit und Verbesserung der Fabrik- und Arbeitsordnung. Die Ausgaben für die Unternehmungen sind infolge der vermehrten Arbeitslosigkeit bedeutend gestiegen; sie betragen nahezu 250 000 M. Zwar betrug der Ueberfluß aus den Einnahmen gegenüber den Ausgaben noch über 30 000 M., bleibt aber gegenüber dem Vorjahre, in dem er 78 000 M. betrug, erheblich zurück. — Das neue Jahr bringt noch kein Anzeichen dafür, daß das Gewerksleben sich bessern würde. Die Mitglieder werden daher mit aller Energie Agitation und Aufklärungsarbeit unter den Berufsangehörigen betreiben müssen, um die Scharte des Jahres 1913 auszuweiten.

Französischer Parteitag.

2. Tag.

Amiens, 26. Januar. (Fig. Ver.)

Der Parteitag beschließt auf Jaurès' Antrag, eine Entschließung anlässlich der Wahl Cipriani an die Genossen von Mailand und an Cipriani zu senden, die die Hoffnung auf Annäherung Cipriani ausdrückt, die ihm die Ausübung des Mandats erlauben werde, und den Wunsch, daß der Gewählte seine Weigerung, der erzwungenen Formalität der Eidesleistung Genüge zu leisten, nicht aufrechterhalte.

Fraktionsbericht.

Gen. Hubert Rouger ergänzt seinen gedruckt vorgelegten Bericht. Wenn die Einstimmigkeit der Abstimmungen auch noch nicht völlig erreicht ist, so zeigt sich doch von Jahr zu Jahr ein Fortschritt. In den wichtigsten Fragen ist fast immer Einstimmigkeit vorhanden, die Abspaltung beträgt gewöhnlich nicht mehr als 1 oder 2 Stimmen. Nach Abschluß des Berichts kam noch die Abstimmung über die Budgetzölle, wo 18 Fraktionsmitglieder dagegen stimmten, die übrigen sich enthielten.

In der Diskussion bemängeln mehrere Redner das Fortdauern der Zersplitterung bei den Abstimmungen und greifen einzelne Deputierte an, wie Basly wegen seines Verhaltens in der Frage der Bergarbeiterpensionen und Biquet (Pas-de-Calais), der für die Erhöhung der Disziplinalgelder stimmte. Graziani (Seine) weist feststellen, daß die Einstimmigkeit der Fraktion seit der Konstituierung des Ministeriums Doumergue in wichtigen Fragen allgemeiner Charakter fehlt, so wie dies seinerzeit unter dem Ministerium Monis der Fall war. Es ist merkwürdig, daß sich diese Erscheinung immer wiederholt, wenn die Regierungspolitik radikal wird. Wir sind für die grundsätzliche Verweigerung des Budgets — auch nach seiner Diskussion — hier aber hat die Fraktionsmehrheit, ohne daß eine Diskussion vorangegangen wäre, sich enthalten. Wir verlangen für die Zukunft Einstimmigkeit in der Ablehnung.

Ein Delegierter der Neurthe-et-Moselle fordert die Fraktion auf, der Verschleuderung der der Nation zustehenden Bodenschätze an kapitalistische Spekulanten entgegenzutreten. Genosse Albert Thomas weist darauf, daß die Fraktion in der Reuzsa-Frage Jugendschicksale erlangt hat und in einer unaufrichtigen Kontrolle und Intervention gegen die Konzeptionen im Osten mehr erreicht als durch Verstaatlichungsanträge, die liegen bleiben würden.

Bracke erklärt, die fehlende Einstimmigkeit bei den Abstimmungen bedeute noch keine Unstimmigkeit in der Fraktion. Um Einstimmigkeit zu erlangen, könnte man, wo die Ueberredung nicht ausreicht, das mechanische Spiel der Mehrheit zur Anwendung bringen. Aber da würde der Zufall der Fraktionsmitglieder, denen nicht alle Deputierten beizubringen können, entscheiden, und er könnte selbst Mehrheiten ergeben, die sich in Widerspruch mit der Mehrheit der Partei sehen. Im ganzen können wir mit dem Fortschritt unserer Einigkeit zufrieden sein. Würden wir den Mechanismus der Mehrheitsentscheidung zur Anwendung bringen, wäre die Einheit in der Enthaltung oft die Lösung. Die Enthaltung kann oft eine sozialistische Politik sein, aber eine Enthaltungspolitik, die ihre Ursache darin hätte, daß die Kohäsion in der Fraktion noch mangelhaft ist, würde uns aus dem Parlament tatsächlich ausschließen. (Jaurès ruft: Wir sind die geeinigteste sozialistische Partei Europas!) Die mechanische Regel würde der Einigkeit nicht dienen. (Beifall.)

Der Fraktionsbericht wird mit allen gegen zwei Stimmen genehmigt.

Die Mandatsprüfungskommission erstattet ihren Bericht. Vereitelt sind auf dem Kongress 71 Föderationen durch 178 Delegierte.

Wahltaktik.

Die Diskussion über die Kammerwahlen wird von Rabi (Föderation Rhône) eingeleitet, der für die Resolution seiner Föderation tritt. Sie fordert prinzipielle Propaganda und selbständiges Vorgehen im ersten Wahlgang und im zweiten die Bekämpfung der die Republik bedrohenden Reaktion, Unterstützung der Radikalen, die sich formell für die Aufhebung des Dreijahresgesetzes und für die Verteidigung der weltlichen Schule und für die Steuerreform verpflichten.

Compère-Morel: Für uns ist die Wahlaktion vor allem Gelegenheit für Propaganda und Refrutterungsarbeit. Eine Wahl ist für uns ein Zwischenfall (Jaurès: ein glückliches!) (Heiterkeit) in unserer Propaganda für die soziale Revolution. Wir müssen Kandidaten womöglich in allen Bezirken aufstellen und jede Kombination, nach links wie nach rechts, ablehnen. Wir müssen sagen, was wir sind und was wir wollen und die Frage des Eigentums, der Expropriation der Bourgeoisie aufwerfen. In den Wählerberatungen haben wir das große Publikum, dem wir das sozialistische Ziel darlegen können. Aber gleichzeitig müssen wir sagen, daß wir nicht eine Partei des „Alles oder Nichts“ sind, sondern eine Partei — in Wahrheit die einzige — der Reformen, von der kleinste anfangen, und daß wir nicht untätig auf die Endlasten warten. Wir kämpfen für die sofortige Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit, zum Unterschied von den Radikalen, die sich jetzt hinter zweideutigen Klauseln verbergen. In der Steuerfrage treten wir für die Einkommen- und Vermögenssteuer mit Deklaration ein. Der Senat — diese sogenannten „republikanische“ Mehrerschaft — hat die Reform verhindert. Wir müssen seine Rolle zeigen. Wir sind für die Verteidigung und Fortentwicklung der Laienschule. Für mich ist die Fortentwicklung die beste Ver-

teidigung. (Beifall.) Wir müssen die Jugend den reaktionären Parolen entziehen, den Fortbildungsinstitut ausbauen, die Schulkantinen verbessern, für Bekleidung der armen Schulkinder sorgen. Die Verteidigung der Laienschule soll nicht nur eine Strafe für Wahlscheitern sein. — Endlich müssen wir die Förderung der Berufsausbildung und der Aufhebung des Senats mit aller Macht erheben. Die reaktionäre Demagogie hat die Deputierten in Versuchung gebracht, man schimpft über ihre Untätigkeit, vom Senat aber spricht man nicht. Jede wirksame Reformarbeit ist indes unmöglich, solange wir keine Macht nicht gebrochen haben. Für den ersten Wahlgang also müssen wir folgende drei Grundzüge beachten: 1. Verhängung unserer sozialistischen Doktrin; 2. Propagierung unseres Reformprogramms; 3. Aufstellung von Kandidaten womöglich in allen Wahlkreisen.

Wie aber haben wir uns im zweiten Wahlgang zu verhalten? Wir müssen uns gegen alle Zweideutigkeit, gegen jede Anstiftung durch die politische Immoralität der Bourgeoisie wehren. Zwei Möglichkeiten sind gegeben: Entweder halten wir den Beschluß von Chalons aufrecht, der im zweiten Wahlgang die Föderation bevollmächtigt, ihre Entscheidung im Interesse des Proletariats und der sozialen Republik zu treffen oder wir geben die Entscheidung dem Nationalrat anheim. Ich bin für den Beschluß von Chalons. Sollen wir mitten in der Wahlkämpfe die Genossen nach Paris rufen und sie damit betrauen, alle möglichen Einzelfälle, deren besondere Umstände ihnen nicht bekannt sein können, zu entscheiden — und dies bevor die Föderation selbst sie geprüft hat? Halten Sie es für gut, just in diesem Moment den Gegnern innere Schwächen zu zeigen? Nein, das ist unmöglich! Es würde Föderationen geben, die sich dem Beschluß des Nationalrats widersetzen würden — welches Bild der Anarchie würde das bieten? Aber, wenn ich für den Beschluß von Chalons bin, so bin ich dafür, ihm präzisere Form zu geben. — Man spricht uns von der Verteidigung der Republik. Ja, wir sind Republikaner, wir sind sogar — eben weil wir Sozialisten sind — die einzigen, wahren Republikaner. Aber eben darum haben wir ebensoviele nach links wie nach rechts zu votieren. Hervé ist für den Bloch, vorläufig noch für den Bloch ohne Ministerialismus. Aber er hat die Tugend, immer die letzten Konsequenzen seiner Meinungen zu ziehen, und so wird er auch noch zum Ministerialismus kommen und sogar Albert Thomas noch übertreffen. (Heiterkeit.) Hat sich aber der Radikalismus geändert? Ist das jetzige Ministerium nicht tatsächlich ein Ministerium Clemenceau — das seiner Revanche für die Wahl von Versailles? Und wie haben wir gegen Clemenceau und sein System der blutigen kapitalistischen Diktatur gekämpft? — Der Redner zitiert die „Guerre Sociale“ aus der Ära Clemenceau und hält Hervé seine Wandlungen vor. Und wie sollen wir der radikalen Partei trauen, deren heute regierende Politiker in drei Tagen die Forderung der Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit fallen gelassen haben? Redner weist auf die Regierungserklärung und auf die neue Aeußerung des Kriegsministers Rouleus hin: „Wie können wir da noch Vertrauen in die Radikalen setzen? Es wäre ein Verrat an unserer Klasse, wenn wir eine Entente mit irgendeiner Fraktion der Bourgeoisie schließen wollten. Ein Bloch wäre unser Bankrott. Die Blochpolitik während der Ära der antikerikalen Gesetzgebung hat den Anarchismus in der Arbeiterklasse großgezogen. Ein Bloch wäre ein Versuch in der Partei. (Beifall ruft: Der Bloch ist eine Unmöglichkeit für den Sozialismus!) Treten wir in den Kampf mit einem gemeinsamen Aufruf an die Wählerschaft, der unsere Lehren darlegt. Im übrigen halten wir die Resolution von Chalons aufrecht, in einer einschneidenden Stellung, indem wir die Gefahren aller Kombinationen mit welcher Partei immer warnend aufzeigen! (Lebhafte Beifall.)

In der weiteren Debatte kommen Redner der verschiedenen Föderationen zu Worte, die teils für die Autonomie der Föderationen, teils für eine bindende Wahlparole unter Kontrolle des Nationalrats im Sinne der Beschlüsse des Rates und der Seine-Mehrheit eintreten. Manche Redner bemängeln, daß die Partei die Proporzforderung zurückgestellt habe. Auf die Bemerkung eines Delegierten der Seine-et-Oise, daß Compère-Morel die religiöse Frage vergessen habe, erwidert dieser: So sehr wir das Prinzip: Religion ist Privatangelegenheit, so wäre es ein Verbrechen, die Kerker dort, wo sie uns entgegentritt, nicht zu belämpfen und die Doppelzüngigkeit der Pfaffen, die Eintreten für die Kapitalisten, den politischen Kampfgeist der Bischöfe und den desorganisierenden Charakter des Merkantilismus nicht aufzudecken. (Starker Beifall.)

Derselbe Delegierte der Seine-et-Oise fährt weiter aus, daß nach der Kampagne gegen die Militärvorlage die Partei im 2. Wahlgang unmöglich untätig bleiben könne. Weder sei eine Aufrechterhaltung aller Kandidaten möglich, noch die einfache Zurückziehung der in der Minorität gebliebenen. Dieses zweite Verhalten wäre selbstmörderisch, die Wähler würden aber auch gar nicht neutral bleiben. Wir müssen mit Mut und Verantwortungsgelübde handeln. Niemand ist für den Bloch in der alten Form, aber wir wollen die republikanische Disziplin bei den Wahlen. Das Verfahren im Nationalrat wäre nicht so kompliziert, wie es hier dargestellt wurde. Der Nationalrat wird eine allgemeine Regel aufstellen und ihr gemäß die angemeldeten Kandidaturen bzw. Rücktritte anerkennen oder außer Kraft setzen. Delors ist weiter gegangen als wir, da er auf dem Kongress des Nord die Unterstützung auch jener Radikalen, die für die dreijährige Dienstzeit waren, gegen die Reaktionäre im zweiten Wahlgang antändigte. Haben wir den Mut, uns in einer allgemeinen Parole anzuschließen?

Delors: Wir sind gegen allgemeine Regeln, die zu eng sein könnten. Wir werden z. B. den Abbé Lemire in einer Stichwahl gegen den Kandidaten des Bischofs unterstützen, trotzdem er für die 3 Jahre war, ebenso in Lille gegen den Merikalen Grouffieu einen Republikaner, der für die Aufrechterhaltung der 3 Jahre und gegen den Proporz ist. (Zwischenruf: Das ist republikanische Disziplin ins Extrem getrieben!) Würden wir uns durch Resolutionen wie die der Seine binden und ließen wir den Abbé Semure durchfallen, könnte sich kein sozialistischer Propagandist mehr in diesen Wahlkreis setzen lassen!

Baillant tritt für die Resolution der Seine-Mehrheit ein: Der Bloch ist für die Sozialisten unmöglich, auch jede Koalition mit irgend einer bürgerlichen Partei. Der Amsterdamer Beschluß und der Einigungspakt schließen solche Abmachungen aus. — Redner beantragt, daß die Verwaltungskommission vor den Wahlen eine Deklaration herausgebe, die die Forderungen der Partei — nicht nur diejenigen, die im Beschluß des Kongresses in die erste Seite gestellt werden, enthält. Wir müssen den Volksmassen eine Direktive geben. Dies können wir nur, wenn wir zeigen, daß die Sozialisten nicht nur die Partei der Arbeiterklasse, sondern die aller Fortschrittlichen sind. (Beifall.) Wir sind für das weltliche Prinzip und für die Bekämpfung des Geistes. Wenn wir gegen die dreijährige Dienstzeit kämpfen, so kämpfen wir nicht für die Wiederherstellung des alten Gesetzes, sondern für die allgemeine Vollerwerbspflicht. Wir sind für den Proporz, weil er alle Parteien nötig, mit offenem Bist zu kämpfen. Engels hat darauf hingewiesen, daß die Marx'sche Lehre ihren vollen Wert darin habe, daß sie den Vorkämpferkampf des Proletariats identisch mit der Befreiung der Menschheit zeige. Der Militarismus bedroht nicht nur das Proletariat, sondern die ganze Menschheit. In der Basler Kathedrale hat der Sozialismus alle Proletarier zum Kampf gegen ihn aufgerufen. Der Kampf hat begonnen. Wir sind ebenso wenig besiegelt, wie die Deutschen und die Engländer Genossen. Aber wir müssen den Kampf noch verstärken. Er soll unierer Wahlaktion die Hauptrichtung geben und dies muß in unserer Resolution zum Ausdruck kommen. Und nun zum zweiten Wahlgang!

Ich sehe keinen Unterschied zwischen ihm und dem ersten. Auch im zweiten müssen wir unsere Propaganda fortsetzen. Aber die Situation kann komplizierter werden. Wir wollen durch den Nationalrat nicht die Unabhängigkeit der Föderation antasten, aber wir wollen ihm ein Kontrollrecht für strittige Fälle geben. Die Zeit wird genügen. Unser Kongress zeigt einen großen moralischen Fort-

schrift. Zeigen wir, daß unsere Konzentration auch materiell fortgeschritten ist. Die Plakatierung der motivierten Entscheidung des Nationalrats mit der Unterschrift der Föderation wird die nötige Garantie bieten. (Lebhafte Beifall.)

Sarcane (Puy-de-Dôme) erklärt, daß seine Föderation, die immer für die republikanische Disziplin gewesen sei, diesmal die Festhaltung des Beschlusses von Chalons empfehle: Seit dem Amsterdamer Beschluß haben wir immer die Rückkehr zur richtigen Taktik (das heißt zum Bloch) nach den Erfahrungen mit allen anderen vorausgesehen. Heute sehen wir die alten Gegner uns förmlich überstreifen. Das Seine-Föderation verlangt nichts von den gegnerischen Parteien. Das Resultat wäre besser, wenn wir Bedingungen festsetzten. Man schlägt uns die Anwendung der einfachen republikanischen Disziplin vor. (Beifall: Wir wollen nur sozialistische Disziplin!) Die bürgerliche Linke hat 1906 selbst diese Taktik preisgegeben, Clemenceau hat uns attackiert. Man hat damals der Disziplin der Programme die der Personen entgegengesetzt. Es wurden mehrere radikale Kandidaten aufgestellt, davon einer, um die reaktionären Stimmen einzufangen. Trotz der Einigung von Pau — wo übrigens ein Kartell mit uns abgelehnt wurde — ist die Wiederholung dieser Taktik möglich und hat schon da und dort begonnen. Lassen wir uns nicht täuschen! Das Pariser Programm weicht von dem von Pau ab. Wir haben die Erklärungen Doumergues und Rouleus. (Beifall: Die Hauptsache ist, daß wir in keine bürgerliche Regierung Vertrauen setzen!) Weiter ist die Proporzfrage zu berücksichtigen. Wir haben für die Wahlreform mit Ernst gekämpft, aber eine Koalition für den Proporz ist undenkbar. Sie wäre unheilvoll für die Partei und für den Proporz selbst. Aber die Partei bleibt vor dem Land der einzige republikanische Träger der Wahlreform. Lassen wir den Proporz im Wahlprogramm beiseite und geben wir den Wählern den Eindruck, daß wir an der Reform festhalten und keine Ruhe geben, bis wir ihn durchgesetzt haben. (Compère-Morel: Ich bin einverstanden und habe heute deshalb von ihr nicht gesprochen.)

Hervé, von dem man ein Plaidoyer für den Bloch erwartet, wird mit ironischem „Aha“ empfangen. Seine Geschichte und wie gewöhnlich amüsante Rede zeigt aber das Bestreben, sowohl den Widerspruch der Bloch ablehnen, aber die generelle Unterstützung der Radikalen unter bestimmten Bedingungen fordernden Genossen nicht herauszufordern, wie keine Erregung der anderen Richtung zu provozieren. Hervé sagt: Compère-Morel und seine Freunde repräsentieren die Doktrin — wir aber etwas, was ebenso notwendig ist: die unmittelbare Aktion. Ich habe als der Erste die Gefahr des Krieges mit Deutschland erkannt und zu ihrer Bekämpfung eine Sprache geführt, die wohl Ueberhebungen entbeht und die Leute erklarte, aber die doch ihre Wirkung tat und die Partei in Bewegung brachte. Das Marokkoloabkommen hat meine Angst bestätigt. Nach dem Krieg kam die West: der Nationalismus. Gegen ihn tangt ein anderes Mittel: die Koalition der Linksparteien. Ich schlage Ihnen nicht den Bloch vor, weil wir durch Amsterdame und den Einigungspakt gebunden sind. Ich bin bloccard für die Zukunft und mache einen fundamentalen Unterschied zwischen den beiden Bourgeoisien: auf der einen Seite der immer verfolgten protestantischen und jüdischen wie der freidenkerischen und freimaurerischen, die vor dem Sozialismus begonnen hat, das Volk aufzuklären — und der reaktionären auf der anderen Seite. Es wäre aber sinnlos, die Koalition, die bei den Wahlen begonnen wird, nicht im Parlament fortzusetzen. Ich bin für eine Art Delegation der Linken, ja sogar — wohl nicht für eine Karikatur wie den Antikerikalismus — aber dafür, daß wir — unter zwingenden Umständen — einen Vertreter unserer Partei in die Regierung entsenden. Es wäre 1902 ein Glück gewesen, wenn wir das Marokko-Abenteuer durch einen wachsamsten Minister aus unserer Partei hätten verhindern können. Ich bin überzeugt, daß unsere deutschen Freunde, sobald sie das parlamentarische Regime erobert haben werden, selbst diejenigen sein werden, die eine Revision gewisser Amsterdamer Formeln, wie der Budgetablehnung in allen Fällen, fordern werden. — Redner verliest den Text der Pariser Kongressresolution von 1900, der für Ausnahmefälle eine Kooperation mit bürgerlichen Parteien zuläßt und erklärt: Wir sind in einem solchen Ausnahmefall. Die Situation ist für das republikanische Regime viel ernster als Sie glauben. Das Dreijahresgesetz hat keineswegs im ganzen Volk eine flammende Entrüstung geweckt. In unserem Volke ist seit 40 Jahren eine Keuse vorhanden. In Augenblicken internationaler Spannung ist die große Presse imstande, die Mehrheit des Volkes mit der Vorstellung der Invasion in Schrecken zu setzen. — Eine Koalition mit den Radikalen ist möglich, ebenso mit jenen „unabhängigen“ Sozialisten, die Briand fallen gelassen haben. Wir sollten verstehen, daß das Unfassbare nicht so schnell und einfach geht. Der Antrag Combier (Verbot, die Unabhängigen zu unterstützen) war einmal notwendig, um unsichere Kantonsisten zurückzubalten. Aber heute müssen wir für die Augagneur, Viviani, selbst für Freund Breton (lebhafter Widerspruch) stimmen. Auf Grund welches Programms? Es enthält drei Forderungen: 1. Die halbjährige Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit; 2. die Steuerreform; 3. die weltliche Politik. Darunter verheißt ich nicht nur die Unkirchlichkeit im Privatleben und die Fortbildung der Schule, sondern auch offenen Kampf gegen die katholische Kirche, die eine politische Macht geworden ist. Und sagt nicht im Grunde die Resolution der Haute-Vienne dasselbe wie ich? Nur daß Sie in die Suppe spucken, die Sie doch schlucken wollen. Das hat die Erklärung Delors gezeigt, der für Antikerikale stimmen will, selbst wenn sie Anhänger der dreijährigen Dienstzeit sind. Die radikale Partei kann allein nicht regieren. Wenn wir ihr keinen Stützpunkt geben, wird sie ihn rechts suchen müssen und die Republik weiter kompromittieren. Eure Rede sei ja, ja, nein, nein. Ich sage ja, Graziani (Anhänger der Aufrechterhaltung der Kandidaturen im 2. Wahlgang) nein, die Dordogne (die wie Haute-Vienne den Föderationen Freiheit gibt) nicht ja, nicht nein, die Seine-Mehrheit ja, aber indem sie ihr Haupt verhält. (Heiterkeit und starker Beifall.)

Ughen will Stichwahlkoalitionen durch Berufung auf das kommunistische Manifest rechtfertigen. Man wolle keinen Aufhandel, sondern die Wahrung proletarischer Interessen auch im zweiten Wahlgang.

Graziani (Seine): Ueber die Taktik im ersten Wahlgang sind alle einig. Für den zweiten verlangen wir eine einheitliche Taktik. Nur die Alternative-Koalition oder Aufrechterhaltung aller Kandidaturen bleibt. Die Radikalen haben schon ihr Programm von Pau preisgegeben. Wie können wir 14 Tage lang über die Bourgeoisie anders sprechen, als die 1 1/2 Jahre, während der wir ihre Verräterei aufgezogen haben? Damit berechnen wir dem Proletariat die politische Aktion und hindern die Einigung mit den Gewerkschaften.

Felix (Herauld) will nicht, daß man die Radikalen wieder rette. Er protestiert gegen die Herabsetzung der Erziehung der Doktrin. Wir können nicht jeden Augenblick eine neue Politik für kurze Frist machen. Der Radikalismus hat uns acht Jahre lang arbeitertüchtliche Ministerien beschert. (Lebhafte Zustimmung.) Die Massen würden einer Parole, auf einmal für die Radikalen einzutreten, nicht folgen und sich von der politischen Union abwenden.

Weillet (Seine) findet, daß man sich zu sehr auf den Kampf gegen den Militarismus konzentrierte. (Beifall: Es ist die Parole der Internationale!) Im 2. Wahlgang sollten nicht einzelne Forderungen, sondern das Gesamtinteresse des Proletariats entscheiden, und dieses können unter den heutigen Verhältnissen die Föderationen am besten beurteilen. Die Baillanische Resolution könnte den Eindruck erwecken, als ob der Sozialismus nur eine Fortsetzung des Radikalismus sei.

Albert Thomas will keine allgemeinen Probleme aufwerfen. Er findet es merkwürdig, daß Compère-Morel für den 1. Wahlgang prinzipielle Forderungen, für den zweiten die Einschränkung auf einige unmitteldbare Forderungen vorschlägt. Die Kommission sollte eine Erklärung verfassen, die für beide Wahlgänge die sozialistische Idee festhält. Zum Zweck der Propaganda aber

müssen wir schon im 1. Wahlgang einige aktuelle Probleme voranstellen, in die 1. Reihe die Militärfrage. Derselbe mein Komplex im Ministerialismus, meint wir können jetzt vor einem außerordentlichen Fall. Glaube ich das, würde ich vor dem Kongress meine ministerialistische Anschauung vertreten. Das Problem ist aber noch nicht gelöst. Die radikale Politik ist nicht so, daß wir die Partei vollständig engagieren müssen. Aber wir müssen den Radikalismus vorantreiben, bis dahin, wo das Blockproblem aktuell wird. Mein Programm gibt der Demokratie einen neuen Antrieb.

Prof. Dr. (Haut-Min.) fordert, daß man die deutsch-französische Annäherung im Programm nicht vergesse. Seine Ausführungen über die Wahlstatistik machten starken Eindruck. Die Aufrechterhaltung der Kandidaturen würde zur Vernichtung des moralischen Erfolges des ersten Wahlganges führen. Diese Statistik ist auch nicht revolutionär. Wir können nicht die Verantwortung für die Wahl von Reaktionsären übernehmen. Ein einfaches Zurückziehen der Kandidaten würde unsere Partei einfach auslöschen. Aber auch eine Koalition mit den Radikalen ist unmöglich. Wir können unter Schwärz nicht an das radikale Regime binden, das der finanziellen Katastrophe zureicht. Weil keine organisierten Parteien und gegenübersteht, ist eine einheitliche Formel unmöglich und das Verbleiben beim Beschluß von Chalson geboten.

Die französische Sozialdemokratie gegen Militarismus und Chauvinismus.

Amiens, 28. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Jaurès legte namens der Kommission eine einstimmig beschlossene Resolution vor. Sie erinnert an die Amsterdamer Beschlüsse und betont den Klassenkampf, lehnt entschieden den Block ab, anerkennt aber die Notwendigkeit, zwischen den verschiedenen Parteien der Republik zu unterscheiden. Vor allem sei der Nationalismus, der Militarismus und das reaktionäre Kartell des Briandismus zu bekämpfen. Die Partei kämpft für die nationale Unabhängigkeit, für den Völkerfrieden durch die Volkswehr, gegen die dreijährige Dienstzeit und für die französisch-deutsche Annäherung. Im ersten Wahlgang sind überall Kandidaten aufzustellen, im zweiten ist die militaristische Reaktion mit aller Macht zu bekämpfen und dort, wo die Partei keine Chancen hat, wird sie die Kandidaten entsprechend ihrem Verhalten zum Militarismus unterstützen. Der Kongress vertraut darauf, daß die Föderationen im zweiten Wahlgang im republikanischen Geist der Chalsoner Beschlüsse handeln. Im Konfliktfall zwischen den Föderationen und den Wahlkreisen über Anwendung der Regeln soll die Verwaltungskommission entscheiden. Die Resolution wird unter großer Begeisterung einstimmig angenommen und dann der Kongress geschlossen.

Aus der Partei.

Internationaler Protest.

In einer gutbesuchten Versammlung, die am Sonntag im kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London stattfand, protestierten Arbeiter aller Nationen gegen die Diktatur des Militarismus in Italien und in Südafrika.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Der beleidigte Zentrumsmann.

Bei der vorjährigen Landtagswahl waren in Flehe, einem noch fast rein ländlichen Ort Düssel-dorfs, der Reichsrat Josef Theisen und der Metallarbeiter Joseph Zimmermann als Wahlmannskandidaten der sozialdemokratischen Partei aufgestellt worden. Der Ort Flehe weist, wie alle die ländlichen Gemeindeflehen um Düsseldorf herum, in der Bevölkerung fast nur Zentrumsmänner auf. Die Sozialdemokratie hat dort keine eingetragenen Mitglieder und auch nur wenig Wähler. Die Auffstellung der beiden Wahlmänner war auf Grund der Stadtratswählerliste von 1912 erfolgt, in welcher sie von den sozialdemokratischen Wahlkontrolloren als sozialdemokratische Wähler angezeichnet waren. Von fanatischen Zentrumsmännern in Flehe wurden aber die beiden Arbeiter, die als sozialdemokratische Wahlmänner auf den Stimmzetteln benannt waren, angepöbeln. Nach der Urwahl verlangten nun die beiden „Kandidaten“ vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Düsseldorf eine öffentliche Klarstellung der Sache. Der Vorstand teilte den beiden mit, daß nach näherer Erkundigung ein entscheidbares Versehen infolge eines Irrtums bei der Kontrolle der Stadtratswahl vorliege. Während sich nun Zimmermann — der Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist — mit dieser Antwort begnügte, ging Theisen zur Staatsanwaltschaft, um gegen die Genossen Vertzen und Westkamp wegen öffentlicher Beleidigung Strafanzeige zu erstatten, da diese beiden Genossen als leitende Personen der Düsseldorf Sozialdemokratie und deren Wahlausgang verantwortlich seien. Die Staatsanwaltschaft lehnte eine Strafverfolgung mangels eines öffentlichen Interesses ab. Darauf erhob Theisen, der sich als Zentrumstrustvertrauensmann bezeichnet, Privatbeleidigungsklage. In der Begründung wird gesagt, daß Kläger durch seine Auffstellung große Unannehmlichkeiten gehabt habe, besonders weil die Gefahr vorlag, daß dem Männergenossenschaft, dessen Vorsitzender Theisen ist, der beantragte städtische Zuschuß zu seiner fünfzigjährigen Jubiläumfeier nicht gewährt würde. Das Gericht kam zu einer Freisprechung beider Angeklagten, da die Vorwürfe nicht als Tatsachen der Ehrverletzung sich nicht habe nachweisen lassen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Jugendbewegung.

Jugenddeutschlands Erziehung zur Kunst.

Die „Deister- und Weier-Zeitung“ berichtet: Am 18. Januar veranstaltete der hiesige Jungdeutschlandbund im Saale des Gastwirts Meyer einen Unterhaltungsabend. Das reichhaltige Programm nahm über drei Stunden in Anspruch. Kinematographische Vorführungen des Lehrers Krull aus Peggelort, Solozonen und die idealistische Aufführung „Eine schauerliche Nacht“ fanden allgemein Beifall. Von den Kinobildern interessierten ganz besonders „Onkel Toms Hütte“, erster und zweiter Teil, und der von den Vereinigten Schülern in Hameln reuendlich zur Verfügung gestellte Film: „Die Regimente der 164er in Hameln“.

Das Theaterstück „Eine schauerliche Nacht“ wird sicher „erhebend“ auf Herz und Gemüt der jungen Leute eingewirkt haben. Der Jungdeutschlandbund macht damit der kirchlichen Jugend-erziehung, die mit Theaterstücken wie z. B. „Der Nord in der Zwiebelgasse“ und ähnlichem Schund arbeitet, erfolgreich Konkurrenz.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 3 des sechsten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Rammhaftigkeit. Von C. Hoehe. — Die erste Auseinandersetzung im Reichstage über den Klassenkampf der Arbeiter. Von G. Hoch. — Der gerechte Richter im Mittelal. Von G. Hartwig. — Weitere Beweise zur Abstammungslehre. Von G. Engelbert Graf (Mit Abbildungen). — Wie denkt die Sozialdemokratie über Frauen- und Kinderarbeit? Von Therese Schlesinger (Schluß). — Vorstadt. Gedicht von Fritz Sanger. — Des Leichlings

Leidenschronik. Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Der Doppelsänger. Erzählung von F. Voutet. — Arbeiterwissen. Gedicht von Fritz Sanger. — Multatuli, der Dichter und Kämpfer. Von C. Döring (Schluß). — Kapitän Scotts letzte Fahrt (Mit Abbildungen). — Die Speisekammer der Diere. Von Heinz Welten (Schluß). — Nachrück. Gedicht von Arno Holz. — Aus Kapitän Scotts Tagebuch.

Soziales.

Arbeitsnachweise.

Ueber die Tätigkeit der preussischen Arbeitsnachweisverbände hat der Handelsminister in diesem Jahre zum ersten Male eine Zusammenstellung veröffentlicht und dem Landtag unterbreitet. Zurzeit bestehen in Preußen 9 solcher Verbände, deren Bezirk sich im allgemeinen auf die Provinz beschränkt. In einigen Fällen greift er darüber hinaus auf anschließende nicht preussische Gebiete. Im November 1913 haben die Arbeitsnachweisverbände sich zu einem preussischen Arbeitsnachweisverbande mit dem satzungsmäßigen Zweck zusammengeschlossen, den öffentlichen Arbeitsnachweis im Staatsgebiete zu fördern, die gemeinsamen Angelegenheiten der Mitglieder in wiederkehrenden Beratungen zu erörtern und die Interessen der Verbandsmitglieder gegenüber den zuständigen Stellen wahrzunehmen.

Die Arbeitsnachweisverbände sind, nach dem Bericht, ins Leben gerufen worden, weil das bis dahin nur lückenhafte Netz gemeinnütziger allgemeiner Arbeitsnachweise im Verbandsgebiete, wenn es zudem an einer genügenden Verbindung untereinander fehlte, die Regelung des Arbeitsmarktes für Stadt und Land und den Ausgleich zwischen dem Ueberfluß an Arbeitskräften in den größeren und mittleren Städten und dem Arbeitermangel in kleineren Gemeinden und auf dem Lande nicht hinreichend ermöglichte. Bei der Verfolgung ihres Zweckes sollen die Interessen der Städte, des platten Landes und insbesondere auch die Landwirtschaft berücksichtigt werden, eine ihrer wesentlichsten Aufgaben und ein leitender Gesichtspunkt ihrer Tätigkeit bildet die Entlastung der großen Städte von den dort zusammenströmenden überzähligen Arbeitskräften und die Befriedigung auch der Gesuche der Arbeitgeber in den kleineren Orten und auf dem Lande. In Verfolg dieser Bestrebungen haben die Verbände eine engere Verbindung mit den Herbergen zur Heimat und mit den Wanderarbeitern hergestellt. Besonders eng ist die Verbindung mit den Landwirtschaftskammern, e. sind direkte Grundzüge für ein Zusammenarbeiten der Landwirtschaftskammern mit den Arbeitsnachweisverbänden aufgestellt, wonach die Landwirtschaftskammern sich an der Bildung von Arbeitsnachweisverbänden und deren Verbringungen beteiligen. Die paritätische Form der Verwaltung ist ausdrücklich ausgeschlossen. In den Vereinbarungen ist lediglich gesagt: „Die Verbände erheben die Sicherstellung der Unparteilichkeit in der Verwaltung und im Betriebe des Arbeitsnachweises zum Prinzip. Sie erkennen an, daß diese Unparteilichkeit auch ohne die paritätische Form des Arbeitsnachweises gewahrt werden kann.“ Insbesondere soll für die Arbeitsnachweise in kleinen Städten und auf dem platten Lande die Form der Verwaltung nur durch die Zweckmäßigkeit bestimmt werden.

Ganz abgesehen davon, daß der Grundsatz der Parität in diesen Arbeitsnachweisverbänden nicht zur Geltung kommt, scheint es so, als ob sich ihr Augenmerk in der Hauptsache auf die Vermittlung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft richtet. Aber davon, daß die Arbeitgeber, denen sie Arbeiter zuführen, zur Innehaltung anständiger Lohn- und Arbeitsbedingungen verpflichtet werden, ist nirgends die Rede. Im Gegenteil, man erfährt auf der Denkschrift nicht einmal, ob sie sich unter Umständen nicht auch zu Streikbrecherbureaus entwickeln. Der Hinweis darauf, daß die Vermittlung besonderer Klassen von Arbeitsbedürftigen (Trunksüchtigen, entlassenen Strafgefangenen, Rückwanderern) regelmäßig eine Aufgabe der Verbände bildet, läßt diese Vermutung sogar zur Wahrscheinlichkeit werden. Wirklich Ersprießliches werden die Arbeitsnachweise, die der Staat durch Vergabe von großen Mitteln fördert, nur dann leisten können, wenn ihre Verwaltung paritätisch zusammengesetzt ist. Dieser wichtigen Forderung aber mißt die Regierung und messen die Arbeitsnachweisverbände, wie aus der Denkschrift hervorgeht, keinerlei Bedeutung bei.

Rassenvorstandswahl in Essen.

Bei den Vertreterwahlen zur Essener Ortskrankenkasse erhielten kürzlich die Christlichen 28, die freien Gewerkschaften 27, Gelbe 4 und Nicht-Christliche einen Vertreter. Bei der Vorstandswahl fehlten zwei christliche Vertreter, zwei stimmten für einen Gelben, so daß die freien Gewerkschaften 4, die Christlichen 8 und die Gelben einen Vertreter in den Vorstand bekommen.

Aus Industrie und Handel.

Die Zerstückelung Finnlands.

Die Frage der Zerstückelung Finnlands ist noch nicht von der Tagesordnung der russischen Nachhaber verschwunden, sondern scheint in eine neue Phase getreten zu sein. Die russischen ministeriellen Komitees, die während der letzten zwei Jahre diese Frage behandelt haben, sind schließlich zu dem Ergebnis gelangt, daß die Abtrennung der zwei Wiborgschen Kreise auf fast unübersteigbare Hindernisse stößt. Statt dessen wird nun geltend gemacht, daß die Abtrennung der ganzen Provinz Wiborg leichter durchzuführen sei. Im russischen Ministerrat wird jetzt über eine Lösung der Frage in dieser Richtung beraten. Auch in russischen Privatkreisen hat man in jüngster Zeit seine Aufmerksamkeit auf diese Provinz gelenkt. Vor allem ist es die Wasserkraft des Wuoffens und insbesondere dessen vornehmster Stromschnelle, des J m a r a, die den Appetit der russischen Unternehmer erregt. Der gewaltige J m a t r a ist finnländisches Staatsgut, dessen Wert nicht nur in der ungeheuren Summe von Wasserkraft liegt, die er repräsentiert, sondern auch in seiner imposanten landschaftlichen Schönheit, die für den Touristenverkehr von unschätzbare Bedeutung ist. Leider hat es die gegenwärtige finnländische Regierung veräumt, die übrigen im Wuoffen gelegenen Stromschnellen anzukaufen, um sich auf diese Weise der nötigen elektrischen Kraft für den Eisenbahnbetrieb auf der jüdischen Küstenbahn zu verschaffen. Nun hat ausländisches Kapital diese Kräftequellen ins Auge gefaßt. Unter anderem wurde im vergangenen Jahre der berühmte „Wellinkoski“ von einer deutschen Gesellschaft, hinter der die Deutsche Bank steht, angekauft. Der finnländische Senat machte nun auf und setzte ein Komitee ein, das eine Möglichkeit suchen sollte, die Wasserkraft des J m a t r a für die Bedürfnisse der finnländischen Staatsbahnen auszunutzen. Mitten während der Komiteearbeit trat eine russisch-französisch-belgische Gesellschaft unvermutet mit einem neuen Plan zur Exploitation dieser Wasserkraft auf. Sie richtete dem Senat ein Konzeptionsgeuch über die Ausführung eines großartigen Kanalprojektes ein. Sie will nichts mehr und nichts weniger, als die Gewässer des Saimaassystems in einen Kanal sammeln, der neben dem Flußbett des Wuoffens diese Gewässer in ein tiefergelegenes Bassin leiten soll, wo die ganze Wassermasse einen gewaltigen Fall von 300 000 Pferdekraften bilden soll. Würde dieses Geuch genehmigt werden, so wäre offenbar die Folge, daß der obere Teil des Wuoffens mit seinen zahlreichen Fällen, darunter dem weltberühmten J m a t r a, fast seines ganzen Wassers beraubt und seinen Charakter wie seine landschaftliche Schönheit vollkommen verlieren würde. Auch dieses Projekt wird gegenwärtig vom Senatskomitee geprüft, und man befürchtet mit Recht, daß der Senat unter dem Druck der hohen Protektion, die hinter jenem Projekt steht, das Geuch nicht abschlägig bescheiden wird. Da jedoch die gesetzlichen Strandrechte einer Anzahl von Grundbesitzern an den Ufern des Saimaass durch die Verwirklichung der Konzeption verletzt werden würden, ist es noch fraglich, ob eine

Bewirklichung des kühnen Planes wirklich durchzuführen sein wird. Allerdings würden diese rechtlichen Schwierigkeiten beseitigt werden, wenn die ganze Provinz Wiborg von Finnland abgetrennt und unter russische Verwaltung gestellt würde. So ist die Gefahr der Zerstückelung, die dem Lande droht, durch das Interesse des ausländischen Kapitals an seiner Wasserkraft bedeutend näher gerückt.

Der Tarifkrieg.

Der Tarifkrieg zwischen den Großschiffahrtlinien ist in ein neues Stadium eingetreten. Bisher hatten die englischen Linien ihre Frachttaxe nur für den Verkehr zwischen England und den Vereinigten Staaten heruntergesetzt. Jetzt verließen jedoch die Cunard Line, die White Star Line und die Canadian Pacific Line, daß sie ihre Frachttaxe ebenso für den Transport nach Canada heruntersetzen werden. Die Reduktion beträgt 20 Schilling für die Frachttaxe nach dem Osten und 10 Schilling für die Frachttaxe nach dem Westen.

Der „Exchange Telegraph“ veröffentlicht ein Interview mit einem Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie, in welchem erklärt wird, daß der Tarifkrieg zwischen der Paketfabrikgesellschaft und dem Norddeutschen Lloyd bis auf Weiteres geführt werden würde. Die Hamburg-Amerika-Linie wünscht, den gesamten Passagierdienst in ihre Hand zu bekommen, der bisher größtenteils von dem Norddeutschen Lloyd versehen wurde.

Die gestern wiedergegebene Meldung der Hamburg-Amerika-Linie, daß sie noch keine Katen-Herabsetzungen vorgenommen habe, wird nun von der Sagap dahin erläutert, daß sie zwar noch keine bestimmten Beschlüsse gefaßt habe, daß sie sich aber genötigt sehen werde, am 1. Februar die Katen um 8 Dollar herabzusetzen, und daß sie außerdem, wie bereits von uns gemeldet, ab 1. Februar die Zwischen- und Passagierpreise von Hamburg nach New York um 20 Mark auf 100 Mark erniedrigen werde.

Der amerikanische Stahltrakt verzeichnet für das vierte Quartal des Jahres 1913 an Einnahmen 23 Millionen Dollar, das sind gegen das dritte Quartal 15 Millionen Dollar und gegen das vierte Quartal 1912 gar 22 Millionen Dollar weniger. Auch in Nordamerika macht sich also der Konjunkturrückgang bemerkbar, und der Stahltrakt hat dadurch erhebliche Runder-einnahmen. Von Monat zu Monat des Jahres 1913 gingen die Einnahmen zurück; im Oktober betragen sie noch 11,4 Millionen Dollar (gegen 12,5 im Oktober 1912), im November 7,4 Millionen und im Dezember nur noch 4,2 Millionen Dollar. Der Reingewinn sank daher von 2,5 Millionen im vierten Quartal 1912 auf 1,7 Millionen im gleichen Quartal 1913. Da der Trakt die gleichen Dividenden zahlt wie im vorhergehenden Quartal, mußten die Ueberflüsse der Gesellschaft herangezogen werden. Das Quartal schließt also mit einem Defizit von 1 Million Dollar ab gegen ein Surplus (Rehrüberfluß) von 11,3 Millionen im Vorquartal. Das Jahresergebnis ist trotzdem für den Trakt ein sehr günstiges. Das Jahresergebnis stellt sich nach Abzug von 15 Millionen Dollar, die für Verbesserungen ausgegeben werden, noch auf 15 1/2 Millionen Dollar.

Elektrische Bahn nach Jerusalem. Das französische Bankhaus B e r i e r hat eine auf 40 Jahre lautende Konzeption erhalten zum Bau einer Trambahn von Jerusalem nach Betlehem, zur Inthallierung der elektrischen Beleuchtung in der Stadt und zur Anlage einer Wasserleitung von Wadi Jorah aus.

Versammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. Die Sektion der Stuttgarter nahm am Montag den Jahresbericht entgegen, den W e n g e l s erstattete. Das Jahr 1913 war eins der unglücklichsten und die Arbeitslosigkeit dementsprechend sehr groß. Es wurden nur 130 Stellen vermittelt. 1792 Arbeitslose waren eingeschrieben als höchste Zahl. Die Arbeitslosigkeit hat mancherlei Mischstände gezeigt, und eindringlich wies W e n g e l s darauf hin, daß die Arbeiter alles einzusetzen hätten, um die Errungenschaften der Organisation hochzubalten. Auch zeigte sich bei den Arbeitgebern immer mehr die Tendenz, Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr einzustellen. Ueberstunden sind zu vermeiden.

In der Diskussion wurde bemängelt, daß bei den Weihnachtsunterstützungen Wons für Warenkäufer ausgegeben wurden, die das Koalitionsrecht ihrer Angestellten nicht respektieren. Weiter wurden energische Maßnahmen gegen das Ueberstundenwesen gefordert. Bei der Wahl des Sektionsvorstandes wurde als 1. Vorsitzender einstimmig W e n g e l s gewählt. 6 Beisitzer wurden von der Versammlung ebenfalls ernannt.

Beim 3. Punkt, Gewerkschaftliches, wurde die Frage der Ueberstunden nochmals aufgerollt. Insbesondere betrifft es die Arbeiten an der Nationalgalerie, woselbst eine Differenz wegen Ueberstundenarbeit vorliegt. Bei anderen Bauten wird ebenfalls die Organisationsleitung entsprechende Schritte unternehmen müssen.

Zu Beginn der Versammlung hielt W e n g e l s einen Vortrag über „Der Kapitalismus auf der Höhe der Entwicklung“, der mit großem Interesse entgegengenommen wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag den 26. März, von 4 bis 6 Uhr abends, wochentags von 4 bis 7 Uhr abends, Sonnabends, von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommenentzung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Galesee 500. Der Vorbeitrag ist Ihr Eigentum. Eine Auseinandersetzungspflicht besteht und besteht nicht. — G. R. 1183. 1. Ja, falls es sich um eine Steuerforderung handelt, die nicht länger als 1/2 Jahr fällig war. 2. Die Kostenbeiträge können von dem wegen länger fällig gewesener Steuern unplanmäßigen Betrage von 285 Mark noch gekürzt werden. 3. Es kann auch in der Wohnung vollstreckt werden, auch ist die Ladung zum Offenbarungsbild zulässig. — C. B. 20. Ihre Angaben reichen nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. — Gernmann 158. 1. und 4. Ja. 2. und 3. Nein. — R. R. 670. Nein. — W. R. 48. Falls der frühere Kassenhaltungsbeamte war, fragen Sie bei dem Leutnants Konfalonar an. — H. E. 62. Sozial als der Arbeitgeber zahlt. — G. E. 26. 1. Falls Sie selber beantragt sind, nein. 2. Refraktieren, und zwar innerhalb 28 Tagen, von der Zustellung ab gerechnet. — C. B. 76. 1. Ja. 2. Mit Zustimmung des Kontrahenten zulässig. 3. An den Kontrahentenwaller. 4. Genueses Risiko und Juwelierhaftung. — G. B. 100. Ihre Anwesenheit ist nicht notwendig. — 35. 3. 6. Eine Bestrafung könnte noch erfolgen. — B. R. 100. Der Staat hat in solchen Fällen keine Unter-stützungspflicht. Die Verheiratung zu dem angegebenen Zeitpunkt ist zulässig. — G. R. 29. Das Krankengeld kann gekürzt werden. — G. C. 23. 1. Die Frist werden Sie anstellen erhalten. 2. Ja. — 100 St. Die Verheiratung wäre ohne Rechtswirkung. — T. G. 73. 1. Der Birt hat an den Sachen ein gesetzliches Vorkaufsrecht und könnte die Fortsetzung verhindern. 2. Ja. — H. 24. 103. Ja. — H. 10. 1. Nach Ablauf eines Monats, von der Zustellung ab gerechnet. 2. Das Oberlandesgericht ist in diesem Falle die letzte Instanz. — Krummow, Zeiter. Nein. — J. Ma. 1. Das ist nicht erforderlich. Es genügt Ihre schriftliche Erklärung, die auf dem Vollzeiter zu beglaubigen ist. 2. Nein. 3. Unbekannt. — Z. R. 50. 1. und 2. Bei der Ortspolizeibehörde. Dort erfahren Sie auch die Höhe der Kosten. 3. In der Regel sofort. 4. Ja. — Neufuß 7. 1. Ja. 2. Die Klage des anderen Klägers erscheint aus-schließlich. 3. Bis 31. Januar abends. — Weisner, Rigaerstr. Nein. — R. 100. Nein. — H. B. 100. Der Stempel beträgt für das Kalenderjahr 1 Mark. Unschuldig hat der Wert den Wertstempel für das jetzt laufende Kalenderquartal mitzubringen. — W. B. 15. Die Lohnforderung der Arbeiter ist nicht beschlagnahmefähig. Sie können aber den Vater in Anspruch nehmen, falls er nicht zum fällig zahlt, erscheint eine Klage gegen ihn durchführbar. — R. 7. 17. Sie sind nicht verheiratungspflichtig, wohl aber berechtigt, sich zu verheiraten. — G. B. 44. Ja. — G. St. 2. Die Direktoren der Gesellschaften. Adressen im Berliner Adressbuch, Teil 2. — R. 7. Das können Sie bei der Direktion des städtischen Stahlerreinigungsvereins Berlin, Rolles-strasse 68, erfahren. — G. 2. 69. Ganz nach seinem Willen.

PLASMON-KAKAO

enthält das seit 15 Jahren
außerordentlich bewährte, billigste und
beste Eiweißnährpräparat für Körper und Nerven

Plasmon

Plasmon-Kakao (ca. 50% Eiweißgehalt) ist bedeutend
nährhafter als reiner Kakao im Verhältnis zu seinem hohen Eiweiß-
gehalte billiger als dieser und sollte deshalb in keiner Familie als
tägliches Getränk für Kranke und Gesunde fehlen.

1/2 Pfund M. 3.00, 1/4 Pfund M. 1.65, 1/8 Pfund M. 0.90.

Plasmon-Biskuit, -Zwieback, -Schokolade, -Haferkakao,

Eisen-Plasmon.

Erfhältlich in Apotheken und Drogerien.
Musterkollektion der Plasmon-Präparate gegen
Einsendung von M. 1.50 überliefert franko.
Ausführliche Broschüre
versendet

Plasmon
Gesellschaft m. b. H.

**Neubranden-
burg i. Mecklb.**

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 29. Januar 1914.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorfer-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 7 Uhr.
Deutsches Opernhaus. Parfül.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Der Barbier von
Savilla.
Kgl. Schauspielhaus. Der ge-
hörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.
Deutsches. Ein Sommernachts-
traum.
Leitung. Peter Gont.
Königstücker Straße. König
Richard III.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Kantata. Mit dem Imperator nach
New York.
Anfang 8 Uhr: Dr. F. Schwahn:
Die Spektralanalyse der Him-
melskörper.
Kammerstücke. Torquato Tasso.
Deutsches Künstler-Theater.
Der Bogen des Odysseus.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater an der Weidendammer
Brücke. Wer zulezt lacht.
Theater am Nollendorferplatz 5.
Wingspiel.
Lichtspielhaus. Die spanische Fliege-
Montis Operetten. Die verborgene
Stadt.
Schiller O. Was ihr wollt.
Schiller Charlottenburg. Was
dem, der lügt.
Theater des Westens. Polenblut.
Berliner. Wie einst im Mai.
Ariane. Zeitgenossen.
Trianon. Anatoles Hochzeit.
Tbalia. Die Langsprünge.
Kessels. Hohheit — der Franz.
Merrysol. Die Reize um die Welt
in 40 Tagen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Friedrich Trallala.
Kallio. Die alle Webern.
Gerrnfeld. Was sagen Sie zu
Leibsch?
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Kom-
pagnie.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Lusten. Deines Bruders Weib.
Edelbalken. Langosieber.
Soltes Caprice. Café Pringsheim.
— Der Heiratgraf. — Hei-
ratgraf.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Graf
von Charolais.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Berliner Gypsokunst. Eisport.
Eines Nollendorfer-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Cieruavarte, Invalldenstr. 57—59
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 7 1/2 Uhr:
König Richard III.
Kognodienhaus.
8 Uhr. Kammermusik. 8 Uhr.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater a. d. Weidendammerbrücke
Lichter Romische Oper.
8 Uhr: Wer zulezt lacht...

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Freitag, abends 8 Uhr:
Was dem, der lügt.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
**Schiller-Theater Charlotten-
burg.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Was dem, der lügt.
Freitag 8 Uhr, zum ersten Male:
Die beiden Leonoren.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr: Der liebe Augustin
Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberg. Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Abends 8 Uhr:
Der Bogen des Odysseus.
Freitag, abends 8 Uhr:
Schirin und Gertraude.
Theater am Nollendorferplatz 5.
Abendstück:
Prinzeß Gretl.
8 Uhr **Residenz-Theater**
Hohheit — der Franz!
Musikalische Groteske in 3 Akten von
Kurt Landberger und Emil Wolf.
Rust von Robert Winterberg.
Morgen u. l. Tage: Hohheit - der Franz!
Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.
Direktion: H. Bryk.
Fräulein Trallala.
Von Konstantin, Gilbert.
Lehberger.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntag, d. 1. Febr. nachm. 3 Uhr:
Die Kino-Königin.
ROSE=THEATER
Große Franziskaner Str. 102.
Zu der heutigen Vor-
stellung sind sämtliche
Billette vergeben.
Morgen, Freitag, abends 8 Uhr:
Kinder der Großstadt.
Sonnabend 4 Uhr: Die 7 Raben.
Abends: Berlin wie es weint u. lacht.
Folies Caprice.
Première.
Café Pringsheim
Posse von Caliban
Der Heiratgraf
Posse von Caliban
Musik von Artur Steinko
Meiersteins.
Eine lustige Faschingsgeschichte
von O. Hartung.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
No. 13!
Urkommische Burleske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu erud. V.
Beilen:
Eine Hochzeit in
der Müllerstraße.
(Reg. 1., Ballfost
0,75, Entree 39 St.)

Zahlstelle Berlin **Deutscher Holzarbeiter-Verband** Zahlstelle Berlin

Sonntag, den 1. Februar 1914, in Obigen Festsälen, Koppenstraße 29:

Theater-Vorstellung

zur Aufführung gelangt:
„Kater Lampe“ Komödie in 4 Aufzügen von Emil Rosenow.
— In Szene gesetzt von Julius Türk. —
Gastspiel des Charlottenburg-Neuköllner Theaters.

Einlaß 6 Uhr. Kinder haben keinen Zutritt. Anfang 7 Uhr.
Von 6 bis 7 Uhr: **Konzertmusik.** Nach der Vorstellung **BALL.**
bis 2 Uhr:
Eintrittskarten à 60 Pf., inkl. Tanz, sind in allen Zahlstellen, beim Gastwirt Greise, im
Zigarengeschäft von Baumann, Rungestraße 90, und im Bureau zu haben.
82/11 **Der Bildungsausschuß.**

WINTERGARTEN

Letzte Woche!
YVETTE
Robert Steidl
Willy Pantzer Co.
Persien Ballettdivertiss.
Kostüme:
Paul Poiret, Paris
und die
Januar-Attraktionen!
— Rauchen gestattet! —

APOLLO THEATER

8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Der Stolz
der 3. Kompagnie
mit
Hartstein
als
Husketier-Distelbeck
Lachen ohne Pause!
Vorher das gr. Januar-Prgr.
a. a. Bernhard Hörbits
Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.
Abends prägte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Berliner Prater-Theater
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Donnerstag, den 29. Januar 1914:
Gastspiel des Voigt-Theaters:
Der Goldbauer.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Brauerei Friedrichshain
Täglich außer Sonnabends:
Das stimmungsvollste
Bayr. Bockbier-Fest.
Mittwochs u. Donnerstags:
Elite-Tag.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Regts. Dirig. Kpl. Musikdir. Brass
und Tegerseer und Zillerthaler Musikanten,
Dirig. Hans Starp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Donnerstag, den 29. Januar:
Elite-Tag!
Große Schweinebraterei
Portion 90 Pf. Portion 90 Pf.
Anfang 7 Uhr. 30 bayrische Madl.
Entree 30 Pf. 6 Kapellen.
Im neuen Saale: **Großer Ball.**

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, d. 29. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Nur noch 3 Tage!
Auftreten der großen Januar-
Attraktionen u. a.:
Marino der Bezwingen
des Autos.
3 Renards gymn. Luft-Kst.
„Im Reiche der Witte“
Chinas beste Jonglier. u. Gaukler.
Sum Schluß:
„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime
des Zirkus Busch in 5 glänz. Akten.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Donnerstag, den 29. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung
Therese Renz
dross. Elefanten u. Ponys.
Little Freds
mit ihr akrobatischen Hunden
Dir. Alb. Schumann
mit seinen Original-Schul- u.
Freiheitsadressuren
und die übrigen neuen
Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Das mit so großem Beifall
aufgenommen **Ausstattungs-
stück in 7 Bildern**
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.

Casino-Theater
Zobringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volksstück:
Die alle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonn. 4 U.: Geheimnisse v. New York.

Passage-Panoptikum.
Die wilden
Feuerfresser
in ihren fanatischen
Martern.
Coca Experimente:
Aus dem Jenseits
Lebend!
Ohne Extra-Entree.

Concordia-Festsäle
64 Andreasstrasse 64
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Soiree der Heffmann-Sänger
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskart. haben Günstigkeit
Charlottenburger Festsäle.
Charlottenburg.
Kaiser-Friedrich-Strasse 24.
Heute in beiden Sälen
2 Kapellen.
Großer Ball. Anfang 8 Uhr.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Fichte-Bedächtnisfeier.

Der Einladung des Bezirksbildungsausschusses folgend, feierte die Berliner Arbeiterschaft am Dienstagabend das Gedächtnis Johann Gottlieb Fichtes. Eine würdige Feier war es, die sich in fünf Sälen unter sehr starker Beteiligung vollzog.

Chorgesang von Arbeitergesangsvereinen ausgeführt, leitete den Festakt stimmungsvoll ein. Dann wurde von sachkundigen Rednern das Lebensbild des großen Geisteshelden entrollt. Fichtes Werdegang, sein Leben und Wirken trat in anschaulicher Darstellung den aufmerksamen Zuhörern nahe. Die Wesenszüge eines großen Mannes prägten sich ihnen ein. Einem Mannes, der zwar nicht eigentlich zu den Unseren gehört, denn es waren bürgerliche Freiheitsideale, die er vertrat. Dennoch kann das moderne Proletariat mit aufrichtiger Verehrung Fichtes gedenken; denn die Anschauungen, die er, beeinflusst durch die Grundgedanken der großen französischen Revolution, in Deutschland vertrat, sind auch heute noch nicht Wirklichkeit geworden. Das Bürgertum hat sie nicht in die Tat umgesetzt. Der Klassenbewußten Arbeiterschaft bleibt es vorbehalten, das zu verwirklichen, was vor einem Jahrhundert dem Bürgertum als Freiheitsideal gepredigt wurde. So führen also von dem Denker und Kämpfer Fichtes Verbindungslinien nach den Bestrebungen des kämpfenden Proletariats herüber, und mit vollem Recht feiern wir deshalb das Andenken des Mannes, für den das Bürgertum nichts mehr übrig hat. Vergessen von jenen Leuten ist der Mann, der in der Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands in leidenschaftlichen Reden sein Volk aufrief zum Aufstande gegen die Napoleonische Herrschaft und zur Aufrichtung der Freiheit im eigenen Vaterlande; der „Freiheit, begründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschlichkeit trägt“. — Es waren im Grunde genommen die konsequenten Forderungen der bürgerlichen Demokratie, die Fichte vor einem Jahrhundert vertrat, die aber seitdem ihrer Verwirklichung kaum näher gekommen sind. Wozu dem Bürgertum die Kraft und der gute Wille fehlt, das wird die Arbeiterklasse vollenden. So gedachte man denn auch in den Festveranstaltungen des großen Vorkämpfers der bürgerlichen Freiheit in dem Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse berufen ist, nicht nur das Ideal, das ihm vorstrebte, zu verwirklichen, sondern das höhere Ideal zur Wirklichkeit zu machen, von dem Fichte noch nichts wissen konnte, weil seine Zeit nicht reif für solche Gedanken war: Das Ideal des Sozialismus, der Befreiung aus politischer Anarchie und wirtschaftlicher Abhängigkeit.

Nachdem die Redner in diesem Sinne die Bedeutung Fichtes geschildert hatten, setzten wieder die Sängere ein. In machtvollen Akkorden erklang das Lied: „Das heilige Feuer führen wir“. — Das heilige Feuer, welches die Ketten schmilzt, welches die Nacht durchleuchtet und Erlösung den Unterdrückten bringt.

Parteiangelegenheiten.

Die politisch organisierte Jugend.

Unter kurzer Bericht über die ersten Versammlungen der politisch organisierten Jugend im Alter von 18 bis 21 Jahren im 6. Kreise hat uns das Ernteden des 4. Kreises eingetragene, mitzutellen, daß im 4. Kreise solche Versammlungen schon am 20. Januar stattgefunden haben. Wir müssen hinzufügen, daß unsere Genossen in Neukölln noch früher auf diesem Gebiete vorangegangen sind. Es liegt kein Anlaß zu einer Abkühlung auf diesem Gebiete vor; freuen wir uns, daß es überall vorwärts geht und daß unsere Genossen eifrig an der Werbearbeit sind.

Sierter Wahlkreis. Heute Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Huth, Warschauer Str. 61, eine Versammlung der 28. Abteilung statt. Tagesordnung: 1. Lichtbildervortrag des Genossen Winkelmann über: „Mit Rudolphe und Wanderskab durch die Welt“. 2. Wahl der Abteilungsführer. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Abteilungsleitung.

Treptow-Baumhofenweg. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft aller Funktionäre und tätigen Genossen in der Rennbahn, Uferstr. 115/116. Vortrag des Genossen Groger über: „Die Parteiorganisation, die Funktionäre und ihre Aufgaben“.

Trebbin. Am Sonnabend, den 31. Januar: Öffentliche Versammlung. Reichstagsabgeordneter Genosse Frey zu Beil spricht über „Freies Koalitionsrecht und die Hege der Schwarzmaier“.

Adlershof. Sonntag, den 1. Februar, vormittags 8 1/2 Uhr: Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Lankwitz. Die Gemeindegewählerrliste liegt außer im Rathaus, Zimmer 24, von 8—3 Uhr, auch in der Zigarrenhandlung von Dehnst, Seidlitzstr. 6, bis abends 8 Uhr aus.

Pankow. Am Sonnabend, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Meißner, Schloßstr. 2, eine Fichtefeier statt. Festrede: Genosse Dr. Rud. Breitscheid. Anschließend zwanglose Unterhaltung.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 1 Uhr: Öffentliche Versammlung in Hermsdorf, Restaurant Bellevue (Inb. Pfeffer). Tagesordnung: „Freies Koalitionsrecht und die Hege der Schwarzmaier“. Referent: Redakteur Paul Juhn.

Borsigwalde. Die Genossen beteiligen sich heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, an der öffentlichen Versammlung in Ziegel, Tropps Festsaal, Bahnhofstr. 1.

Berliner Nachrichten.

Der städtische Arbeitslosenausschuss

trat gestern zu einer neuen Sitzung zusammen, kam aber nach längerer Erörterung zu einer Vertagung. Es soll weiteres Material beschafft werden.

Vom städtischen Beerdigungswesen.

Die Einäscherungen im Krematorium in der Gerichtstraße nehmen ständig zu, und die Stadtverordnetenversammlung hat deshalb angeregt, baldigst auf die Errichtung eines zweiten Krematoriums Bedacht zu nehmen. Das Kuratorium hat deshalb in seiner gestrigen Sitzung zu der Angelegenheit Stellung genommen. Es soll von der Hochbauverwaltung ein Projekt eingeholt werden, nach welchem in der Dieselmeierstraße, in welcher bereits ein Verbrennungsofen für einzuführende Leichenteile für Anatomieleichen vorhanden ist, ein Krematorium errichtet werden soll. Einen Urnenhain dort herzustellen, wird allerdings nicht möglich sein; ein solcher ist in der Gerichtstraße im Entstehen begriffen und wird in diesem Jahre vollendet und eine Herde des Friedhofes in der Gerichtstraße werden.

Um der neueren Friedhofskunst mehr Rechnung zu tragen, soll in Zukunft die Aufstellung von Denkmälern mit Glas-

tafeln und mit Photographien auf städtischen Friedhöfen nicht mehr gestattet werden. Zahlreiche Friedhofsverwaltungen anderer Städte haben bereits ähnliche Bestimmungen erlassen. Es soll der Verzierung der Friedhöfe durch allen möglichen Kitsch entgegen gearbeitet werden. Im städtischen Friedhofsbureau im Rathaus soll dem Publikum Gelegenheit gegeben werden, geschmackvollere Sachen, einfachere wie bessere, sich ansehen zu können.

Endlich soll auch für die städtischen Friedhofsarbeiter ein Arbeiterausschuss errichtet werden. Das Kuratorium hatte früher einen solchen Antrag abgelehnt. Auf Beschwerde der Arbeiter hat der Magistrat die Errichtung eines solchen Ausschusses beschlossen. Das war gegen Ende November. Öffentlich wird der Magistratsbeschluss nun endlich ausgeführt. Es hätte nicht das geringste im Wege gestanden, dies schon längst zu tun.

Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in ihrer heutigen Sitzung mit dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, die Vermehrung der Armenverwaltung um drei weibliche Delegierte betreffend, beschäftigen.

Städtische Hochbauten.

In der städtischen Hochbaudeputation hat der Stadtrat Roffe den Vorschlag niedergelegt, Stadtrat Panofski hat denselben übernommen. In der gestrigen Sitzung der Deputation wurde neben kleineren Vorlagen der Inventar-Kostenanschlag über 164 000 Mark für den Neubau der VIII. Pflichtfortbildungsschule an der Grünthaler Straße genehmigt. Desgleichen der Entwurf für den Neubau einer Lazarettbaracke auf dem Grundstück des Waisenhauses in Rummelsburg. Der Kostenanschlag beträgt einschließlich des Inventars 48 000 Mark. Ein weiterer Entwurf für den Neubau einer Baracke für anstehender Krankheit verdächtiger Personen auf dem Grundstück des städtischen Obdachs in der Fröbelstraße wurde an das Kuratorium zwecks weiterer Verhandlungen zurückverwiesen.

Große Schwierigkeiten bereiten den städtischen Behörden, die seit längerer Zeit in einzelnen Gewerben vorhandenen Ringbindungen, durch welche die Gasse der einzelnen Verwaltungen nicht unerheblich belastet werden. Die Hochbaudeputation vertritt diesem geradezu als großen Unfug zu bezeichnenden Vorgehen der Unternehmer dadurch entgegen zu treten, daß die hierbei in Betracht kommenden Arbeiten ansatz in beschränkter Submission, öffentlich ausgeschrieben werden. So mußte für die Entwässerungsarbeiten, die seit dem 28. Mai 1913 verfahrensweise beschränkt ausgeschrieben worden sind, das öffentliche Verfahren beschloffen werden. Auch für das Betongewerbe machte sich diese Maßnahme notwendig. Die Verträge, den Ring der Linoleumfabrikanten zu durchbrechen, sind bisher gescheitert, auch Versuche mit ausländischen Firmen haben zu keinem Resultat geführt. Die Deputation beschloß daher, die Lieferung des Linoleums auf die Dauer eines Jahres drei hiesigen Firmen zu übertragen, die Verlegerarbeiten aber von der Lieferung zu trennen. Durch diese Maßnahmen glaubt man dem Syndikat und seiner Preisbildung am wirksamsten entgegen zu wirken.

Von untern Genossen wurde in der Sitzung auch darauf hingewiesen, daß einige Wautschlerfirmen bei der Ausführung städtischer Arbeiter die tariflichen Vereinbarungen nicht einhalten. Es sind dies die Firmen: Gloger, Reußlin; Kachall, Rastanien-Allee, und Martens, Turmstraße. Von dem Vertreter des Stadtbaurats wurde ausdrücklich betont, daß alle Firmen angewiesen sind, die in den Gewerben bestehenden Verträge einzuhalten. Soweit dies bei den genannten Firmen nicht geschieht, werden die gemachten Angaben nachgeprüft und die Firmen zur Einhaltung des Tarifs angehalten werden.

Der städtischen Schuldeputation wurde in ihrer gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Fischer unter anderem ein Ministerialerlaß vom 20. Dezember v. J. zur Kenntnis gebracht, nach dem auswärtigen Volksschullehrern zur Abhaltung von Lehrproben und persönlichen Vorstellungen vor ihrer Anstellung im hiesigen Schuldienst kein Urlaub mehr gewährt werden darf. Die Deputation bewaurete diesen Erlass, der ihr die Gewinnung geeigneter Lehrkräfte erschwert, außerordentlich und einigte sich dahin, daß die Ferienzeiten für die einzelnen preussischen Provinzen ermittelt werden und versucht werden soll, die Ferien während ihrer Ferienzeiten einzugreifen; falls die Ferien mit denen der Berliner Gemeindegewerkschulen zusammenfallen, sollen die Probefektionen an den Schulen der beiden städtischen Waisenhäuser abgehalten werden.

Der Schuhmann mußte von seiner Waffe Gebrauch machen.

Dieser Bemerkung begegnet man sehr oft in der Presse, wenn berichtet wird, daß ein Schuhmann gegen eine Zivilperson tätig geworden ist. In Wirklichkeit wird durch eine derartige Verächtlichkeit das scharfe Vorgehen der Polizeibeamten von vornherein zu rechtfertigen gesucht. Einen Beweis für diese Ansicht liefert ein Vorgang, der sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag an der Ecke der Brunnen- und Veteranenstraße ereignete. Dort gerieten zwei Leute in Streit. Dabei wurde der eine von dem anderen derart getroffen, daß der Schleifer Max Grubel aus der Sonnenburger Straße in die Schaufensterheide eines dortigen Cafés fiel; dabei wurde die Scheibe zertrümmert. Auf Veranlassung des Portiers kam ein Schuhmann, der den Grubel feststellen sollte, während in Wirklichkeit doch derjenige der Schuldige war, der den Grubel in die Scheibe getroffen hatte. Dabei kam es zu einem Hin und Her; es kam ein weiterer Beamter hinzu und schließlich sah sich der Schuhmann nach einem polizeilich inspirierten Verdict „gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen“. Er wurde mit dem Säbel schlümmen ausgerückt und mußte nach der Inhaftation und von da nach dem Krankenhaus gebracht werden. Unwillkürlich muß man die Frage aufwerfen: Mußte denn der Schuhmann von der Waffe Gebrauch machen? Viele Zuschauer bezeichnen diese Frage. Der Siftierte sei vollkommen unschuldig gewesen.

Schwindler vom Balkan.

In neuerer Zeit treiben zwei Schwindler ihr Unwesen, die mit gefälschten Balkanpapieren umhergehen und Bureauausstellen verkaufen, wie Durchschlagpapier, Klebstifte, Federn usw. Sie geben vor, auf der Flucht befindliche Ausländer zu sein. Der eine nennt sich Kobilow, der andere Popovic; sie wechseln aber ihre Namen; appellieren ständig an das Mitleid und scheuen sich nicht, sich auf bekannte Parteigenossen zu berufen, wie auf den Genossen Richard Fischer u. a. Die Papiere, die sie vorgeigen, erweisen sich als gefälscht. Als den Ursachen das auf den Kopf zugelegt wurde, gaben sie kein bei und ergriffen die Flucht. Es sei vor ihnen gewarnt.

Ein Generalmajor auf der Straße gestorben.

Gestern nachmittags brach vor dem Hause Berliner Straße 180 infolge Herzschlages der Generalmajor z. D. Hermann von Münster-

berg und Müllena, geboren am 2. April 1847 zu Beuthen, tot aufgefunden. Die Leiche wurde nach der Wohnung in Wilmersdorf, Kaiserallee 159 geschafft. Der General war zuletzt Kommandant des Truppenübungsplatzes Arns.

Beide Beine abgefahren. Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern abend gegen 7 Uhr an der Ecke der Wiener und Stalitzer Straße. Dort wollte zur genannten Zeit die 64jährige Frau Berta Wiebe geborene Stein den Fahrdamm überschreiten. Dabei geriet sie unter einen schwer beladenen Heuwagen, dessen Vorderräder über sie hinweggingen. Der Bedauernswerten wurden beide Beine fast vollständig abgetrennt; außerdem trug die Frau schwere innere Verletzungen davon. Die Schwerverletzte erhielt von hinzugerufenen Ärzten Kratzerbände und wurde mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft. Der Zustand der Verunglückten ist sehr bedenklich.

Der Arbeiter-Kontinentenbund (Aktionsausschuss Groß-Berlin) veranstaltet auch in diesem Jahre vollständig-wissenschaftliche Vorträge über die Alkoholfrage im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Es sprechen:

Freitag, den 30. Januar: Schriftsteller Simon Kapenstein: Einleitung — Geschichtliches — Die Stellung ausländischer Parteien zur Alkoholfrage.

Freitag, den 6. Februar: Reichstagsabgeordneter Georg David-John: Wirtschaftliche Seite der Alkoholfrage — Verwertung von Lebensmitteln und Arbeitskräften — Wirtschaftliche Schädigungen — Macht des Alkoholkapitals.

Freitag, 13. Februar: Schriftsteller Wilhelm Dümel: Besondere Bedeutung der Alkoholfrage für die Arbeiterklasse — Folgerungen im allgemeinen — Abstinenz und Prohibition.

Freitag, den 20. Februar: Landtagsabgeordneter Konrad Haensch: Forderungen an die Arbeiterbewegung.

Montag, den 23. Februar: Dr. med. Salo Bruder: Forderungen an Staat und Gemeinde: Versorgungseinrichtungen — Heilstätten und Anstalten.

Montag, den 2. März: Schriftsteller Ernst Neuber: Forderungen an Staat und Gemeinde: Schule — Jugend — Bildungswesen.

Freitag, den 13. März: Bundesvorsitzender August Neumann: Forderungen an Staat und Gemeinde: Gemeindebetriebe — Steuern — Gemeindebeschäftigung und Staatsverbot.

Eintrittskarten a 40 Pf., Einzelvortrag a 10 Pf., sind zu Beginn der Vorträge erhältlich. Getränke werden nicht ausgehändigt. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr abends.

Zeugen gesucht! Personen, die am Sonnabend, den 1. November 1913, abends zwischen 7 und 9 Uhr, auf dem Bahnhof Waidmannslust gesehen haben, wie einem jungen Mädchen vom Zuge beide Beine abgefahren wurden, werden gebeten, ihre Adresse an Hufsch, Berlin, Müllerstr. 30, oder bei Sprachlehrer, Waidmannslust, Dürerhauptstr. 2, part., abzugeben.

Kleine Nachrichten. Die Pulsader der linken Hand durchschnitten und außerdem erhängt hat sich die Witwe Bender, An der Fischerbrücke wohnhaft. Die Frau war krebbsleidend. — Der Schneider Frey aus der Jakobstraße, 3 hat sich durch Ertränken das Leben genommen. Seine Leiche wurde gestern vor dem Grundstück Alt-Stralauer 5 aus der Spree gelandet. — In der Jungfernhöhe erschossen aufgefunden wurde gestern vormittag im Jagden 5 auf Charlottenburger Gebiet die Leiche eines unbekannten Mannes von etwa 30 Jahren. Der Tote, dessen Leiche nach der Halle in der Sophie Charlottestraße gebracht wurde, ist etwa 1,70 Meter groß, hat blondes Haar und trug einen neuen grünen Mäntelchen, einen dunkelgestreiften Winterüberzieher, einen Modanzug, ein weißpünktiertes Oberhemd, einen lila Schloß und halbe Schnürschuhe. — Im städtischen Obdach verstorben ist in der vergangenen Nacht ein Mann von etwa 60 Jahren, dessen Persönlichkeit sich nicht bestimmen feststellen ließ. Möglicherweise handelt es sich um einen Reichshändler Kunze. Der Tote ist etwa 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und ebenjalden Schnurrbart und trug eine gestreifte Hose, dunkles Jackett und Weste und schwarze Schnürschuhe. Die Leiche befindet sich im Schauhaufe. — In einer Rauchergiftung, die er sich bei einem Wohnungsbrande zugezogen hatte, ist gestern abend der zwei Jahre alte Sohn Egon des Kaufmanns Hühns aus der Wirtsbachstr. 69 gestorben. Die Leiche des Kleinen wurde von der Polizei befragt und nach dem Schauhaufe gebracht. — In seiner Werkstatt erhängt hat sich der Jalouiefabrikant Otto Leng aus der Palisadenstraße. Schlechter Geschäftsgang und schwere Krankheit haben den Mann in den Tod getrieben.

Vorortnachrichten.

Neukölln.

Aus dem Neuköllner Krankenhaus zu Buchow erfahren wir wieder sehr sonderbare Dinge. Gegen diese Anstalt ist der Vorwurf erhoben worden, daß in ihr ein mit Diphtherie infiziertes Kind sich eine Geschlechtskrankheit geholt habe. Daß ein Beweis hierfür erbracht worden sei, glaubt die Krankenhausdeputation nach dem Ergebnis der angestellten Untersuchung bestreiten zu dürfen. Die Umstände aber, unter denen die Erkrankung aufgetreten ist, sprechen wirklich nicht zugunsten des Krankenhauses.

Das Kind, ein vierjähriges Mädchen Frida G., lag vom 10. November ab etwa 3 1/2 Wochen in der Diphtheriestation 14b bezw. zuletzt in einer dazu gehörenden Baracke. Frida wurde am 13. Dezember auf Anordnung des Krankenhauses wieder nach Hause entlassen, wobei man sie als geheilt bezeichnete. Noch am Abend desselben Tages erkrankten die Eltern bei dem Kinde deutliche Spuren eines Trippers, doch wurde ihnen die Art der Erkrankung nicht so gleich klar. Ein zu Rate gezogener Arzt belehrte sie darüber und sagte ihnen, das Kind müsse im Krankenhaus angelegt werden sein. Da zunächst keine Besserung eintrat, so brachte der Vater am 20. Dezember das Kind in das Krankenhaus zurück. Der Anstaltsarzt, der es vor der erneuten Aufnahme untersuchte, äußerte sich über die Krankheit nicht. Als aber die Eltern ihr Kind in der Geschlechtskrankheit bestimmten Station 20 wiederfanden, wußten sie Bescheid. Hier gab ihnen auf ihre Frage schließlich ein Arzt die folgende Auskunft: „Na, Sie wissen doch —!“ Am 6. Januar ging der Vater zum Rathaus und trug bei der Krankenhausdeputation eine Beschwerde vor. Darin erklärte er, daß er für die erneute Anstaltspflege nichts zahlen werde, weil das Kind im Krankenhaus angelegt worden sei.

Jetzt hat die Deputation ihm geschrieben, was ihre Untersuchung ergeben hat. Sie muß bestätigen, daß es sich um Tripper handelt. Einen Beweis für Ansteckung im Krankenhaus sieht sie, wie schon gesagt, nicht erbracht. Nicht einmal wahrscheinlich sei das, meint sie. Soll vielleicht die Ansteckung noch am Entlassungstage zu Hause erfolgt und die Krankheit dann schon am Abend ausgebrochen sein? Nein, so geschwind vollzieht sich die Entwicklung denn doch wohl nicht! Die Krankheit war übrigens bereits so entwickelt, daß sie schon einige Tage bestanden haben muß. Soll etwa das Kind schon damals, als es mit Diphtherie eingeliefert wurde, auch mit Tripper angelegt gewesen sein? Dann hätte er doch wohl in 3 1/2 Wochen so weit fortgeschritten müssen, daß diese neue Erkrankung dem Pflegepersonal nicht entgehen konnte. Die Krankenhausdeputation will, was der Vater für seine Behauptung anführt, als belanglos hinstellen. Dabei muß sie ein paar sehr bedenkliche Umstände zugeben, die auf die Anstalt ein seitiges Licht werfen und den Verdacht einer dort erfolgten Übertragung der Geschlechtskrankheit eher bestärken als entkräften. Wir erleben aus dem Bescheide, daß Frida, nachdem sie aus Station 14b nach einer Baracke verlegt

wurden war, einmal mit einem anderen Kinde zusammen in ein gemeinsames Bett gesteckt wurde. An jenem Abend kamen soviel Reue-
aufnahmen, daß schließlich die ganze Diphtherieabteilung und die
Varaden überbelegt waren. Reuebetten waren nicht so leicht zur
Stelle, darum wurden für eine Nacht vier kleine Mädchen, bei denen
Diphtheriebazillen nicht mehr nachweisbar waren, in zwei große
Betten gelegt. Wir wunderten uns über den Mangel an Reue-
betten, aber eine Zeppenübertragung brauchte man wegen der
Doppelbelegung allerdings nicht sofort anzunehmen. Die
Liebertragung wird auch nicht in der Parade, sondern schon
in Station 14b zustande gekommen sein. Hier befand sich
nämlich zu derselben Zeit, wo Frida in ihr Lager, ein tripper-
krankes Mädchen, das mit Diphtherie aus Station 20
herübergebracht worden war. Die Deputation berichtet, daß nicht
einmal eines dieser Mädchen zusammen mit einem anderen in einem
gemeinsamen Bett gelegen habe. Beide Kinder seien nie mit ein-
ander in Berührung gekommen, auch habe man besondere und weit-
gehende Vorichtsmaßnahmen getroffen. Welcher Art sie waren, wird
nicht gesagt. Wie stand es denn um das Pflegepersonal? Hatte
das eine geisteskrante Kind eine besondere Pflegerin oder mußte
eine gemeinsame Pflegerin auch dieses Kind mitbetorgen?

Ingeachtet des Geständnisses, daß ein geschlechtskrankes
Kind in den Saal des Diphtheriepavillons gelegt wurde, hat die
Krankenhausdeputation den Rat, von dem Krankenhaus jede
Verantwortung abzuwälzen zu wollen. Auf Ein-
ziehung der Kosten für die erneute Krankenhauspflege der Frida
können, sagt sie zum Schluß, nicht verzichtet werden. Das Kind
liegt noch jetzt im Krankenhaus, so daß schon wieder Kurkosten für
mehr als 30 Tage in Höhe von über 90 M. entstanden sind. Da
wird wohl nur übrig bleiben, daß der Vater abwartet, ob man ihn
auf Zahlung verlagern wird. Will der Magistrat es darauf an-
kommen lassen, daß ein Gericht prüft, welche Zustände damals im
Neuföllner Krankenhaus geherrscht haben?

Die körperliche Erziehung des Kindes. Der nächste Vortrag
„Die Pflege des Kindes im ersten Lebensalter“ wird vom 1. Arzt
der städtischen Säuglingsfürsorgestelle Dr. M. Cohn an heutigen
Donnerstag im alten Sitzungssaal des Rathauses, Eingang Berliner
Straße 61 I. gehalten werden. Beginn abends 8 Uhr. Der Zutritt
ist unentgeltlich. — Da diese Vorträge bisher sehr stark besucht
waren, empfiehlt es sich für die Teilnehmer, pünktlich zu er-
scheinen.

Vollständige Vorträge. Der fünfte der von der Städtischen
Rechtsauskunftsstelle Neufölln veranstalteten Vorträge (Kranken-
versicherung, 2. Teil) findet nicht am Freitag, den 30. d. Mts.,
sondern erst am Freitag, den 6. Februar d. J., abends
8 1/2 Uhr, statt.

Lichterfelde.

Als Gemeindevorsteher von Lichterfelde wurde in der Sitzung
der Gemeindevertretung von den drei in die engere Wahl ge-
brachten Kandidaten aus Neufölln, Lichterberg und Wilmsdorf der
Stadttrat Dr. O. H. Wilmsdorf erwählt. Der Amtsantritt soll zum
1. April erfolgen. Gemeindevorordneter Diehl hat sein Amt
niedergelegt. Herr Diehl hat sich besonders dadurch um das Gemein-
wohl verdient gemacht, daß er mit aller Kraft für das von einigen
Leuten ausgedachte Projekt der Errichtung eines „vornehmen“
Gemeinderestaurants für die „besten Kreise“ eingetreten ist. Der
Zeitpunkt, wann dieses prunkvolle Klassenwirtschaftshaus entstehen soll, ist
dem Gemeindevorstand überlassen worden. Zurzeit hat er drückendere
Sorgen, die er sich vorläufig durch eine ziemlich erhebliche Erhöhung
der Gemeindesteuern einigermaßen erträglich zu machen versucht. Es
bezieht also glücklicherweise Aussicht, daß die Idee der Errichtung
eines monumentalen Bierpalastes auf allgemeine Regimentskosten
von der schäumenden Blut des kommunalen Defizits endgültig er-
laubt wird. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren be-
langlos und für die Öffentlichkeit von keinem besonderen Interesse.

Steglitz.

In einer von Mittelständlern einberufenen Versammlung sprach
vor einigen Tagen ein Herr Wulfs aus Hamburg über: Mittel-
stand, Konsumgenossenschaften und Sozialdemokratie sowie über
Mittelstand und heimlicher Warenhandel. Weil die schon hundertmal
widerlegte Notiz unwidersprochen in einer Kölner Zeitung gestanden,
beschloß sie zu erwischen, daß die Preise in der Konsumgenossen-
schaft höher und die Waren schlechter sind als beim Kaufmann.
Und die Tatsache, daß führende Genossenschaftler Sozialdemokraten
sind und daß v. Ein in einer Hamburger Versammlung gesagt hat:
„Erst den Konsum organisieren, dann die Produktion, dann wachsen
wir allmählich in den Sozialismus hinein.“ bestimmte den Referen-
ten, die Genossenschaften als sozialdemokratisch zu stempeln.
Daß die Sozialdemokratie gerade diesen Satz v. Ein als Grund-
satz ablehnt und das Proletariat zum Klassenkampf erzieht, ist dem
Hamburger Pädagog-Experten fremd. Sein Wissen scheint er nur
dem „Lokal-Anzeiger“ oder ähnlichen Blättern zu entnehmen.
Mühn behauptet er, daß die Gewerkschaften und Genossenschaften mit
eigenen Mitteln nichts für die Arbeitslosen tun. Geschoren hätten
sie bei den Geschäftslenten und die Wons dann bei den Waren-
häuern in Zahlung gegeben. Dann kam die bekannte Schmei-
schaukelnde und die Behauptung, der größte Teil der angeblichen
80 000 Arbeitslosen sei arbeitslos. Derselben Meinung ist auch der
Bädermeister Herr Paul Schütze aus der Zimmermannstraße in
Steglitz. Dieser Herr rief in die Versammlung hinein: „Arbeits-
lose sind's, die wollen nicht, wer arbeiten will,
kriegt schon welche.“ So beschimpfen die Mittelstandsbreiter
die Arbeiterklasse, von der sie Hilfe im Kampfe um die Existenz
erwarten. Genosse Thieleke wies die Unwahrheiten und
Verleumdungen zurück und machte die Händler mit den
wahren Ursachen ihres Niederganges bekannt. Darauf rückte
die Versammlung merklich vom Referenten ab. Vollständig
isoliert stand der Herr, als er unter Genossen Bebel beschimpfte.
Die Versammlung, bis auf zwei oder drei, drückten unverbohlen
ihre Mißbilligung über diese Verleumdungen aus. Und Herr Wulfs
stand da und wunderte sich darüber, daß es auch bei den Mittel-
ständlern noch anständige Menschen gibt. Am 17. Februar wird sich
in Albrechtshof eine Versammlung mit dem Genossenschaftswesen,
seinen Freunden und Feinden beschäftigen.

Johannisthal.

Das gute Gelingen des vorjährigen Vortragskurses veranlaßt
den hiesigen Bildungsausschuß auch in diesem Jahre einen Kursus
von vier Abenden zu veranstalten. In demselben soll das Thema
„Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens“ behandelt werden.
Referent ist Reichstagsabgeordneter Genosse Otto Rühle. Die Vor-
träge finden an den Donnerstagen, 29. Januar, 5., 12. und
19. Februar, im Lokal „Genossenschaftlicher Volksgarten“ (kleiner Saal),
pünktlich abends 8 1/2 Uhr, statt. Der Bildungsausschuß ersucht um
recht rege Teilnahme an den Vorträgen und macht besonders darauf
aufmerksam, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre
zu veranlassen, diesen Kursus zu besuchen. Einzelkarten für alle
vier Vorträge sind zum Preise von 40 Pf. pro Person in den mit
Plakaten belegten Geschäftsstellen und beim Lagerhalter der Ver-
kaufsstelle der Konsumgenossenschaft zu haben.

Schmargendorf.

Die Wählerlisten zur bevorstehenden Gemeinderatswahl liegen
noch heute und morgen während der Geschäftszeit im hiesigen Rat-
haus zur Einsicht aus.

Wildau-Hoherlehme.

Die auf Antrag unserer Genossen eingeführten amtlichen
Legitimationskarten für die bevorstehenden Gemeinderatswahlen sind
bereits ausgegeben worden. Wer eine solche noch nicht erhalten
hat, verjähre nicht, die Wählerliste während der Dienststunden im
Gemeindebureau in Hoherlehme einzusehen. Eine Abschrift der
Liste liegt in Wildau beim Genossen Länger aus.

Potsdam.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung trat der Oberbürger-
meister Bosberg der Auffassung entgegen, daß seine Rede gelegentlich
der Einführung der Stadtverordneten und des neuen Bürger-
meisters nach einem Teil der Presse eine Stellungnahme gegen
die Regierung bedeute; dieses habe ihm vollkommen ferngelegen.
Besonders im Auge gefaßt habe er die Schwierigkeiten, die der
Stadt Potsdam bezüglich der Eingemeindung und in anderer Be-
ziehung von den in Frage kommenden Landräten gemacht werden.
Ein besonderer Gegner der Ausdehnungsbestrebungen Potsdams
scheint hiernächst der Landrat des Kreises Osthavelland zu sein, der
nicht nur bezüglich der Eingemeindung von Teilen seines Kreises,
sondern auch in kommunalwirtschaftlicher Beziehung nicht unerheb-
liche Schwierigkeiten macht. So halte z. B. kürzlich auf Verreiben
des Landrats von Osthavelland die Garde-Regimentsgewehr-
fabrik und das 1. Garde-Manenregiment, das auf osthavelländischem
Gebiet liegt, der Stadt; den Vertrag über die Wasserlieferung ge-
fährdet. Dieses Vorgehen schien um so ungerechtfertigter, als
Potsdam bisher das Wasser für die beiden Regimenter geliefert,
dort Brunnen gebohrt und auch die Abführung des Schmutzwassers
mit ziemlich erheblichen Kosten übernommen hatte. Die Stadt
hat sich nun an die Militärverwaltung gewandt, um das Wasser
an die ganze Garnison zu einem einheitlichen verbilligten Preise
abzugeben. Auch hat sie sich dem Landkreise gegenüber bereit er-
klärt, die Kosten der vorerwähnten Abnahme zu übernehmen, um
ihn somit schadlos zu halten. — Eine Reihe Stats für die Jahre
1914 bis 1916 wurden sodann einstimmig genehmigt. — Der
Deutsches-Evangelische Frauenbund unterhält in der Brauerstraße
ein Kaffeehaus. Die Unkosten dieser Einrichtung stehen trotz des
guten Geschäftsganges mit den Einnahmen nicht in Einklang, weil
die daselbst verabfolgten Speisen und Getränke zu äußerst billigen
Preisen abgegeben werden. Man bewilligte hierzu den Betrag von
300 M. Schon bei der Errichtung dieser Küche im vorigen Jahre
wurde um die Bewilligung eines Beitrages ersucht, von den Stadt-
verordneten aber abgelehnt, weil ihnen die Errichtung in der
Gegend des Rathauses nicht gefiel; denn nach ihrer Ansicht „sün-
ten sich daselbst Elemente zusammenfinden, die der Nachbarschaft
zu einer Plage werden können“. Die Erfahrung hat nun aber die
Stadtverordneten eines anderen belehrt. — Eine auswärtige Firma will
an verschiedenen Stellen der Stadt Stühle aufstellen, auf welchen
die Passanten zur Reinigung ihrer Fußbekleidung Platz nehmen
können. Da der Stadt hieraus keinerlei Kosten erwachsen, wurde
diese Aufstellung genehmigt.

Trebbin.

Da zur Vorstandswahl für die Ortskrankenkasse nur je eine Liste
der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingereicht ist, so erübrigt sich die
Wahl am 1. Februar. Die von den freien Gewerkschaften aufgestellte
Liste ist somit anerkannt.

Buchholz.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Ge-
nosse Jauer über das Thema: „Freies Koalitionsrecht und die Frage
der Scharfmacher.“ Der Redner betonte am Schlusse seines beifällig
aufgenommenen Vortrages: Gegenüber den reaktionären Bestre-
bungen der Scharfmacher müsse es Aufgabe jedes Arbeiters sein,
durch die Macht der Organisation das Koalitionsrecht zu befestigen.
Der Vorsitzende machte am Schlusse der Versammlung noch auf die
bevorstehende Gemeindevorstandswahl aufmerksam und forderte auf,
die bis zum 30. Januar im Gemeindebureau ausliegenden Wähler-
listen einzusehen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichshagen. Freitag, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr, im
Gemeindebureau, Friedrichstr. 87.

Spandau. Heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Sitzungs-
saal des neuen Rathauses.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist be-
rechtigt, ihnen als Zuhörer beizumohnen.

Aus aller Welt.

Vom Klassencharakter der Kirche.

Auf dem Kongress der anglikanischen Kirche der Vereinigten
Staaten hielt der sozialistische Bischof Spalding von Utah
eine Rede, der wir noch dem jetzt erschienenen stenographischen
Bericht folgende Stelle entnehmen:

„Wir beten unseren Gott in einer großen Kirche wie diese
hier an und vergessen den tiefen Untergrund auf der anderen Seite
der Straße. Wir schauen auf die reichen Priesterkleider
der Bischöfe und Priester und vergessen, daß Millionen unserer
Mitglieder nur Lumpen als Kleidung haben. Wir dis-
kutieren über theologische Lehren, Namen und Formeln und ver-
gessen die Millionen, die vergebens einen Lohn fordern,
von dem sie leben könnten. Wir verhandeln über Hymnen und
Gebete und vergessen, daß zehntausenden unserer Mitbürger
das Herz zu schwer zum Singen ist, daß ihren Mäulern das Geld
so geschwächt hat, daß sie das Beten verlernen haben. Man kann
unbedingt das jährliche Einkommen der Teilnehmer dieser
Konvention auf das Zehnfache des Durchschnitts-
lohns des amerikanischen Arbeiters veranschlagen. Das heißt,
daß ihr jährliches Einkommen im Durchschnitt etwa 8500 bis
9500 Dollar beträgt. Wie würde es Ihnen gefallen, von einem
Zehntel dieses Betrages zu leben? ... Wenn die Religion finan-
ziell unterstützt wird, erhält sie diese Unterstützung aus den Pro-
fiten der Kapitalisten, nicht aus den Löhnen der Ar-
beiter. Daher besteht die Kirche nach dem Urteil des Klassen-
bewußten Arbeiters nur dank den Gaben der Kapitalisten, die
diesem die Plünderung der Armen möglich gemacht hat.
Auch das Einkommen aus eigenem Kircheneigentum stammt nur aus
dem Raube der Vergangenenheit. Darum drängt die
Selbstachtung die denkenden Arbeiter, dies organisierte Christentum
zu verschmähen wie eine Boshätigkeit, die Anstand und Selbst-
gefühl sie verachten läßt. Der Arbeiter denkt: Der Kapitalist
bezahlt den Prediger, also ist er sein Herr. Denkt der Kapitalist
nicht ebenso? Was soll nun die Kirche tun? Sie soll die
Wahrheit annehmen, die die Arbeiterdemokratie entdeckt hat: daß
die Arbeit, nicht das Kapital die Grundlage der Produktion ist.
Ich fordere, daß die Kirche sich gegen das kapitalistische System
wendet, das unvermeidlich die Ausbeutung der Männer, Frauen,
ja selbst der kleinen Kinder bedeutet.“

Trotz der trefflichen Schilderung des Klassencharakters der
Kirche wird Bischof Spalding in den Wind sprechen. Kapitalismus
und Kirche stehen heute so zueinander, daß man sich wohl einen
Kapitalismus ohne Kirche, aber keilweise nicht die Kirche ohne den
Kapitalismus denken kann.

Wenn das nicht hilft ...

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet aus Zabern: Der
Geburtsstag des Kaisers wurde hier besonders feierlich begangen. Am
Vormittag fanden Schulfeste und Festgottesdienste statt. Die
Feier im Gymnasium war ausnehmend gut besucht, auch von Ver-
tretern der staatlichen und städtischen Behörden. Im
Bahnhofshotel fand eine Feier statt, an der 65 Herren teilnahmen.
Den Toast auf den Kaiser brachte Landesgerichtspräsi-
dent Fürst aus, der auch im Namen der versammelten Bürger
und Beamten der reichsirenen Stadt Zabern ein
Guldigungs- und Glückwunschtelegramm an den

Kaiser nach Berlin sandte. Die Stadt trug reichen
Flaggenschmuck.

Und trotzdem „Wades“?

Selbstregierung in der Schule.

In einem Wiener Staatsgymnasium wurde an Stelle des
Systems, das den Lehrer zum Kronvogt der Schüler macht, die
Selbstregierung der Schüler eingeführt. Der Direktor
berichtet nun, daß damit die besten Erfolge erzielt wurden.
Es sind seitdem keine Disziplinverstöße vorgekommen, Streitfälle
wurden ohne Anrufung der Obrigkeit geschlichtet, und die „Klassen-
inspektoren“, die jeden Monat wechseln, so daß keine „Erdmonarchie“
aufkommen kann, halten die Ordnung viel besser aufrecht, als das
Zwangssystem der Strafen dies jemals getan hat. Die Stadt Wien
plant die Einführung eines ähnlichen Systems in ihren Schulen.
Aber Preußen — — —!

Die altpreussische Sparsamkeit.

Einen Einblick in das verschwenderische Treiben mancher Offi-
ziere gewährt der finanzielle Zusammenbruch des Hauptmanns
Hoeft-Mählens vom 44. Artillerieregiment in Trier. Ueber
das Vermögen des Herrn Hauptmanns ist dieser Tage der Konturs
verhängt worden. Die an sich gleichgültige Tatsache wird inter-
essanter, wenn man erfährt, wie das kam. Der Herr Hauptmann
ist nämlich seit sechs Jahren mit einer Frau verheiratet, die ihm
das nette Sümchen von einer halben Million Mark
in die Ehe gebracht. Der Herr hat aber in diesen sechs Jahren
nicht nur das ungeborene Vermögen verpulvert, sondern auch noch
75 000 Mark Schulden gemacht. Noch vor wenigen Wochen ver-
anstaltete er, obwohl vor dem Ruin stehend, ein großes Diner,
an dem alle Honorationen teilnahmen. Das deutsche Volk aber
wird demnächst das Vergnügen haben, einen Pensionär mehr zu
erhalten, der in sechs Jahren mehr verpulvert hat, als mehrere
Arbeiterfamilien zusammen ihr ganzes Leben lang ausgeben
können.

Kleine Notizen.

Eine Pulvermühle in die Luft geflogen. Am Mittwochnach-
mittag ist die zwischen den italienischen Orten Rapone und Mele
gelegene Pulverfabrik Aregzi in die Luft geflogen. Nach den
bisherigen Meldungen sind fünf Tote und mehrere Ver-
letzte die Opfer dieser schweren Katastrophe.

Gefahren der Landarbeit. In Lublin (Schlesien) ver-
suchten zwei Dominikarbeiter aus einem hohen Hüben heraus-
zukommen. Nachdem sie bereits ein ziemlich tiefes Loch gegraben
hatten, kürzten die Erdmassen ein und begruben die
beiden Arbeiter unter sich. Der eine fand den Tod durch Er-
stickung, während der andere schwer verletzt ins Krankenhaus
gebracht wurde.

Die abgestürzte Leiche. In der Ortschaft Esmeriz in Por-
tugal brach in einem Saale in dem Augenblick, als man einen
Sarg fortzuschaffen wollte, der Fußboden ein. Dabei stürzten
etwa fünfzig Personen, zum größten Teil Frauen und
Kinder, in das darunter befindliche Stodwerk. Der Sarg und die
Personen wurden mit großer Mühe geborgen. Mehrere Per-
sonen sind verletzt worden.

Kranken-, Sterbe- und Zuzuhlerliste für männliche Personen
aller Berufe Groß-Berlin. Kostenlos jeden Sonnabend abends 7 bis
10 Uhr Gr. Hamburger Str. 18/19. Aufnahme neuer Mitglieder.

Jugendveranstaltungen.

Neufölln. Heim 1, Ideal-Passage. Heute Donnerstag: 1. Vortrag
des Herrn Fies über: „Geschichte des 19. Jahrhunderts“.

Veranstaltungen.

Schöneberg. Freitag, den 30. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr, in den
„Neuen Rathhäusern“. Reiniger Str. 8: Frauen-Versammlung
mit dem Thema: „Frauenarbeit“. Referent: Genossin Luise Dieh.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag,
den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers „Neuer Philharmonie“, Albrecht-
str. 96/97: 1. Vortrag: Jugendblutorgane. Ref.: Herr Rudolf
Wißel. Gäfte willkommen; besonders die Mitglieder der Kinder-
kommissionen sind eingeladen.

Eingegangene Druckschriften.

Die Umwälzung in den Grundanschauungen der Naturwissen-
schaft von Dr. F. H. Jäger. 3 Bde. Fr. Semminger, Bern.
Das Eigenhaus in Pelleran. 63 S. Verlag der Gartenstadt
Pelleran.

Die Gefahren des Bergbaues und die Grubenskontrolle im
Ruhrevier von Dr. K. Pöller. Geh. 4 M. Duncker u. Humblot, Leipzig.

Marktpreise von Berlin am 27. Januar 1914, nach Ermittlungen
des lgl. Polizeipräsidiums. Weis (mixt), gute Sorte 16,50—17,20, Donau
16,00—16,30. Weis (runder), gute Sorte 14,90—15,30. Nichttrich 4,60—5,00.
Weis 6,80—7,80.

Marktschallendreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen
34,00—36,00. Speldebörsen, weiße 35,00—40,00. Linen 36,00—40,00.
Kartoffeln (Reinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule
1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00.
Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00.
60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karpen 1,20—2,60. Hefe
1,00—3,40. Haber 1,20—3,20. Gerste 1,60—2,80. Barde 0,80—2,20.
Schleie 1,60—3,20. Steie 0,80—1,60. 60 Stück Aebie 3,00—34,00.

Witterungsübersicht vom 28. Januar 1914.

Stationen	Barometer- stand mm	Ein- strahlung	Wind- richtung	Wetter	Temp. in °C	Temp. in °F	Stationen	Barometer- stand mm	Ein- strahlung	Wind- richtung	Wetter	Temp. in °C	Temp. in °F
Swinemünde	764	SSW	3	Schnee	2	36	Dabrand	749	SSW	2	wolkig	—24	—11
Damberg	766	SSW	2	bedeckt	1	36	Berlin	762	SSW	3	Schnee	—11	—11
Berlin	767	SSW	3	wolkig	2	36	Stettin	761	SSW	2	wolkig	9	9
Frankfurt a. M.	771	SSW	1	Dunst	1	36	Magdeburg	761	SSW	2	wolkig	3	3
München	771	SSW	3	bedeckt	—1	36	Wien	769	SSW	1	bedeckt	0	0

Wetterprognose für Donnerstag, den 29. Januar 1914.

Zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe mit geringen Nieder-
schlägen und ziemlich frischen südwestlichen Winden; Temperatur wenig
verändert.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	27. 1.	26. 1.		27. 1.	26. 1.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Müst	346 ⁰	+5	Saale, Großh.	194	+10
Regel, Unterburg	131 ⁰	0	Dabel, Spandau ²⁾	96 ⁰	—2
Beckel, Thorn	114 ⁰	+2	Rathenow ³⁾	122	0
Oder, Rathb.	168 ⁰	—2	Spree, Spremberg ³⁾	92	—2
„ „ „ „	166 ⁰	+2	„ „ „ „	150	+4
„ „ „ „	272 ⁰	—5	„ „ „ „	165	+7
„ „ „ „	198 ⁰	+22	„ „ „ „	249 ⁰	—19
„ „ „ „	229 ⁰	+2	„ „ „ „	200	—18
„ „ „ „	106 ⁰	0	„ „ „ „	188 ⁰	—7
„ „ „ „	104	+10	„ „ „ „	211 ⁰	—7
„ „ „ „	—139	—7	„ „ „ „	218	+8
„ „ „ „	110 ⁰	—3	„ „ „ „	316 ⁰	+8
„ „ „ „	88 ⁰	—2	„ „ „ „	100	—25

¹⁾ + bedeutet Anst., — Fall. — ²⁾ Unterpegel. — ³⁾ Eislauf.
⁴⁾ Treibeis. — ⁵⁾ Eisfrei.

Aus der Frauenbewegung.

„Vorwärts“ Nr. 28. — Donnerstag, den 29. Januar 1914.

Die Prostituierte.

Wir leben in einem Kulturstaat. Unsere Staatsreligion ist die Religion der Liebe, die alle Menschen für Brüder erklärt. Und doch haben auch wir eine Klasse der Varias, eine Klasse von Menschen, — die gehetzt und verfolgt werden —, die beinahe vogelfrei sind und so verachtet, daß man die Berührung mit ihnen meidet. Wie die indischen Varias sind sie ausgeschlossen von der Gemeinschaft mit den anderen Menschen; wie sie dürfen sie das Haus eines Mannes nicht betreten, und sie haben keine Heimat, die sie ihr eigen nennen dürfen. Aber die Klasse der Varias, die unter uns leben, setzt sich nur aus Frauen zusammen. Die christliche Religion, die angeblich die Stellung der Frauen gehoben hat, kennt für diese Varias kein Mitleid. Das tugendhafte Philistertum erklärt diese Varias für notwendig, aber seine Frauen und Töchter hütet es sorgfältig vor jeder Berührung mit ihnen. Der Staat nimmt ihnen Steuern ab, aber er tut wenig für ihren Schutz und ihre Rechte. Die Varias der europäischen Kultur sind die Prostituierten. Ihr trauriges Gewerbe ist die bezahlte Liebe.

Die Zahl der Prostituierten ist ungeheuer groß. Eingeschriebene Prostituierte, d. h. Frauen, die unter polizeilicher Aufsicht stehen, gibt es in Berlin z. B. gegen 20 000. Es sind aber dort mehrere Hunderttausend, die außer diesen ihr trauriges Gewerbe ausüben. Spricht das fette Philistertum von diesen unglückseligen Geschöpfen, so geschieht es nur mit Verachtung. Seiner Meinung nach sind die Gründe dafür, daß Frauen ihre Liebe verkaufen, gewöhnlich in Lasterhaftigkeit, in Vergnügungssucht, in Faulheit zu suchen. In Romanen wird ja das Leben dieser Unglücklichen häufig so glanzvoll und verführerisch geschildert, daß man sich danach leicht ein falsches Bild macht. Die Wirklichkeit ist ganz anders. Sie ist so unendlich traurig, daß man doch nach anderen Gründen forschen muß, um sich zu erklären, wie so unendlich viele Frauen sich entschließen können, sich in die Klasse dieser Varias zu begeben.

Bei den Indiern werden schon die Kinder als Varias geboren. Weider ist auch bei uns der Grund zur Prostitution schon häufig in der allerfrühesten Kindheit zu suchen. Nicht umsonst stammt ein so großer Prozentsatz der Prostituierten aus dem Proletariat. Nicht Lasterhaftigkeit, nicht Vergnügungssucht, nicht Faulheit sind der Grund, sondern in unendlich vielen Fällen ist es Not, bitterste Not.

Da ist vor allem das Wohnungselend des Proletariats. In Berlin leben über 600 000 Menschen in einem Wohnraum, den sie mit mehr als sechs Personen teilen müssen. Ähnliche Wohnungsverhältnisse findet man in anderen Städten. In Stuttgart z. B. gibt es noch über 500 Einzimmerwohnungen, die von mehr als zehn Personen bewohnt werden. Die Wohnungsspekulanten, die alles tun, um die Wohnungen der Reichen mit allen Forderungen der modernen Hygiene auszustatten, tun so gut wie nichts für die Wohnungen der Arbeiter. Es fehlt an Licht, an Luft und Sonne, einerlei, ob es sich um eine Wohnung in einer Mietkaserne der Großstadt oder um eine elende Hütte in einem Dorfe Oberrheins handelt. Für diese Wohnstätten mühen die Arbeiter aber eine Summe zahlen, die in keinem Verhältnis steht zu ihrem geringen Einkommen. Aber die Wohnungsspekulanten kommen ihnen entgegen, um ihnen zu ermöglichen, die Miete aufzubringen. Sie erlauben ihnen, Mieter aufzunehmen. So kommt es, daß eine ganze Reihe von Prostituierten, die in den Häusern der „Reinen“ nicht Zutritt haben, in den Wohnhöhlen des Proletariats aufgenommen werden. Während die Eltern zur Arbeit fort müssen, bleiben die Kinder ihrer Aufsicht anvertraut. Sie üben ihr trauriges Gewerbe gewissermaßen unter den Augen der Kinder, so daß diese nichts Antöstliches mehr darin sehen. Ein Wunder ist es nicht, wenn sie dem Beispiel folgen, das ihnen von klein auf vertraut ist. Ebenso verderblich ist das Schlafgängerium. In dem einen Raum wohnen die Menschen nicht nur zusammen. Ist es ein Wunder, wenn die Kinder des Proletariats frühreif und aufgabst werden. Wie oft kommt es vor, daß da kleine Mädchen vergewaltigt und aus den elenden Wohnungen direkt in die Prostitution getrieben werden. Ähnliche Zustände herrschen aber auch auf dem Lande, wo die Gütefelder und all die anderen, die zur Feldarbeit herangezogen werden im dem engen Zusammenwohnen und Schlafen mit Knechten und Mädchen schmutzigen Einflüssen preisgegeben sind.

Zu dem Wohnungselend kommt weiter der Hunger. Wie so viele arme Arbeiterkinder als höchsten Wunsch angeben, einmal in einem Bett allein schlafen zu dürfen, so ist für andere das Ziel ihrer Sehnsucht, sich nur einmal sattessen zu dürfen. Wie mandes arme Mädchen läßt sich durch diese Lockung verführen, und dann trifft so leicht die alte Wahrheit aus dem Faust ein: Du fängst mit einem heimlich an, bald kommen ihrer mehr dran, und wenn dich erst ein Duzend hat, so hat dich auch die ganze Stadt!

Ferner beruht die moderne Prostitution auf der wirtschaftlich trostlosen Lage der alleinlebenden Mädchen, die auf den unzureichenden Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind. Die Löhne der Landarbeiterinnen, der Fabrikarbeiterinnen, der Handlungsgehilfinnen, der Choristinnen, der kleinen Schauspielerinnen und vieler anderer sind in den seltensten Fällen ausreichend für die allerbedürftigsten Lebensbedürfnisse. Dazu werden häufig, wie bei den Schauspielerinnen, Verkäuferinnen und anderen, gewisse Ansprüche an Toilette gemacht. Was wissen die Frauen und Töchter der fatten Philister, die wohl bestet sind und keinen Finger für ihren Unterhalt rühren brauchen, von solchem Glend. Aber ihre Männer, ihre Väter verstanden es, ihren weiblichen Angehörigen den Weg zur Lösung zwischen schlecht bezahlter Frauenarbeit und Erlitzungsmöglichkeit zu zeigen. „Wozu haben Sie die Nacht?“ Das ist die typische Antwort zur Lösung des Rätsels.

Aber nicht nur Wohnungsnot, Hunger, der Jammer verlassenem aufsichtsloser Kinder, schlecht bezahlte Frauenarbeit sind Gründe für die große Anzahl der Prostitution. Es kommt noch die Lieblosigkeit, die Unarmherzigkeit so vieler Menschen dazu, die sich Christen nennen. Noch immer werden unzählige Mädchen, vielleicht nur, weil sie nie im Leben Liebe kannten und sich nach Liebe sehnten, das Opfer gewissenloser Verführer. Wieder heißt es dann wie im Faust: „Und wenn Dir dann auch Gott verzeiht, auf Erden sei vermaledeit.“ Die doppelte Moral des Philistertums, die dem Ranne alles verzeiht, verdammt das Weib. Sie verzeiht die unverteiratete Mutter. Sie macht es ihr häufig zur Unmöglichkeit, durch Arbeit sich und ihre Kinder durchzubringen. In seinem schönen Roman: „Die Armen und Glenden“ schildert uns Victor Hugo das Los einer solchen armen Mutter. Sie verkauft erst ihre schönen Haare, um Geld für ihr Kind zu schaffen. Dann läßt sie sich ihre weichen Zähne ziehen, für die ihr viel Geld geboten werden. Endlich geht sie auf die Straße und verkauft ihr Leib, um den Hunger ihres Kindes stillen zu können. Was da im Roman geschildert wird, das ist nur zu oft traurige Wirklichkeit. Eine Reihe von Prostituierten treiben ihr Gewerbe, um Brot für ihr Kind zu schaffen.

Nun wird ja allerdings eingewendet, daß die Prostituierten, denen man zu einem geordneten Leben verhelfen will, selten von diesem Angebot Gebrauch machen. Das ist aber begreiflich. Das Gewerbe, das sie treiben, hält sie mit tausend Ketten fest. Ob sie in Bordellen wohnen oder auf gewisse Straßen angewiesen sind, überall wird sie ausgenutzt so daß sie sich aus dem Netz von Verpflichtungen kaum befreien können. Ihre Stellung ist eine so bezahlte und geknechtete, daß sie den Weg in die menschliche Gemeinschaft, die sie ausschließt, kaum wieder zurückfinden. Ihre Lebensweise ist eine so entnervende, daß sie für wirkliche Arbeit kaum noch zu gewinnen sind. Wie die Varias verdammt sind, ewig in ihrer Kette zu verkehren, so gibt es auch für die Prostituierte kaum einen Weg zurück in die bürgerliche Gesellschaft, die die Notwendigkeit ihres Gewerbes proklamiert, aber sie gleichzeitig verdammt.

Eine Lösung dieses Konfliktes ist erst denkbar, wenn gesunde Moralbegriffe bei uns herrschen, wenn z. B. keine Geldheiraten, die doch im Grunde auch Prostitution sind, geschlossen werden, wenn wir keine doppelten Moralbegriffe mehr haben, wenn für alle Frauen ausreichende Erwerbsmöglichkeiten geschaffen sind, wenn Hunger und Not, diese mächtigen Faktoren der Prostitution, aus der Welt schwinden. Wenn unser höchstes Ziel erreicht wird, daß alle Menschen frei und glücklich werden sollen, dann wird auch die Klasse der Prostituierten nicht mehr denkbar sein. A. B.

Die Frauen in der Partei.

Eine Frauenkonferenz für Hannover tagte am Sonntag im Gewerkschaftshaus zu Hannover. Die Konferenz war von 25 Delegierten aus Hannover-Linden und 57 Delegierteninnen aus 45 Orten der Provinz besetzt. Als Vertreterin des Parteivorstandes war Genossin Luise Zieh anwesend. Ende Dezember 1913 waren im Agitationsbezirk 4210 weibliche Wahlvereinsmitglieder vorhanden (davon in Hannover-Linden 2880). Die Genossin Leinert in seinem Bericht ausführte, ist die Werbeaktivität unter den Frauen sehr lebhaft gewesen; nicht weniger als 51 Versammlungen sind im vergangenen Jahre veranstaltet worden. Genossin Luise Zieh gab darauf in ihrem Referat über die Frage: „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für das öffentliche Leben?“ Winke und Anregungen, wie die Agitation unter den Frauen am wirksamsten betrieben werden kann. In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde unter anderem betont, die Frauenbewegung habe verhältnismäßig gute Fortschritte gemacht. Von mehreren Rednerinnen wurde eine allgemein verständlichere Ausgestaltung der „Gleichheit“ gewünscht; in die „Gleichheit“ gehöre auch ein guter Roman. Genossin Leinert wünschte auch, daß die Polemiken und kritischen Auseinandersetzungen über die Taktik der Partei aus der „Gleichheit“, die doch hauptsächlich der Aufklärung und Belehrung dienen sollte, fortbleiben, welchen Wunsch Genossin Zieh unterstützte. Ein Antrag, der den Provinzialvorstand aufforderte, für eine einfachere und verständlichere Schreibweise in der „Gleichheit“ einzutreten, wurde dem Provinzialvorstand überwiesen, ebenso ein Antrag, daß bei allen größeren Aktionen der Partei ein besonderes Flugblatt, das sich an die Frauen wendet, herausgegeben sei. — Genossin Zieh gab dann noch Winke und Ratschläge für die Arbeiten einer Kinderbeschützungscommission, die demnächst in Hannover-Linden in Tätigkeit treten soll. — Am Montagabend sprach in Hannover in einer besetzten öffentlichen Frauenversammlung die Genossin Zieh über das Thema: „Die Frauen im Kampfe gegen Ausbeutung und Rechtslosigkeit“. Die Versammlung hatte einen außerordentlich guten Erfolg, ebenso die Frauenversammlung am Sonnabend in Hildesheim, in der Genossin Zieh ebenfalls referierte.

Von der schlesischen Frauenbewegung. Nach dem Bericht an den letzten Parteitag in Jena hatten die Frauen in Schlesien nur wenig zur Vermehrung der weiblichen Mitglieder in der Partei beigetragen. Auch seit dieser Zeit ist die Zahl der neu gewonnenen Mitgliederinnen keine übermäßig große, dafür ist aber auf die innere Vertiefung unserer Programmforderungen und darauf, wie die Frauen mehr an die Partei gefesselt werden können, Gewicht gelegt worden. In zwei Frauen-Bezirkskonferenzen, die Ende vorigen Jahres für den Breslauer und Langenbielauer Agitationsbezirk stattfanden, wurden die Richtlinien dafür gegeben. An vielen Orten wurden daraufhin mit Erfolg besondere Frauenabende eingeführt. Es hat sich dabei herausgestellt, daß durch die regelmäßigen Frauenabende die vorhandenen weiblichen Mitglieder nicht nur gehalten, sondern sogar in vielen Fällen ganz erheblich erhöht werden konnten. Vor allen Dingen wurde Gewicht darauf gelegt, daß nur Vereinsangehörigen erlaubte und programmatische oder andere allgemein belehrende Vorträge gehalten wurden. Auf Wunsch der beiden Frauenkonferenzen wurden in Breslau mit Breslau-Land-Neumarkt und in Liegnitz, unter Leitung der Parteisekretärin, Genossin Wulf, Kurse für fortgeschrittenere Genossinnen eingerichtet, die zu weiteren Veranstaltungen in dieser Beziehung durchaus ermuntern. Der auf sechs Abende festgesetzte Kursus wurde in Liegnitz von allen, in Breslau von der großen Mehrzahl der Teilnehmerinnen bis Ende besucht. Bei den Genossinnen in Liegnitz ist der Verzeiler so groß, daß sie die Lehr- und Diskussionsabende ohne besondere Lehrkräfte fortsetzen wollen. In Breslau beginnt schon wieder ein neuer Kursus mit zahlreicher Beteiligung. An einigen Orten wurde mit der Hausagitation zur Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder durch die schon organisierten Genossinnen begonnen. Auch diese Arbeit, so mühsam sie auch ist, war nicht ohne Erfolg.

Schweizerischer Arbeiterinnenverband. Im Volkshaus in Zürich hatten sich am Sonntag, den 25. Januar, 24 Delegierte aus 14 Sektionen und zahlreiche Gäste zum Verbandstag der Arbeiterinnenorganisation eingefunden. Nach der Eröffnung des Verbandstages durch die Zentralpräsidentin Genossin Schmid-Basel begrüßte der gemischte Chor „Liberitas“ mit einigen Gesangsvorträgen sowie Genosse Dr. Huber namens der sozialdemokratischen Partei und Genossin Chait namens des Arbeiterinnenvereins Zürich die Anwesenden. Jahresbericht und Jahresrechnung des Zentralvorstandes wurden nach regem Meinungsausausch genehmigt. Lebhaft debattierten über die Frage des Fortbestandes des Arbeiterinnenverbandes aus, an der sich auch Genossin Greulich beteiligte. Er erörterte besonders den dem gesellschaftlichen Leben sich immer mehr aufdringenden Gedanken, daß alles für die proletarische Frau und durch die proletarische Frau geschehen soll. Die alten Formen werden durch die Entwicklung gesprengt. Die Arbeiterinnen aber mögen die für sie neu entstehende Form wachsam im Auge behalten, um sie sich zu eigen zu machen, sobald die Zeit erfüllt sein wird.

Schließlich wurde mit 16 gegen 9 Stimmen der Weiterbestand des Verbandes beschlossen und der Sitz des Zentralvorstandes von Basel nach Zürich verlegt.

In den am 8. März stattfindenden Versammlungen des Schweizerischen Frauentages soll neben dem Frauenstimmrecht insbesondere der Kinder- und Muttererschutz behandelt werden.

Als Delegierte zu der im August 1914 in Wien stattfindenden Internationalen Frauenkonferenz wurde die Sekretärin Genossin Hini gewählt. Die Tagesordnung der Konferenz lautet: 1. Das Frauenstimmrecht. 2. Gesetzlicher Schutz und soziale Fürsorge für Mutter und Kind. 3. Die Verteuerung des Lebensbedarfs.

In einer Resolution zur Revision des Schweizerischen Fabrikgesetzes wird die Erhöhung des Minimalalters für den Eintritt von Kindern in die Fabrik von 14 auf 16 Jahre auch für Anaben gefordert, nachdem sie der Nationalrat für die Mädchen beschlossen hat.

Dem abtretenden Zentralvorstand des Arbeiterinnenverbandes wurde für seine geleistete Arbeit von der Delegiertenversammlung der beste Dank ausgesprochen, ebenso dem Genossen Greulich für seine großen Verdienste, die er sich um die Förderung der Schweizerischen Arbeiterinnenbewegung erworben hat.

Weibliche Angestellte im belgischen Postdienst. Im Jahre 1912 kamen auf 5002 im belgischen Post- und Telegraphendienst beschäftigten Personen 825 weibliche Angestellte. Im verlaufenen Jahre zählte das Postministerium 858 weibliche Angestellte im Postdienst und 768 weibliche Angestellte im Telegraphendienst. Auch durch den im vorigen Jahr eingeführten Postdienst haben weibliche Angestellte — 83 an der Zahl — Verwendung ge-

funten. In der Marineabteilung sind drei weibliche Personen angestellt. Während die Lehrerinnen in Belgien noch immer vergeblich auf eine Gleichstellung mit den männlichen Lehrpersonen warten — erst neulich hat die Kammer wieder ein feindliches Votum in dieser Richtung abgegeben — sind die weiblichen Angestellten des Postministeriums den männlichen gleichgestellt.

Die weibliche Jugendpflege.

Der Not gehorchend, hat die staatliche Jugendpflege seit einiger Zeit auch die weibliche Jugend unter ihre dunklen Ärmel genommen. Für den Regierungsbezirk Köln ist Anfang Januar im Beisein des Regierungspräsidenten und anderer erlauchter Herrschaften von einem Regierungsrat folgendes Programm entworfen worden:

1. Die Einrichtung von Mädchenheimen, für deren Ausgestaltung staatliche Mittel zur Verfügung ständen, zu der aber auch die private Hilfsätigkeit heranzuziehen sei.
2. Die Bereitstellung der für männliche Jugendliche vorhandenen Einrichtungen (Heime, Spiel- und Turnplätze, Bibliotheken usw.) auch für die schulentlassene weibliche Jugend unter Berücksichtigung der Eigenart und Bildungsrichtungen dieser Lehren.
3. Heranziehung von Frauen zu den Arbeiten der Orts- und Kreisvereine und der Jugendlichen selbst zu der Verwaltung und Führung bestehender Einrichtungen.
4. Teilnahme von Frauen in größerer Zahl als bisher an den Jugendpflegekursen zur Heranbildung von Jugendpflegerinnen, auf deren Anstellung für größere Bezirke zur Organisation der Jugendpflege Rücksicht zu nehmen sei.
5. Abhaltung von Wandervorträgen zur Vorbereitung der Kenntnis von der Notwendigkeit einer geregelten Jugendpflege.
6. Einführung praktischer Lehrgänge für haus- und landwirtschaftliche Berufe in größerem Umfang wie bisher.
7. Zusammenschluß verstreut gelegener Kreise und dergleichen zu Verbänden, um so mit größeren Mitteln höhere Ziele zu verfolgen.
8. Einwirkung auf die Berufswahl, und zwar möglichst schon vor der Schulentlassung.
9. Bereitstellung reichlicher Mittel zur Durchführung der vorgenannten Zwecke.

Geld ist wie Heu vorhanden, das ist auch bei dem Werden um die weibliche Jugend das Hauptwort der staatlichen Jugendpflege. Wer dabei mitwirkt, das zeige der fernere Verlauf der Veranstaltung. Es sprachen ein Turninspektor, zwei Pfarrer und vier adlige Damen. Beobachtenswert die junge Arbeiterin, die sich in eine solche Erziehung begibt. Aber Pflicht der proletarischen Mutter ist es, allen reaktionären Bestrebungen zum Trotz ihre Töchter der freien Jugendbewegung zuzuführen.

Litterarisches.

Wachstum und Schöpfung. Neue Elternführung und Kinderführung. Von Hulda Maurenbrecher. (Erst Reinhardt, München, 2 M.) Ihrem seitherzeit hier besprochenen Buche „Das Allweibliche“ hat Hulda Maurenbrecher rasch eine nach Form und Zielen ähnliche Sammlung von Betrachtungen zur Erziehungsfrage folgen lassen — wieder unter einem reichlich präziösen Titel.

Die Verfasserin kommt zu dem Resultat: „Eine ganz neue Organisation der Jugendbildung wird notwendig“, und wirklich ist der Geist, der dies Buch erfüllt, nicht nur modern-pädagogischer, sondern zum Teil sozialistischer Geist. Gerade darum aber sind wir berechtigt, einem um so strengeren Maßstab anzulegen.

Diese Neuorganisation des Erziehungswesens als notwendig zu erweisen, geht Hulda Maurenbrecher denn doch zu planlos vor. Wer nicht von vornherein mit ihr auf gleichen Boden steht, wird nicht bereit sein, mit ihr dieselben Konsequenzen zu ziehen. Gewiß, sie versteht es, durch plastisch erzählte Beispiele Mängel der Erziehungspraxis in helles Licht zu stellen. Aber — zwei ganz verschiedene Gruppen von pädagogischen Grundfragen und Forderungen gehen durcheinander.

Einmal handelt es sich um pädagogische Fehler, die noch zu jeder Zeit Fehler gewesen sind; die Kritik richtet sich da einzig gegen Torheit, Unwissenheit, Nachlässigkeit und Mangel an Verantwortungsfähigkeit der Erzieher. Nichts in diesen Aufsätzen, was nicht auch bürgerliche Erzieher unterschreiben könnten.

Hulda Maurenbrecher hat nun genug Fühlung mit der Arbeiterschaft, um nicht zu erkennen und zu betonen, daß die Erfüllung selbst der elementarsten Erziehungsorderungen im Proletariat an dem Mangel an Vorbildung, Geld, Zeit und Wohnraum scheitert. Diese Einsicht führt sie mit Recht zu der Forderung des „freien“, d. h. religiös und politisch neutralen Kindergartens und der Umgestaltung unserer Schule zum Tagesheim der Kinder. Um sich davon zu überzeugen, daß diese Vorschläge für uns nichts Neues sind, lese man Heinrich Büchs' Buch: „Die Sozialdemokratie und die Schulreform“.

Wir hätten nur gewünscht, daß Hulda Maurenbrecher diesen Radikalismus, das soziale Glend zugleich pädagogisches Glend ist, in den Mittelpunkt ihrer Darstellung gerückt hätte. Dann wäre auch erst die zweite Gruppe von pädagogischen Grundfragen, die in konfusier Mischung zwischen den anderen stehen, ins rechte Licht geraten. Diese Prinzipien beruhen auf einer ganz neuen Bewertung des Menschen, wie sie in der Sozialdemokratie lebendig ist. Dabin gehören die Betonung des Rechts der Kinder auf eigenen Willen, die Forderung weitgehender Selbstverantwortlichkeit, die Polemik gegen die Zwangsautorität der Erzieher, wie sie sich in sinnlosem Strafen, erzwungenem Respekt und Gehorsam äußert, endlich die Forderung der gemeinsamen und möglichst gleichen Erziehung von Anaben und Mädchen. Was soll eine kirchlich-bureaucratisch-militärisch gegängelte Gesellschaft mit solchen demokratischen Erziehungsgrundfragen? Lohnt es wirklich, sich gleichzeitig an das hoffnungslos kleine Hauslein bürgerlicher Demokraten und Intellektuellen zu wenden mit solchen Forderungen? Und wenn, dann müßten diese Splitter des Bürgertums sauberlich von seiner Hauptmasse getrennt werden. Aber Hulda Maurenbrecher vernichtet alle Klaffen, indem sie ganz allgemein mit einem Aufruf an alle „deutschen Eltern“ schließt, sich zu vereinen, um „eine neugesinnte und neuorganisierte Menschheit möglich zu machen“. Während sie fordert, die Schule zum „Tagesheim“, die Familie zur „Feierabendgemeinschaft“ zu machen und ihr die lebenslanglich erwerbstätige Frau der Zukunftstypus des Weibes ist, bringt sie es gleichzeitig fertig, „proletarische und nicht-proletarische Eltern“ unter einen Hut zu bringen „in der Verantwortung für ihre Kinder und im Gefühl dieser Verantwortung“. Ebenjotig konnte man sagen: Bourgeoise und Proletariat gehören zusammen in der Sorge für die Zukunft von Staat und Gesellschaft!

Hulda Maurenbrechers Buch wird kein Unheil anrichten, aber es fördert auch keine klare Erkenntnis. Wir brauchen Bücher, die viel klarer und entscheidender den Nachweis führen, daß die Erziehung der Kinder durch die soziale Notlage des Proletariats gefährdet ist, und die umgekehrt die Erziehungsgrundfrage und die neuen pädagogischen Ziele aus den sozialen und politischen Zielen des kämpfenden Proletariats ableiten. Fritz Eisner.

Ein Kulturkandal. Der Artikel unter dieser Epithete in der vorigen Frauenbeilage enthält infolge von Druckfehlern einige statistische Irrtümer. Die Zahl der weiblichen Arbeiterinnen im Jahre 1910 betrug:

bis zu 14 Jahren	5 886
von 14—16	167 225
16—21	489 130
über 21 Jahre	770 428
insgesamt	1 432 669

Der Zuwachs an Arbeiterinnen von 1910 auf 1912 beträgt 133 004 oder 9 Proz.

Achtung!

Brauereiarbeiter!

Achtung!

Sonntag, den 1. Februar, vormittags 11^{1/2} Uhr
im Lokal Neue Welt, Hasenheide 108/114 (großer Saal)

Allgemeine

Brauereiarbeiter - Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission.

Diskussion.
Beschlussfassung.

Zu dieser Versammlung sind sämtliche in den Lagerbierbrauereien, Mälzereien, Malzbierbrauereien und Bierniederlagen in Berlin und Umgebung beschäftigten und den unterzeichneten Organisationen angehörenden Arbeitnehmer eingeladen, als da sind: Brauer, Hilfsarbeiter, Böttcher und deren Hilfsarbeiter, Flaschenkellerarbeiter, Hilfsarbeiter, Maschinen- und Kesselpersonal und Hilfsarbeiter, Handwerker und deren Hilfsarbeiter, Verschiedene, Fahrer, Mitfahrer, Reservofahrer, Lastkutschleute, Bremser und Stallente!

Kollegen! Erscheint in Massen in dieser wichtigen Versammlung!

Kollegen! Wir richten an Euch das dringende Ersuchen, pünktlich zu erscheinen, da der Saal um 1/3 Uhr geräumt werden muß und die Polizeibehörde unter keinen Umständen die Abhaltung dieser Versammlung am Vormittag gestattet.

Die Einberufer:

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Deutscher Transportarbeiterverband. Verband der Maschinisten und Heizer. Deutscher Metallarbeiterverband. Verband der Böttcher. Deutscher Holzarbeiterverband. Verband der Maler und Lackierer. Verband der Kupferschmiede. Verband der Sattler. Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein. Ortsverwaltungen Berlin.

SINGER



Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!



Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

SINGER CO.

Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin, Leipziger Str. 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Kapitän-Kautabak

(gef. gef. gef.)

Kapitän-Kaudj- u. Schnupftabake sind nur durch ganz hervorragend seine Qualität so schnell beliebt geworden.

Zu haben in den einschlägigen Geschäften oder zu erfahren durch **C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 119.** (Telef. 3861.)

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 12 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Jubilar-Moderverkauf zu Schlusspreisen.

Reisenportieren. Fenster 2,45, 2,95, 3,65, 4,35, 5,75, 6,50 ufm.

Wardinenreise. Fenster 1,75, 2,15, 2,75, 3,50, 4,50 ufm.

Angeschmückte Gardinen, Ränzl-Gardinen, Stores, Weißdecken, Rouleaus jetzt labelhaft billig. E. Weihenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Tuch- und Plüschportieren. Fenster 2,45, 3,75, 4,65, 5,85, 7,50, 8,95 ufm.

Wohlfühlende Tuch- und Plüschdecken unter Vert.

10 Proz. Rabatt auf Teppiche mit kleinen Fleckern zu Schlusspreisen. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Stoppdecken, Simil-Seide 3,75, 4,85, 5,95, 6,45, 7,50, 8,65, 9,75 ufm.

Schlafdecken, Reisedecken 0,95, 1,35, 1,95, 2,35, 3,05, 4,75, 5,20, 6,75, 7,85 ufm.

Totalverkauf von Häusern, Anwesen, Möbelstücken. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Teppiche (Farbentwürfe) Gelegenheitsverkauf. Fabriklager Rauerhof, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärts! leeren 10 Prozent Ertragsabteil.

Stoppdecken billig! Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Wardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9. Klein Laden!

Plüschschäfer, Jodel, Sippmannen, Babymatrasen. Spezialfabrik Reichsbergerstraße 47. Fern 5 690.

In freien Stunden. Wochenlohn für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnement monatlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brunn, Hader Markt 4, Bahnhofs Börsen. (Dieser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Bettenverkauf! Weißholzl Winterpalats, Winterjoppen, Herrenanzüge, Brautkleider, Aussteuerstücke (Gardinen, Kleider, Plüschportieren) Stoppdecken, Plüschdecken, Samtdecken! Lagerverkauf! Spottbillige Preise! Reichsbergerstraße 7. (1906/7)

Teppich-Thomas. Oranienstr. 44 farbige Teppiche, Teppiche, Plüschdecken, Gardinen, Stoppdecken, Schlafdecken, Plüschdecken. Sonntags geöffnet.

Wardinenhaus Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettdeckenverkauf. Plüschdecken, Gardinen, Plüschportieren, Teppiche, Plüschdecken, Samtdecken, Kleiderauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls.

Gardinen! Stoppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärts! leeren 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Hader Markt 4 (Bahnhofs Börsen). Sonntags geöffnet.

Teppichhaus Ledebur. Oranienstr. 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extra! billig! 2031/2

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung. Sellmann, Goltzowstraße 26. (1906/7)

Garbinnen! Stoppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärts! leeren 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Hader Markt 4 (Bahnhofs Börsen). Sonntags geöffnet.

Teppichhaus Ledebur. Oranienstr. 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extra! billig! 2031/2

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung. Sellmann, Goltzowstraße 26. (1906/7)

Garbinnen! Stoppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärts! leeren 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Hader Markt 4 (Bahnhofs Börsen). Sonntags geöffnet.

Teppichhaus Ledebur. Oranienstr. 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extra! billig! 2031/2

Wingmaschinen und Waschmaschinen billig, auch auf Teilzahlung. Sellmann, Goltzowstraße 26. (1906/7)

Garbinnen! Stoppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärts! leeren 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Hader Markt 4 (Bahnhofs Börsen). Sonntags geöffnet.

Möbel • Gelegenheitsverkauf

Bräutigams- und Hochzeits- und Bauleute aus feinsten Holzarten, bei Teilzahlung günstige Bedingungen. Sellmann, Goltzowstraße 26. 294/5

Vorläufige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 25-60 Mark, Damen 6-18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Aquarium, großer Luftfisch, 75 Liter, verkauft Gering. Preisliste, Ledeburstraße 122. 7141

Inventur-Extra! Spottbilliger Artikel gratis. Teppichhaus Emil Ledebur, Dramenstraße 158. 2036/2

Gobelhäute, Bergzug, Karlsruherstraße 48. 14/9

Geschäftsverkäufe. Möbelhandlung nebst Tischlerei und Sägemühle, seit Jahrzehnten bestehend, gutgehend, mit schönem Anschein, in erster Geschäftslage in Sudbühl (Unterbaumern), Bergstraße 28. Friedrich Wegmann, Tischlermeister. 7165/2

Restaurations- u. verlaufene Frischkäse, Bantow, Mühlentstraße 15. 7147

Restaurant mit Saalgeschäft, Garten und Kegelbahn sofort zu verkaufen. Umsatz 330 Hekt. bei viel Platz, Keller und Bier. Miete 2000.—, Inhaber verlässt wegen anderen Unternehmens. Zu erfragen im Restaurant Etmon, Berlin, Michaelskirchplatz 19. 7405/2

Jugendverlog mit Obst und Gemüse billig veräußert. Straßburgerstraße 29. 7149

Blumenhandlung zu verkaufen. Neulöwen, Steinmetzstraße 89. 7162

Wirtschaftsgeschäft, gutgehend, wegen Todesfall preiswert zu verkaufen. Stubbenhammerstraße 1, Ecke Vrenslauer Allee. 7149

Möbel.

Bequem. Möbel für Küche und Küche, geringste Anzahlung, keine Katen. Grilch, Alte Schönhauserstraße 32. 2028/2

Konturrenlos billig kaufen alle Ihre Möbel auch bei ganz geringer Anzahlung und feinsten Katen! Ich stelle streng reelle Kaufpreise mit reeller Preisrechnung. Jahresschluss bei Streik, Anzahlung um. Große Auswahl in sämtlichen Hauptstädten für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel. Schriftliche Garantie bürgt für geliebte Qualität. Kein Abzahlungsgeschäft, keine Kasse. Lieferung kostenlos. Nichtkonsumierendes wird umgetauscht. Tischlermeister Nejedolski, Badstraße 66, zwei Minuten vom Bahnhofs Geländebrennen. 113/5

Moderne, vollständige Wohnungseinrichtung, noch neu, sehr billig. Reichsbergerstraße 37, vorn III. (Gewerkschaft). Händler verdienen. 13/16

Umhauselso, Kleiderkasten, englische Bettstellen mit Matrassen, Chaiselongue, Truemeau, Ausziehtisch, Kücheneinrichtung, Silbergeschloß, verkauft billig. Kapplerer, Waller, Stargarderstraße 18. 2045/2

Wohner Arbeitermöbel in zeitgemäßer Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Buche, unerreichte Auswahl, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Apell, Kdalerstraße 6, am Kdalerhof. 191/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel (Küchen). Auf Teilzahlung liefert Wohnungseinrichtungen, auch Einzelmöbel, bei feinsten Ausführung und den allerbesten Preisen. Postlagerliste 2. Postamt 22. 2622/2

Möbel • Gelegenheitsverkauf

Bräutigams- und Hochzeits- und Bauleute aus feinsten Holzarten, bei Teilzahlung günstige Bedingungen. Sellmann, Goltzowstraße 26. 294/5

Vorläufige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 25-60 Mark, Damen 6-18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Aquarium, großer Luftfisch, 75 Liter, verkauft Gering. Preisliste, Ledeburstraße 122. 7141

Inventur-Extra! Spottbilliger Artikel gratis. Teppichhaus Emil Ledebur, Dramenstraße 158. 2036/2

Gobelhäute, Bergzug, Karlsruherstraße 48. 14/9

Geschäftsverkäufe. Möbelhandlung nebst Tischlerei und Sägemühle, seit Jahrzehnten bestehend, gutgehend, mit schönem Anschein, in erster Geschäftslage in Sudbühl (Unterbaumern), Bergstraße 28. Friedrich Wegmann, Tischlermeister. 7165/2

Restaurations- u. verlaufene Frischkäse, Bantow, Mühlentstraße 15. 7147

Restaurant mit Saalgeschäft, Garten und Kegelbahn sofort zu verkaufen. Umsatz 330 Hekt. bei viel Platz, Keller und Bier. Miete 2000.—, Inhaber verlässt wegen anderen Unternehmens. Zu erfragen im Restaurant Etmon, Berlin, Michaelskirchplatz 19. 7405/2

Jugendverlog mit Obst und Gemüse billig veräußert. Straßburgerstraße 29. 7149

Blumenhandlung zu verkaufen. Neulöwen, Steinmetzstraße 89. 7162

Wirtschaftsgeschäft, gutgehend, wegen Todesfall preiswert zu verkaufen. Stubbenhammerstraße 1, Ecke Vrenslauer Allee. 7149

Möbel • Gelegenheitsverkauf Bräutigams- und Hochzeits- und Bauleute aus feinsten Holzarten, bei Teilzahlung günstige Bedingungen. Sellmann, Goltzowstraße 26. 294/5

Vorläufige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 25-60 Mark, Damen 6-18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Aquarium, großer Luftfisch, 75 Liter, verkauft Gering. Preisliste, Ledeburstraße 122. 7141

Inventur-Extra! Spottbilliger Artikel gratis. Teppichhaus Emil Ledebur, Dramenstraße 158. 2036/2

Gobelhäute, Bergzug, Karlsruherstraße 48. 14/9

Geschäftsverkäufe. Möbelhandlung nebst Tischlerei und Sägemühle, seit Jahrzehnten bestehend, gutgehend, mit schönem Anschein, in erster Geschäftslage in Sudbühl (Unterbaumern), Bergstraße 28. Friedrich Wegmann, Tischlermeister. 7165/2

Restaurations- u. verlaufene Frischkäse, Bantow, Mühlentstraße 15. 7147

Restaurant mit Saalgeschäft, Garten und Kegelbahn sofort zu verkaufen. Umsatz 330 Hekt. bei viel Platz, Keller und Bier. Miete 2000.—, Inhaber verlässt wegen anderen Unternehmens. Zu erfragen im Restaurant Etmon, Berlin, Michaelskirchplatz 19. 7405/2

Jugendverlog mit Obst und Gemüse billig veräußert. Straßburgerstraße 29. 7149

Blumenhandlung zu verkaufen. Neulöwen, Steinmetzstraße 89. 7162

Wirtschaftsgeschäft, gutgehend, wegen Todesfall preiswert zu verkaufen. Stubbenhammerstraße 1, Ecke Vrenslauer Allee. 7149

Möbel • Gelegenheitsverkauf Bräutigams- und Hochzeits- und Bauleute aus feinsten Holzarten, bei Teilzahlung günstige Bedingungen. Sellmann, Goltzowstraße 26. 294/5

Vorläufige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 25-60 Mark, Damen 6-18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Aquarium, großer Luftfisch, 75 Liter, verkauft Gering. Preisliste, Ledeburstraße 122. 7141

Inventur-Extra! Spottbilliger Artikel gratis. Teppichhaus Emil Ledebur, Dramenstraße 158. 2036/2

Gobelhäute, Bergzug, Karlsruherstraße 48. 14/9

Geschäftsverkäufe. Möbelhandlung nebst Tischlerei und Sägemühle, seit Jahrzehnten bestehend, gutgehend, mit schönem Anschein, in erster Geschäftslage in Sudbühl (Unterbaumern), Bergstraße 28. Friedrich Wegmann, Tischlermeister. 7165/2

Restaurations- u. verlaufene Frischkäse, Bantow, Mühlentstraße 15. 7147

Restaurant mit Saalgeschäft, Garten und Kegelbahn sofort zu verkaufen. Umsatz 330 Hekt. bei viel Platz, Keller und Bier. Miete 2000.—, Inhaber verlässt wegen anderen Unternehmens. Zu erfragen im Restaurant Etmon, Berlin, Michaelskirchplatz 19. 7405/2

Planos • Harmoniums, Klavier

Planos • Harmoniums, Klavier jeder Preislage, gebraucht 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534/2

Planos, prämiert, wenig gebraucht, prachtvoller Ton, neu, kreuzsaitiges, billig veräußert. Oranienstraße 88, Hof parterre. 14/10

Platinabfälle, alte Goldschalen, Druckgold, Silber, Gefäße, alte Uhren, Redgold, Goldmatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände lauft Groß, Edelmetall-Schmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telefon Reichsplatz 3476. 1927/2

Jahngesuche, Goldschalen, Silberlöcher, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmeltzeri Christian, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Kantenstraße). 1/1

Goldschmelze lauft höchstzahlend Jahngesuche, alle Metalle. Köpenicker, nur Köpenickerstraße 157. 1927/2

Platinabfälle, Gramm 5,00, Milligramm, Silber, Jahngesuche, Stanniol, Silbertrumpfsilber, Quecksilber lauft höchstzahlend. Schmelzeri, Auguststraße 19 III. 1927/2

Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Metallschmelze Kohlen, Dramenstraße 25. 730/2

Platin, Jahngesuche, Goldschalen, Silberlöcher, Stanniolpapier, Quecksilber, Metallschmelze Kohlen, Dramenstraße 25. 719/2

Fahrradverkauf, Linienstraße 17.

Jahngesuche, Jahr bis 1,50 Mark (komme abholen). Platinabfälle 5,70, Milligramm, Silber, Trassen, Goldschmelze, Brüder, Weidenbergweg 26, am Hofentwässerung. 567/2

Jahngesuche, Stanniolpapier, Goldschalen, Silberlöcher, Platin, Trassen, höchstzahlend Goldschmelze, Köpenickerstraße 41, Dramenburgerstr. 1924/2

Jahngesuche, Jahr bis 1,50 (Abholung), Platinabfälle 5,70, Goldschalen, Silberlöcher, Redgold, Goldmatten, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn 3,00, Kupfer 1,20, Messing, Zinn, Blei, höchstzahlend. Feinmetall-Einkaufsbureau Webersstraße 31, Telefon. 1761/2

Wohnungen, Kämen lauft Großmann, Spandauerbrücke 1b. 7161/2

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kreise, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Übersetzungen angefertigt. G. Smientz, Niedriedt Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44/2

Chausseestraße Ausbildung mit großer Reparatur-Werkstätte. Ingenieur Schapiro, Köpenickerstr. 16, Honorar 50.—, Katenzahlungs. 2025/2

Wohnungen. Auguststraße 70 sind kleine Wohnungen für 20 und 24 Mark monatlich zu vermieten. 6526/2

Zwei Einzimmer-Wohnungen, Ballon, Zubehör. Soldinerstraße 16. 6575/2

Zweizimmerige Wohnungen, Ballon, Zubehör, Gartenhaus, Grünwaldstraße 206. 6575/2

Zimmer. Möbliertes Ballonzimmer, 11 Mark, sofort. Biele, Kreuzbergerstraße 21 I. • Kleines möbliertes Zimmer, einem Herrn, Köpenickerstraße 64 III, Kleinshilf. 742

Freudliches Zimmer vermietet sofort. Schneider, Roabit, Unionstraße 67, Ausgang 4, III rechts. 742

Kleinzimmer, eventuell 2 Herren. Katenstraße 39. 792

Schönes, möbliertes Zimmer, billig. Eulerstraße 8, vorn III, Hausnummer, Bahnhof Grundbrücken. 732

Wohnungen. Auguststraße 70 sind kleine Wohnungen für 20 und 24 Mark monatlich zu vermieten. 6526/2

Zwei Einzimmer-Wohnungen, Ballon, Zubehör. Soldinerstraße 16. 6575/2

Zweizimmerige Wohnungen, Ballon, Zubehör, Gartenhaus, Grünwaldstraße 206. 6575/2

Zimmer. Möbliertes Ballonzimmer, 11 Mark, sofort. Biele, Kreuzbergerstraße 21 I. • Kleines möbliertes Zimmer, einem Herrn, Köpenickerstraße 64 III, Kleinshilf. 742

Freudliches Zimmer vermietet sofort. Schneider, Roabit, Unionstraße 67, Ausgang 4, III rechts. 742

Kleinzimmer, eventuell 2 Herren. Katenstraße 39. 792

Schönes, möbliertes Zimmer, billig. Eulerstraße 8, vorn III, Hausnummer, Bahnhof Grundbrücken. 732

Wohnungen. Auguststraße 70 sind kleine Wohnungen für 20 und 24 Mark monatlich zu vermieten. 6526/2

Wohnungen.

Auguststraße 70 sind kleine Wohnungen für 20 und 24 Mark monatlich zu vermieten. 6526/2

Zwei Einzimmer-Wohnungen, Ballon, Zubehör. Soldinerstraße 16. 6575/2

Zweizimmerige Wohnungen, Ballon, Zubehör, Gartenhaus, Grünwaldstraße 206. 6575/2

Zimmer. Möbliertes Ballonzimmer, 11 Mark, sofort. Biele, Kreuzbergerstraße 21 I. • Kleines möbliertes Zimmer, einem Herrn, Köpenickerstraße 64 III, Kleinshilf. 742

Freudliches Zimmer vermietet sofort. Schneider, Roabit, Unionstraße 67, Ausgang 4, III rechts. 742

Kleinzimmer, eventuell 2 Herren. Katenstraße 39. 792

Schönes, möbliertes Zimmer, billig. Eulerstraße 8, vorn III, Hausnummer, Bahnhof Grundbrücken. 732

Wohnungen. Auguststraße 70 sind kleine Wohnungen für 20 und 24 Mark monatlich zu vermieten. 6526/2

Zwei Einzimmer-Wohnungen, Ballon, Zubehör. Soldinerstraße 16. 6575/2

Zweizimmerige Wohnungen, Ballon, Zubehör, Gartenhaus, Grünwaldstraße 206. 6575/2

Zimmer. Möbliertes Ballonzimmer, 11 Mark, sofort. Biele, Kreuzbergerstraße 21 I. • Kleines möbliertes Zimmer, einem Herrn, Köpenickerstraße 64 III, Kleinshilf. 742

Freudliches Zimmer vermietet sofort. Schneider, Roabit, Unionstraße 67, Ausgang 4, III rechts. 742

Kleinzimmer, eventuell 2 Herren. Katenstraße 39. 792

Reichstag.

200. Sitzung, Mittwoch, den 28. Januar 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Die zweite Lesung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. Wiesberts (S.):

Wir geben zu, daß das Reichsamt des Innern in dem letzten Jahre eine große Fülle von Arbeit gehabt hat. Insofern brauchen wir eine gewisse Arbeitspause, um Atem zu schöpfen. Aber diese Arbeitspause muß dazu dienen, um Kräfte zu sammeln zur Lösung neuer Probleme. Es gibt noch eine große Menge unerledigter Fragen, die die Reichsregierung angehen. Ich erinnere an die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre. (Sehr richtig.) Wir erwarten die Erklärung der Regierung, wann eine solche Vorlage zu erwarten ist. Notwendig ist ferner ein Ausbau der erst in den Anfängen befindlichen Witwen- und Waisenversicherung. Eine wichtige Aufgabe ist weiter die Bekämpfung der Gewerbekrankheiten. Eine Regelung der Löhne in der Heimarbeit ist notwendig, ebenso eine Verbesserung der Verhältnisse im Gastwirtsberuf. Ich erinnere weiter an die Rechtsverhältnisse der Bureaugehilfen. Bedauerlich ist, daß die Reichsregierung auf der Werner Internationalen Schulkonferenz nicht für Erhöhung des Schulalters für Jugendliche, wenigstens für die Nachtarbeit, eingetreten ist. — Wir haben zurzeit eine soziale Mädigkeit, nicht bei den Arbeitern, aber bei den Arbeitgebern und ihren Korporationen zu verzeichnen, die ihre Wirkung auch auf die Regierung ausübt und die teilweise zu einer sozialen Reaktion ausortet. Gewiß legt die Sozialpolitik den Unternehmern Lasten auf. Eine Sozialpolitik, die nichts kostet, hätte keinen Wert. Deshalb treten wir für die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftspolitik ein, die es den Unternehmern ermöglicht, diese sozialen Lasten zu tragen. Berechnet man übrigens die Lasten der sozialen Versicherung, so stellt sich heraus, daß sie nur drei bis vier Prozent der Lohnsumme ausmachen, die in Deutschland bezahlt wird. Außerdem gibt es wohl heute keinen Unternehmer mehr, der so dumm ist, die Beiträge für die Arbeiterversicherung nicht in die Preise hineinzulassen. Ich möchte den Mittelstand und die Landwirtschaft warnen, den

Klassenkampf von oben

mitzumachen, der sich heute in dem Bestreben geltend macht, das Aufwärtsstreben des Arbeiterstandes hintanzuhalten und der den Klassenkampf von unten zu notwendigen Folgen hat. Der Mittelstand, der doch auf eine ioniumfähige Arbeiterklasse angewiesen ist, sollte sich hüten vor solchen Scharfmachereien und sollte seinen alten Traditionen treu mit uns eine verständige Sozialpolitik treiben. Die Leute, die sich über die großen Lasten der sozialen Gesetzgebung beklagen, hätten die Pflicht, erst einmal nachzuweisen, wo denn zu viel in der Sozialpolitik geübt ist. Die Lebenslage der Arbeiter gestiegen, aber die Hauptfrage ist doch, ob die heutige Lage der Arbeiter im richtigen Verhältnis steht zur Gesamtlage des Volkes. Und da findet man, daß es bis jetzt noch nicht gelungen ist, die großen Tiefsen zu überbrücken, daß unter sozialem Leben noch außerordentlich traurige Schattenseiten da, die zu dem Glanz auf der anderen Seite im merkwürdigen Gegensatz stehen. In den Kreisen der Arbeitslosen und der Heimarbeit finden wir auch eine Summe sozialen Elends und sozialer Not, daß wir, wie Herr v. Berlepsch es einmal ausdrückte, sagen müssen, daß, wenn man an solche Zustände denkt, sich einem der Willen im Wunde herumdreht. Traurig ist, daß in Deutschland die soziale Denkart nicht gleichen Schritt gehalten hat mit dem Erwerbstrieb. Der Sturm gegen das Koalitionsrecht ist ganz unberechtigt. Das Streikpostenwesen ist eine berechtigte Waffe bei Arbeits-einstellungen und bietet nur einen sehr geringen Ausgleich für die Fälle von Mitteln, mit denen die Unternehmer Arbeitswillige heranziehen und die Arbeiterbewegung beobachten.

Wenn man uns christliche Gewerkschaften von seiten der Rechte auf den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften und gegenüber hinweist, so werden wir mit dem schon fertig. Wir werden ihn solange moralisch brandmarken, bis auf der anderen Seite andere Mittel angewandt werden und wir haben erfreuliche Anzeichen dafür, daß man nicht mehr so wie früher terroristische Mittel in den Fährertreffen passieren läßt. Dagegen wird heute schon in großem Umfange

Terrorismus von den Arbeitgebern geübt.

Aus den zahllosen Fällen will ich nur einen anführen. In einer Papierfabrik hatten sich 30 Arbeiter der christlichen Gewerkschaft angeschlossen. Darauf wurden die Kinder der Organisierten von der Weihnachtsfeier in der Fabrik ausgeschlossen und als für diese Kinder dann eine besondere Feier veranstaltet wurde, wurden als Weihnachtsgeschenk sämtliche christlichen Arbeiter entlassen. (Hört! hört!) Herr Arendt hat dann an die christlichen Gewerkschaften die freundliche Aufforderung gerichtet, und mit den sogenannten Wirtschaftsfriedlichen, den Gelben, zu verbinden und gemeinsam den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Nun, den Kampf gegen die Sozialdemokratie haben wir seit jeder geführt, aber Herr Arendt irrt, wenn er meint, daß die soziale Krise in Deutschland mit solch wunschlosen, rückgratlosen Elementen überwunden werden kann, wie es die Gelben sind. Sie kann vielmehr nur überwunden werden mit Leuten, die ihre Pflichten anerkennen, aber auch auf ihren Rechten bestehen. Die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen sind doch keine selbständigen Arbeitervereine, sondern es sind Vereine, die von den Unternehmern in deren Interesse gegründet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ihnen gehören Leute an, die nicht genügend Standes- und Selbstbewußtsein haben. Wir, die christlich-nationale Arbeiterbewegung, führen den Kampf für unser Recht — auch durch Streik, aber nicht um des Kampfes willen. Wir kämpfen um die Gleichberechtigung und Selbständigkeit der Arbeiter. Von diesem Kampf allein wird es abhängen, ob die soziale Krise in Deutschland friedlich oder mit einer politischen Krise endet. Wir werden uns in den christlichen Gewerkschaften durch keinerlei Ereignisse abhalten lassen, auf dem Boden der Monarchie im Sinne der christlichen Kulturideale den Kampf für die Gleichberechtigung der Arbeiter weiter zu führen. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Abg. Goldstein hat mir im „Berliner Tageblatt“ vorgeworfen, ich hätte in meiner Rede auf die Wirtschaftspolitik die Gesamtgutachten der Sparklassen mit den jährlichen Einnahmen verwechselt. Allerdings konnte der Wortlaut meiner Ausführungen zu diesem Mißverständnis führen, aber Sie werden mir glauben, daß ich mir vollständig darüber klar gewesen bin, daß es sich nicht um die Jahresvermehrung handeln konnte, sondern um das Gesamtgutachten. Wenn ich für die Sparklassen 11 Milliarden ansetzte und zugleich sagte, daß unser Wohlstand ganz allgemein um 8 bis 10 Milliarden zugenommen habe, so kann die Öffentlichkeit über den tatsächlichen Wert dieser Daten nicht getäuscht werden. Die Reversseite der glänzenden Medaille, die ich in meiner letzten Rede gezeigt habe, sind die Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes, der sich in einer ganz besonders ungünstigen Verfassung befindet. Von oben bedrängen ihn Handel und Industrie, von unten der Aufstieg der Arbeiterklasse. Die Aufgabe der tech-

nischen und wirtschaftlichen Erziehung fällt in das Gebiet der Einzelstaaten, die hier mit großem Erfolg gearbeitet haben. Das Reich aber hat durch die Neuordnung des Genossenschaftswesens, durch die Bestimmungen über die Ausbildung von Gesellen, über den Schutz des Meistertitels, über den kleinen Befähigungsnachweis usw. seine Aufgaben zu erfüllen getrachtet. Wir haben Enquêtes über die Handwerkerbetriebe veranstaltet. Bei der Enquete über die Mülerei haben wir freilich keine guten Erfahrungen gemacht. Ein großer Teil der kleinen Betriebe hat sich außerstanden gezeigt, unsere Fragebogen zu beantworten. Wenn ich längst von einer sozialpolitischen Pause sprach, so meinte ich natürlich damit nicht, daß uns nun jetzt überhaupt nichts mehr zu tun übrig bliebe. Einige Mittelstandsfragen sind besonders aktuell, so die Frage der Einschränkung des Hausierhandels, der Beschränkung der Wanderlager und die Wünsche der Kleinbetriebe auf eine zweimäßige Ausgestaltung der Sonntagsruhe. Zu allen diesen Fragen liegen Berichtentwürfe vor, die bereits von Kommissionen beraten werden. Als besonders dringend wird auch die Frage der Sicherung und Verbindungswesens hingestellt. Auch mit ihr beschäftigen sich bereits einige Kommissionen, und auch die Kommission für die Küstungslieferung soll feststellen, ob der Staat nicht etwa zuviel bezahlt. Wir wollen abwarten, zu welchen Ergebnissen die Kommission über das Verbindungswesen kommt. Ich würde es bedauern, wenn sie auf einer reichsgerichtlichen Regelung bestände. In Preußen arbeitet man bereits an einer Verbesserung der geltenden Bestimmungen, was dort erzielt wird, wird auch im Reich berücksichtigt werden. Notwendig ist es, daß das Handwerk zu größeren Organisationen kommt. Eine Zentralstelle für das Verbindungswesen, vom Handwerk begründet, könnte ersprießlich wirken. Das Reich würde einen Zuschuß für die ersten Einrichtungen zur Verfügung stellen. So kommen wir trotz der scheinbar etwas langwierigen Verhandlung allmählich dem Ziele näher. Der Redner geht in seinen weiteren Ausführungen auf das Verbot des geheimen Warenhandels ein und wendet sich zum Schluß gegen das Bestehen mehrerer Innungen für dasselbe Gewerbe in einem Bezirk.

Abg. Dr. Böttger (nall.):

Auf die Frage des Koalitionsrechts geht ein anderer meiner politischen Freunde ein. Eine Vereinfachung des Koalitionsrechts wünschen wir jedenfalls nicht, aber wir wünschen auch nicht, daß diese Dinge sich zu einem Koalitionszwang mit Boykott und Terrorismus entwickeln. Der allgemeinen Charakterisierung, die Abg. Wiesberts den wirtschaftlichen Vereinen hat zuteil werden lassen, indem er sie als rückgratlose Elemente bezeichnete, kann ich nicht zustimmen. Daß sie den Streik direkt ablehnen, ist nicht richtig. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Mittelstandsfrage halten wir für eines der wichtigsten Probleme. Zwischen den beiden Mächtigkeiten der großen industriellen Unternehmungen und der Arbeiterschaft darf der Mittelstand nicht zerrieben werden. Eine Reorganisation des Handwerks ist notwendig. Der zweite Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen sollte von Reich wegen allgemein durchgeführt werden, damit dem Landwesen der Hauswandler energisch entgegengetreten werden kann. Die Hypothekensänderung müßte geknüpft werden gegen Verfügungen über die Pachts- und Pachtzinsen.

Abg. Dr. Böttger (nall.):

Auf die Frage des Koalitionsrechts geht ein anderer meiner politischen Freunde ein. Eine Vereinfachung des Koalitionsrechts wünschen wir jedenfalls nicht, aber wir wünschen auch nicht, daß diese Dinge sich zu einem Koalitionszwang mit Boykott und Terrorismus entwickeln. Der allgemeinen Charakterisierung, die Abg. Wiesberts den wirtschaftlichen Vereinen hat zuteil werden lassen, indem er sie als rückgratlose Elemente bezeichnete, kann ich nicht zustimmen. Daß sie den Streik direkt ablehnen, ist nicht richtig. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Mittelstandsfrage halten wir für eines der wichtigsten Probleme. Zwischen den beiden Mächtigkeiten der großen industriellen Unternehmungen und der Arbeiterschaft darf der Mittelstand nicht zerrieben werden. Eine Reorganisation des Handwerks ist notwendig. Der zweite Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen sollte von Reich wegen allgemein durchgeführt werden, damit dem Landwesen der Hauswandler energisch entgegengetreten werden kann. Die Hypothekensänderung müßte geknüpft werden gegen Verfügungen über die Pachts- und Pachtzinsen.

Ministerialdirektor Caspar

erwidert auf die Anfrage des Abg. Wiesberts, daß eine Denkschrift über die Frage der Herabsetzung der Altersgrenze dem Reichstag bis Ende 1914 zugehen werde.

Abg. Bartschat (Sp.):

Das Handwerk hat erkannt, daß bei den Konservativen seine wahren Freunde nicht seien. Geschäftsleute, die nicht konservativ wählen, werden direkt boykottiert, wie das z. B. in Liegnitz und Stolp vorgekommen ist. Durch die Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte werden zahlreiche Mittelstandsbesitzungen geschädigt. Die von dem Staatssekretär vor zwei Jahren in Aussicht gestellten Enquêtes über die Lage der Kleinverderbetreibenden werden außerordentlich langsam betrieben. Wenn der Staatssekretär so fortfährt, jedes Jahr nur ein einzelnes Gewerbe herauszugreifen, so werden schließlich, wenn die Enquete abgeschlossen ist, die ersten Erhebungen schon wieder völlig veraltet sein. (Sehr richtig! links.) Ein etwas schnelleres Vorgehen wäre wirklich am Plage. Redner kritisiert weiter das Submissionswesen. Die in Preußen auf diesem Gebiete bestehenden Verordnungen werden nicht eingehalten. — Im wirtschaftlichen Ausschuss, der zweifellos vor Abschluß der neuen Handelsverträge gehört werden wird, sollte auch das Handwerk vertreten sein. — Auch die Warenhäuser der Offiziers- und Marinevereine bilden eine schwere Konkurrenz für die selbständigen Gewerbetreibenden. — Von dem sogenannten Bund der Handwerker wollen die großen Organisationen des Handwerks nichts wissen. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Kurzawski (Polc)

kritisiert die Rechtsverhältnisse der ausländischen Arbeiter. Mit diesen Arbeitern wird ein wahrer Menschenhandel getrieben. Gewissenlose Agenten lassen die Leute, die der deutschen Sprache kaum mächtig sind, ungünstige Verträge unterschreiben, indem sie ihnen gute Arbeit mit hohem Verdienst versprechen. Im Interesse der Würde des Deutschen Reiches liegt es, diesem Agentenunwesen ein Ende zu machen. Die Verhältnisse dieser ausländischen Arbeiter sollten endlich einheitlich durch das Reich geregelt werden, etwa nach dem Muster des dänischen Gesetzes. (Bravo! bei den Polen.) Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung, Mittwoch, den 28. Januar 1914, nachmittags 12 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemmer.

Beratung des Landwirtschaftsetats.

Beim Titel Arbeitsnachweise ergreift das Wort

Abg. Hofer (Soz.):

Die deutsche Arbeiterzentrale hat 1912 55 875 männliche und 50 950 weibliche Arbeitskräfte vermittelt, die Landwirtschaftsämter im gleichen Jahre 11 467 Männer und 2088 Frauen. Arbeiterlegitimationskarten überhaupt wurden ausgestellt für ausländische Arbeiter im ganzen 397 364 im Jahre 1911/12

und 287 912 für das Jahr vorher. Diese von Jahr zu Jahr anschwellenden Ziffern beweisen uns die traurige Tatsache, daß unsere heimischen Landarbeiter landlos geworden sind. Man wirt uns Sozialdemokraten vor, daß wir die Landarbeiter vom Lande wegbeizien. Das ist ganz falsch, wir möchten die Arbeiter gern auf dem Lande behalten und dort zu Sozialdemokraten machen, um Sie (nach rechts) bei den Wahlen aus Ihren ländlichen Burgen zu vertreiben. Würden Sie aber, als die Industrieentwicklung begann, den Landarbeitern entgegenkommen sein und ihre Lebenslage gebessert haben, dann hätte die Landflucht niemals solchen Umfang erreicht. Sie haben sich aber den veränderten Verhältnissen nicht anpassen können. Sie haben dagesessen und immer nur auf die Hilfe des Staates gewartet. Damals hätten Sie mit womöglich die Arbeiter halten können, heute werden Sie sehr tief in denbeutel greifen müssen. Die unzulängbar

eingetretene Lohnerhöhung verdanken die Landarbeiter einzig und allein der sozialdemokratischen Agitation. (Widerspruch rechts.) Jawohl, die Aufbesserung der Landarbeiterlöhne setzte ein, als Mitte der neunziger Jahre von uns zum ersten Male das platte Land systematisch agitatorisch bearbeitet wurde. Die Feuerung der Verbrauchsgüterstände, aber auch die der Lebensmittel betrifft auch die Landarbeiter, die durch das indirekte Steuersystem ausgepöwert werden. Die barbarische Ausbeutung, daß die Arbeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang

währte, haben sich die Arbeiter, als sie knapper wurden, nicht mehr gefassen lassen. Aber auch heute noch dauert die Arbeitszeit auf dem Lande gewöhnlich so lange, bis man den Abendstern am Himmel erkennen kann. (Hört! hört! b. d. Soz.) Von der kurzen Arbeitszeit im Winter haben die Landarbeiter nichts, denn da sitzen sie in ihren eingeschneiten Lumpigen Wohnungen und können Winter schlaf halten. Geben Sie den Landarbeitern im Frühjahr und in der Erntezeit abends eine Stunde der Erholung noch bei Sonnenschein — die Landarbeiter würden Ihnen dafür dankbar sein und die Besitzer würden dabei nicht zu kurz kommen, denn bei unbegrenzter Arbeitszeit müßten die Arbeiter mit ihrer Kraft haushälterisch umgehen; in 18 Stunden können sie ebensoviel leisten wie in 14 Stunden. Wenn auch seit dem Beginn der sozialdemokratischen Agitation schäblichste Veruche begonnen haben, die Wohnungen zu verbessern, so findet man im Osten noch massenhaft ungediehte Wohnungen, die nur Lehmschlag haben und in denen Küche, Wohn- und Schlafzimmer in eines zusammenfallen. Da haust die ganze Familie zusammen, und bekannt ist die ergreifende Antwort, die einstmals ein Landarbeiter' kind auf die Frage gab, was es sich am meisten wünsche:

„Nur einmal allein in einem Bettchen schlafen!“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Woher sonst, wenn nicht von den schlechtesten Wohnungen, käme die massenhafte Verbreitung der Tuberkulose auf dem Lande? Sie aber haben sogar die Landfrankensassen für unnötig erklärt. Gewiß wurde auf den großen Gütern im allgemeinen der Arzt geholt, wenn es die Leute verlangten, aber die langen Apothekerrechnungen, die die Arbeiter fast stets selbst bezahlen mußten, hielten sie ab, dazu häufig den Arzt zu verlangen. In den Dörfern und bei den kleineren Besitzern sah es mit der Arztbeschaffung ganz außerordentlich traurig aus; bevor man sich entschloß, den Arzt zu holen, war es sehr häufig Zeit, zum Pflarrer zu schiden. (Sehr wahr! links.)

Manche Besitzer tun ja etwas für ihre alten Arbeiter, bei diesen bleiben denn auch die Kinder der Familien wohnen. Die meisten Besitzer aber suchen die alten Arbeiter abzugeben, und die Altersversorgung in den Dörfern, das Einlegewesen ist bekannt genug. Wenn auch die Behandlung etwas besser geworden ist, so kommen doch noch genug Notheitsakte vor. Auf den Gutshöfen herrscht der

Absolutismus, gemildert durch die Deutenst.

Während Herr v. Seydewitz hier behauptete, man müsse heute nur Arbeiter sein, um Recht zu bekommen, sagen die Landarbeiter allgemein: „Wir bekommen ja doch kein Recht!“ Oft genug leistet der Amtsvorsteher bei Differenzen dem Erlauschen des Gutsherrn, dem betreffenden Arbeiter zu Bestrafen, Folge, ohne den anderen Teil auch nur zu hören. Wird gegen den Strafbefehl Berufung eingelegt, dann sind gewöhnlich Gutsherrlicher die Schaffen. Da verlieren die Arbeiter natürlich das Vertrauen zur Rechtsprechung und sie hoffen, in der Stadt mehr Recht zu finden. Warum führt man nicht auch auf dem Lande eine Art Gewerbegerichte ein? Mein Freund, der Großgrundbesitzer Ehardt hat Schiedsgerichte eingeführt und ist dabei nicht schlecht gefahren, sein Gut ist ein Musterbetrieb und er leidet nicht unter der Arbeiternot. Die Gefinordnung und das Koalitionsverbot erzeugen natürlich Erbitterung und vertreiben die Leute vom Lande. Jeder Versuch, dies gewaltsam zu hindern, kann die Erbitterung nur steigern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fort mit diesen Ausnahmegerichten!

Die Arbeit der Landarbeiterfrauen sollte möglichst auf die allerniedrigste Erntezeit eingeschränkt bleiben. Diese Frauen haben doch genug häusliche Pflichten und führen heute ein wahres Martyrium;

ist es ein Wunder, wenn sie in der Stadt ein besseres Leben erhoffen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie in der Stadt, so werden auch auf dem Lande gerade die intelligentesten und besten Arbeiter Sozialdemokraten, dafür fliegen sie aber unweigerlich vom Hofe und sogar dann, wenn Sie nur annehmen, sie könnten einen roten Zettel in die Hine gelegt haben. Ich halte es für sehr wenig vornehm, Menschen, die von mir mit wirtschaftlich abhängig sind, zu hindern, ihrer Ueberzeugung frei zu folgen. (Sehr gut! links. Warm rechts.) Wir haben nichts gegen die ausländischen Arbeiter, aber sie sollen mit den einheimischen Arbeitern völli gleichberechtigt sein, sie sollen der Unfall- und Krankenversicherung usw. teilhaftig werden. Aber das ist Ihnen zu teuer und wenn es sich um Ihr Profitinteresse handelt, dann geht Ihr Patriotismus zum Teufel, dann mag ganz Deutschland polnisch werden! (Warm rechts.) Bei der Frage der Arbeitslosenversicherung erklärten Sie, die Arbeiter sollten doch auch das Land zurückgehen. Nun, vor kurzer Zeit boten sich mir zwei ostpreussische Arbeiter hier in Berlin an. Ich konnte sie nicht beschäftigen, trat mit drei Kachbarn, von denen ich wußte, daß sie nur die Hälfte ihrer Arbeiterlöhne bezieht haben, in Verbindung, holte mir aber drei Körbe! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann lassen Sie aber doch das Gerede, daß die Arbeitslosen aufs Land kommen sollen! Wir Sozialdemokraten wollen das platte Land nicht entvölkern und Ihre Güter nicht debastieren, denn wir wollen einst die Erbschaft antreten. Wenden Sie die Zustände auf dem Lande in dem Sinne, den ich Ihnen bezeichnet habe, dann wird es möglich sein, die Landflucht einzudämmen. (Zehhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. d. Osten (L.):

Trotzdem mein Vorredner fast eine Stunde über ländliche Verhältnisse gesprochen hat, hat er doch nur eine sehr geringe Ahnung davon. (Abg. Strobel [Soz.]: Arroganter Kerl!)

Präs. Graf v. Schwerin-Löwig

ruft den Abg. Strobel zur Ordnung.

Abg. v. d. Osten (fortfahrend):

In den letzten Jahrzehnten sind die Löhne um 100 bis 200 Proz. gestiegen, während der Preisstand der Produkte sich nicht erhöht hat. Auch die Wohnungsverhältnisse haben sich verbessert. Die Leute auf dem Lande sehen den Großgrundbesitz als ein soziales Amt an. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ihr (zu den Sozialdemokraten) ganzer Kummer besteht nur darin, daß Sie auf dem Lande keinen Einfluß haben. Nicht Sie, sondern wir sind eine Arbeiterpartei.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber wir erstreben die Klassenharmonie, nicht den Klassenkampf. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) benutzen die Arbeitsvermittlung zur politischen Agitation. (Beifall rechts.) Vor einigen Tagen hat der Abg. Hirsch gesagt, der Klassencharakter der Sozialdemokratie schließe nicht aus, daß diese Partei auch für die Interessen der Allgemeinheit eintrete. Herr Hirsch bewies damit, daß er die Schriften der Größen seiner Partei nicht kennt, er würde sonst wissen, daß Kaustsky und Gorter gerade das Gegenteil geschrieben haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Derken (H.):

Auch ich muß die Vorwürfe des Abg. Hofer entschieden zurückweisen. Die besten Arbeiterwohnungen in den Städten sind oft noch schlechter als die schlechtesten auf dem Lande, besonders trifft das für Mecklenburg zu. Auf dem Lande haben die Arbeiter stets mehrere Zimmer, in den Städten meistens nur eins. Die Wirtsbeisitzer sorgen in ihrem eigenen Interesse für gute Wohnungen. Rechnet man die Naturalkosten mit, so sind die ländlichen Arbeiter besser bezahlt, als die städtischen. Die Arbeitszeit wird vom Wetter beeinflusst. Von schlechter Behandlung ist keine Rede, im Gegenteil leiden die kleinen Besitzer häufig unter der

Inanspruchnahme der Arbeiter,

und müssen gute Miene dazu machen, da sich sonst leicht ein Stein in die Maschine verirrt. Der Arbeiterstrom aus Rußland wird mit der Zeit verstiegen, daher müssen wir die innere Kolonisation fördern. (Bravo! rechts.)

Abg. Hofer (Soz.):

Dem Abg. v. d. Osten erwidere ich, daß ich nur Tatsachen anzu- und nachzuerheben habe und wenn der Abg. v. d. Osten darin eine Angelegenheit sieht, dann sind es die Tatsachen, die liegen. Wenn die Landarbeiterlöhne wirklich gegen früher um 100 bis 200 Proz. gestiegen wären, dann müßten die Landarbeiter früher umsonst gearbeitet haben, sie verdienen doch jetzt erst pro Familie höchstens 800 M. Dagegen sind die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, speziell des Fleisches, gegen früher um 100 Proz. gestiegen. Vor einigen Tagen noch erklärten Sie uns als eine Klassenpartei der Arbeiter, und heute sprechen Sie uns als den Charakter einer Arbeiterpartei ab. Natürlich vertreten wir nicht die Interessen der Gutbesitzer, sondern die von 90 bis 95 Proz. des gesamten Volkes. Ihre Wagerregungs- sucht entspringt nur der Furcht vor den Arbeiterverbänden, und Sie verwerfen auch die christlichen Arbeiterverbände. Dem Abg. v. Derken erwidere ich, daß zwar manche Schlaf- burtschen in der Stadt schlecht wohnen, daß aber sonst die Wohnungsverhältnisse in den Städten ungleich bessere sind. Die Arbeiterzentrale bedroht jetzt zahlreiche aus- ländische Industriearbeiter, die seit Jahren in Deutschland sind, mit Ausweisung, wenn sie nicht aufs Land gehen und Stellung finden. Dieses unerhörte Verfahren will ich hier doch brandmarken. Uebrigens vertritt die Massenbewegung slawischer Aus- länder auch die heimischen Arbeiter, die aus gewissen Gründen mit diesen Leuten und Lohnbrüdern nicht zusammenarbeiten wollen. (Beifall Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Ich werde kurz auf die Ausführungen des Abg. v. d. Osten eingehen, der das von Kautsky bevorwortete Buch von Gorter über den „Difformismus“ hier angegriffen und zitiert hat. Er hat auf eine meiner Äußerungen, die besagte, daß wir Sozialdemokraten den Interessen der Gesamtheit dadurch am besten dienen, daß wir die Interessen der Arbeiterklassen wahrnehmen, Bezug genommen und daraus gefolgert, daß mir die Anschauungen der Großen meiner Partei nicht bekannt seien. Ueber das Buch von Gorter und die Kautsky'sche Vorrede wurde schon einmal hier im Februar 1910 gesprochen. Schon damals bewies ich, daß die Zitate zum allergrößten Teil gefälscht waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem der Abgeordnete v. d. Osten das Buch mit auf die Tribüne gebracht hat, muß ich ihm den Vorwurf machen, daß er falsch zitiert hat. Er hat folgenden Satz von Kautsky verlesen: „Und wo Proletarier auf die Gegnerschaft der Kapitalisten stoßen, sind sie auch zu unbedingter Wahrhaftigkeit diesen gegenüber verpflichtet“. Dann übersprang er einen, wie er sagte, nebensächlichen Satz. Aber gerade dieser Satz lautet: „Wer sollte etwa von streikenden Arbeitern verlangen, daß sie den Kapitalisten die volle Wahrheit über den Stand ihrer Streikklassen mitteilen“. (Hört! hört! bei den Sozialdemo- kraten.) In dieser Weise bringt man hier mit der Wahr- heit um. Ebenso verhält es sich mit einer anderen Stelle, die Herr v. d. Osten zitiert hat. Es wird also nur das gesagt, was gegen uns ausgesprochen werden kann und zwar nur deshalb, ausgeklammert werden kann, weil man die entscheidenden Stellen ausläßt. Sie sollten sich hüten, ein Buch gegen uns auszuspielen, das Sie nicht verstehen und dessen Entstehungs- geschichte Sie nicht kennen. Dieses Buch richtete sich gegen die Behauptung eines früheren Sozialdemokraten, daß die führenden Ge- nossen die Waffen beiliegen dürften. Es hatte also einen sitt- lichen Zweck, trotzdem stellt man es hier als sittenwidrig hin! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kautsky selbst hat sich längst öffentlich gegen eine solche Mißdeutung gewandt. Mag

man die Öffentlichkeit beurteilen. 6 bei Herrn v. d. Osten Mangel an Verständnis oder an Wahrheitsliebe vorgelegen hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Liebkecht (Soz.):

Der Abg. v. Derken hat vorhin mitgeteilt, daß er mich vor zwei bis drei Jahren besuchte, aber das erbetene Material zur Begründung unserer Kritik der ländlichen Zustände nicht erhalten habe. Er kam damals so überraschend, daß ich Material zu meiner Angabe über die sozialen Verhältnisse auf dem Lande nicht zur Vorlegung hatte sammeln können; aber wenn er sich in das Bureau des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergs- arbeiter begeben will, wird er dort wohl mehr solches Material vorfinden, als ihm lieb sein dürfte. (Zustimmung bei den Sozial- demokraten.)

Abg. v. Kessel (L):

wünscht Blumenfeld für das Gebäude des Landwirtschafts- ministeriums. Die weitere Debatte beschäftigt sich mit der wirt- schaftlichen Lage des Eichsfeldes, mit Reklamationsfragen örtlicher Natur usw.

Die Abgg. Grane (Sp.) und v. Derken (H.) treten für den Aus- bau der Wasserleitung für die Obstplantagen zu Werder an der Havel ein.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

In Werder sind wirklich Obstparadiese aus dem Nichts ge- schaffen. Wenn aber arme Leute sonst in der Mark, ohne Staats- hilfe zu verlangen, sich bestreben, auf weitem Land Obst zu züchten, so soll man sie nicht durch die Polizei von ihrem Boden weg- hegen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bethge (L):

begründet einen Antrag, der die Regierung ersucht, die nötigen Mittel zur Ausgestaltung des Instituts für allgemeine Vererbungs- lehre und Züchtungslehre in den Etat einzustellen und betont den Wert dieser Forschungen für die Hebung der Viehzucht und der Zuderrückkultur.

Abg. Freiherr v. Loe (Z.) unterstützt diesen Antrag. Minister Freiherr v. Schorlemer: Das gewünschte Institut soll der Universität Berlin angegliedert werden. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, inwieweit eine Erhöhung der Mittel erforderlich ist. Der Antrag wird angenommen. Ohne Debatte wird der Etat des Landesministeriums bewilligt, womit die Beratung des Landwirtschaftsetats beendet ist.

Der Gefäßetat.

Die Abgg. Dr. Becker Köln (Z.), v. Flewe (L) und Bachhorst de Wente (natl.) sprechen über Verdrängungsfragen und wünschen, daß die Kommissionsmitglieder ihre Anläufe weniger bei den Händlern und mehr bei den Züchtern bewerkstelligen.

Abg. v. Derken (H.) spricht gegen eine Konzessionierung von Buchmachern.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 11 Uhr; außerdem Domänenetat.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Gerichtszeitung.

Anschuldig verurteilt.

In Leipzig hatte dieser Tage das Jugendgericht in einem Wiederaufnahmeverfahren gegen das 18 Jahre alte Hausmädchen G. zu verhandeln, das im Juni v. J. wegen Diebstahls und Unter- schlagung zu vier Wochen und einem Tag Gefängnis verurteilt worden war. Das Mädchen war bei einem Gajwirt Casjeri in L.-Gohlis in Stellung gewesen und hatte sich gut geführt. Im Januar 1913 vermählte Frau G. plötzlich eine goldene Uhr mit Kette, die sie zuletzt einige Wochen zuvor getragen hatte. Weil nun unter den Sachen der G. einige der Herrschaft gehörige wert- lose Kleinigkeiten entdeckt wurden, kam das Mädchen in Verdacht, Uhr und Kette, deren Wert auf 300 M. angegeben wurde, ge- stohlen zu haben. Einem Kriminalschühmann gestand es — wie es angab, durch die Vernehmung ganz verwirrt — auch ein, Uhr und Kette an sich genommen, dann aber verloren zu haben. Später widerrief die G. ihr Geständnis. Das Gericht glaubte ihr aber nicht, sondern verurteilte sie zu der angegebenen Strafe, wobei ihr „lügenhaftes Wesen“ strafführend in Betracht gezogen wurde.

Im September wurden dann Uhr und Kette, in einem Papier-beutel verpackt, im Schreibtisch des Herrn G. gefunden.

Die Eheleute G. bekundeten als Zeugen übereinstimmend, daß es ausgeschlossen sei, daß das Mädchen nachträglich die Gegen- stände dahin gelegt haben könnte. Sie nahmen vielmehr an, daß sie von ihnen selbst dahin gelegt und dann vergessen worden sind. Das Gericht kam nach dieser Beweisaufnahme zur Freisprechung der Angeklagten und legte die Kosten der Staatskasse auf. Das Mädchen war also mit knapper Not dem Gefängnis entgangen. Unverständlich bleibt es aber, wie die Dienstherrschaft in so leicht- fertiger Weise ein unbescholtenes Mädchen ohne genaue Prüfung der Sachlage verdächtigen, in ihrer Ehre kränken und in ihrem Fortkommen so schwer schädigen konnte. Dem Mädchen war jede Möglichkeit genommen, Dienststellen zu bekommen, zu denen ein Zeugnis verlangt wurde, denn in diesem war angegeben worden, daß die G. unter dem schwereren Verdacht des Diebstahls entlassen worden sei. Etwas vorsichtiger sollten Herrschaften und auch Jugendgerichte doch mit der Ehre und der Existenz anderer um- gehen, auch wenn es sich „nur“ um Diensthöten handelt.

Gastet der Baumeister?

Das Reichsgericht hat am Montag die Revision der Stadt Richtenberg in dem Prozeß wegen Schäden des städtischen Elek- trizitätsnetzes zurückgewiesen. Im Jahre 1908 zeigte sich am Gebäude des städtischen Elektrizitätsnetzes erhebliche Schwin- nungen. Zu deren Beseitigung wurde von einem Regierungsbaumeister ein Umbau vorgenommen. Nach Fertigstellung des Umbaus zeigten sich an den neuen Fundamenten Risse, die erhebliche Nach- teile für das städtische Netz zur Folge hatten. Die Stadt verlangte Schadenersatz. Der Baumeister klagte darauf sein Revisionar ein und verlangte gerichtliche Feststellung, daß der Stadt Schaden- ersatzansprüche gegen ihn nicht zuzuehen. Die Sachverständigen begutachteten, daß die Rißbildung an den Fundamenten nicht auf eine Schuld des Klägers zurückzuführen sei. Die Stadt unterlag in allen drei Instanzen.

Amtsuntererschlagung?

Eigenartige Manipulationen mit städtischen Geldern haben dem Bureauassistenten Gerhard Becker eine Anklage wegen Unter- schlagung im Amte eingebracht, die ihn gestern vor die 1. Straf- kammer des Landgerichts I führte. — Der Angeklagte, welcher in der Steuerannahmestelle am Luisenufer als Bureauassistent an- gestellt ist, ist mehrfacher Hausbesitzer und verfügt auch über ein größeres Bardepot. Wiederholt kam er mit seiner eigenen Equi- page des Morgens zum Dienst gefahren, ebenso ließ er sich nach Dienstaufschluß wieder abholen.

Von den in jenem Bezirk ansässigen Jeniten wurden wieder- holt die fälligen Steuerbeträge mit einem Scheck bezahlt. Es fiel deshalb auch nicht weiter auf, als sich eines Tages in der Kasse ein Scheck über 1400 M. befand, der die Unterschrift „G. Becker“ trug. Als dieser Scheck der betreffenden Bank zur Einlösung vor- gelegt wurde, verweigerte die Bank die Annahme, da das in Frage kommende Konto nur noch 1377 M. betrug, der Scheck also über- zogen war. Es stellte sich heraus, daß der Aussteller des Schecks der jetzige Angeklagte war, der einfach aus der Kasse 1400 M. bares Geld entnommen und dafür den Scheck hineingelegt hatte. Es ergab sich ferner, daß der Angeklagte ähnliche Manipulationen schon wiederholt vorgenommen hatte. — Die Staatsanwaltschaft erklärte hierin eine Amtsuntererschlagung und erhob Klage. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er irtümlich der Meinung gewesen sei, daß sein Konto bei jener Bank noch über 1400 M. betrage, so daß der Scheck anstandslos eingelöst worden wäre. Jedenfalls habe er nicht geklaut, daß er sich durch eine derartige Handlung strafbar mache. Der Staatsanwalt beantragte die nied- rigste zulässige Strafe von 3 Monaten Gefängnis. Der Ange- klagte habe keinesfalls annehmen können, daß die Eigentümer des Geldes, im vorliegenden Falle die Stadt Berlin und der Staat, damit einverstanden sein würden, daß einer ihrer Beamten mit den amtlichen Geldern derartige Geschäfte vornehme. Rechtsanwalt Dr. Riefberg wies darauf hin, daß erst jetzt von dem Magistrat eine besondere Dienstaufsicht erlassen sei, in welcher derartige Handlungen mit städtischen Geldern verboten worden seien. Das Gericht gelangte zu der Ansicht, daß zwar objektiv eine Amtsuntererschlagung vorliege, dagegen sei in subjek- tiver Hinsicht dem Angeklagten nicht nachgewiesen, daß er das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt habe. Das Urteil lautete deshalb auf Freisprechung.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Anfolge unserer Bekanntmachung vom 22. Dezember 1913, betreffend die Wahlen der Vertreter und der Erghmänner zum Ausschuss der Kasse für die Zeit bis 31. Dezember 1917, sind von den Versicherten zwei Wahl- vor schläge beim Vorstande eingereicht worden, welche beide als gültig aner- kannt sind.

Der erste Wahlvorschlag, eingereicht durch die Herren Albert Kassini und Rudolf Albrecht, beginnend mit dem Namen **Albert Kassini** und endigend mit dem Namen **Ernst Barschat**, erhielt die Be- zeichnung

Liste I.

Der zweite Wahlvorschlag, eingereicht durch die Herren Franz Kiesel und Ernst Eileg, beginnend mit dem Namen **Wilhelm Fischer** und endigend mit dem Namen **Max Walter**, erhielt die Bezeichnung

Liste II.

Die Wahlvorschläge können im Kassenlokal, **Alexandrinenstr. 44, Hof links II**, wochentags in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis nach- mittags 3 Uhr eingesehen, auch die Wahlweise für die Mitglieder in Empfang genommen werden.

Die Wahl findet am

Sonntag, den 15. Februar 1914,
von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr,

in den in unserer Bekanntmachung vom 22. Dezember 1913 an- gegebenen Wahllokale statt, dieselben sind auf der Rückseite des Wahlzettels angeführt.

Der Stimmzettel hat die Ordnungsnr. des Wahlvorschlags zu enthalten, für die der Wähler stimmen will. Es muß von weicher Farbe und einer Größe von 10x8 cm sein.

Von den Arbeitgebern ist nur ein Wahlvorschlag, eingereicht durch die Herren Arthur Schöler und Franz Brande, beginnend mit dem Namen **Dr. Gustav Breithaupt** (in Firma Hempel u. Co. G. m. b. H.) und endigend mit dem Namen **Siegfried Lesser** (in Firma End u. Friedländer) eingegangen; derselbe wurde ebenfalls als gültiger Wahl- vorschlag anerkannt.

Die in dieser Liste an erster Stelle benannten fünfzehn Arbeitgeber gelten nach § 9 der Wahlordnung ohne Wahlgen als Vertreter der Arbeit- geber im Ausschuss der Kasse bis zum 31. Dezember 1917, die in der Liste weiter benannten dreißig Arbeitgeber als deren Stellvertreter für die gleiche Zeit gewählt.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats nach der Be- kanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Kassenvorstand oder dem Ver- waltungsrat der Stadt Berlin angefochten werden.

Berlin, den 26. Januar 1914.

Der Vorstand:

F. Biens, Vorsitzender. Otto Wonsch, Schriftführer.

Amor flüssig
Bester Metallputz

JOSETTI
Cigaretten

Vera Gold
3 Pfg Cigaretten

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts